DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Dienstag, 13. Dezember 1983 - D ★★★

Nr. 290 - 50.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11 · Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 30 41 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 13 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 35,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Führungskämpfe im Kreml: Ein „diffuses Bild" über die Kompetenzen in der sowjetischen Führung hat sich nach Einschätzung von Bundeskanzler Kohl in den vergangenen Monaten ergeben. Vor dem „kleinen Parteitag" der CDU sagte Kohl auch, er könne nicht bestätigen, daß der seit Monaten nicht mehr in der Öffentlichkeit gesehene Staats- und Parteichef Andropow wieder im Amt sei, wie aus Moskau berichtet wurde.

Spanien besorgt: Nach dem Scheitern des EG-Gipfels in Athen mehren sich die Stimmen, die auch die NATO-Mitgliedschaft in Frage stellen. (S. 8)

Zivilschutz: Nicht auf einen „alles vernichtenden Atomkrieg", sondern auf realistische Gefahren habe sich der Zivilschutz einzustellen, fordert Innenminister Zimmermann anläßlich des 25. Jahrestages der Gründung des Zivilschutzamtes. (S. 10)

Einreise verweigert: Acht Mitgliedern der Jungen Union aus Berlin ist die Einreise in den sowjetischen Sektor der Stadt ohne Begründung verweigert worden.

Schlappe für Linke: Bei den Nachwahlen zur französischen Natinalversammlung haben Sozialisten und Kommunisten eine Niederlage erlitten. (S. 8)

Selbstmord-Attacke: Nach dem Muster der Anschläge auf die amerikanischen und französischen Militärstellungen in Beirut haben militante Schiiten der Gruppe „Heiliger Krieg" mit Sprengstoff beladene Lastautos in die Botschaften beider Länder in Kuwait gesteuert. Vier Menschen starben, über 50 wurden verletzt.

FDP steht zu Lambsdorff: Die Frage eines eventuellen Rücktritts habe in der Sitzung des Parteipräsidiums keine Rolle gespielt, sagt Generalsekretärin Adam-Schwaetzer. (S. 1)

Shamir dementiert: Presseberichte, Israels Regierungschef habe Moskau Verzicht auf Langstreckenraketen zugesichert, sind falsch. Anlaß für das Mißverständnis: Shamirs Knessetrede, in der er auf Pershing 2 verzichtete.

Verrat gestoppt? Hochwertige in US-Lizenz gefertigte Computer sollten an die Sowjets geliefert werden; unmittelbar vor dem Verladen beschlagnahmten die Behörden die Sendung.

Heute: Unterzeichnung des neuen amerikanisch-portugiesischen Stützpunkt-Abkommens. – Verwaltungsrat der Bundesbahn tagt in Bonn-Bad Godesberg. – Beginn der Metall-Tarifverhandlungen über die 35-Stunden-Woche.

ZITAT DES TAGES

FOTO: JEAN GUYAUX

» Frankreich verteidigt seine Existenz am Rhein – aber seine Freiheit an der Elbe «

Der ehemalige französische Staatspräsident Valery Giscard d'Estaing in einem Interview des „Figaro"

WIRTSCHAFT

US-Haushaltsdefizit: Die Chancen für einen nennenswerten Abbau der Defizite im US-Haushalt werden in Washington als gleich Null eingeschätzt. (S. 12)

Schulden sinken: Mit einer Absenkung der Neuverschuldung des Bundes auf weniger als 32 Milliarden Mark rechnet der Deutsche Sparkassen- und Giroverband für 1984.

SEL erfolgreich: Sowohl technologisch als auch wirtschaftlich erwartet Standard Elektrik Lorenz AG (SEL) von 1983 eine Erfolgsbilanz. Umsatz voraussichtlich 4,4 (1982: 4,15) Milliarden DM. (S. 13)

Güterfernverkehr: In einer Schwachstellenanalyse der bestehenden Regelungen für den Güterfernverkehr fordert der BDI eine Entbürokratisierung, um die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen mit ausländischen Anbietern wiederherzustellen. (S. 11)

SMH-Bank an Lloyds: Die wesentlichen Teile der SMH-Bank sollen von der britischen Geschäftsbank Lloyds übernommen werden. (S. 12)

Lohnpause: Die deutsche Stahlindustrie brauche eine „Nullrunde" bei den Tarifverhandlungen 1984, stellen neben Kapitalvertretern auch die Arbeitsdirektoren – ausnahmslos Gewerkschafter – fest. (S. 11)

Glasfaser: Im Großraum Stuttgart soll das erste Glasfasernetz für geschäftliche Kommunikation eingerichtet werden, teilt der baden-württembergische Regierungssprecher Kleinert mit.

Börse: Bei ruhigem Geschäft blieb die Entwicklung der Aktienkurse mit Ausnahme der Autowerte, die wieder stiegen, uneinheitlich. Der Rentenmarkt gab weiter nach. WELT-Aktienindex 148,2 (148,2). Dollarmittelkurs 2,7512 (2,7497) Mark. Goldpreis pro Feinunze 391,25 (388,75) Dollar.

KULTUR

Geteilte Kultur: Die „DDR" eröffnet in Paris ihr erstes „Kulturzentrum" in einem NATO-Land. Am Boulevard Saint Germain soll künftig das ausgestellt werden, was das SED-Regime als „Kunst der DDR" freigibt.

Wajda übt Kritik: Der vom polnischen Regime unter Druck gesetzte Filmregisseur rechtfertigt vor dem Cineasten-Kongreß in Warschau die Unterstützung dieses Verbandes für „Solidarnosc"; er kritisiert die offizielle Filmpolitik.

SPORT

Boxen: Larry Holmes, seit 1978 Weltmeister und in 44 Profi-Kämpfen unbesiegt, hat seinen Titel im Schwergewicht kampflos abgegeben. (S. 9)

Eishockey: Die deutsche Eishokkey-Nationalmannschaft erreichte in zweiten Spiel ihrer Nordamerika-Reise gegen Kanadas Olympiateam ein 5:5.

AUS ALLER WELT

Fehlstart: Mit Verspätung haben sowjetische Beamte jetzt den Fehlstart eines Sojus-Raumschiffs im September bestätigt.

Alcatraz: Die Gefängnisinsel in der Bucht von San Francisco soll zu einem einzigen großen Freizeitpark werden. Die letzten Häftlinge waren vor 20 Jahren aus Alcatraz in andere Gefängnisse verlegt worden. (S. 18)

Wetter: Stark bewölkt, im Lauf des Tages von Nordwesten Auflockerung. Bis vier Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Politische Einigung nur im Kreis der EG-Gründerstaaten?

Kohl bringt „gespaltenes Modell" ins Gespräch / Was ist mit Andropow?

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat vor dem Bundesvorstand der CDU in Bonn das gescheiterte EG-Gipfeltreffen in Athen enttäuschend genannt und als einen schweren Rückschlag bezeichnet. Er sprach deshalb gestern vom „Zweifel", ob die politische Einigung mit der Form der Europäischen Gemeinschaft, die jetzt bestehe, überhaupt zu erreichen sei. Es müsse geprüft werden, ob – zumindest zunächst – eine Beschränkung auf die „Gründerstaaten" der EG nicht Fortschritte bringen könnte, die „noch vom Geist von Messina beherrscht" seien.

Kohl nahm auch zu einer Reihe anderer aktueller politischer Probleme Stellung:

Führungskämpfe im Kreml: „Ich kann nicht erkennen, wer in Moskau los ist. Ich kann nicht bestätigen, daß Generalsekretär Andropow im Amt ist." Sowjetische Politiker hatten dies vor wenigen Tagen vor der Presse in Moskau behauptet. Kohl schilderte, in der Endphase der Abrüstungsverhandlungen über Mittelstreckenraketen in Genf habe es auf sowjetischer Seite „unterschiedliche Weisungsebenen gegeben". Auch die Berichte über die Hintergründe des Abschusses des südkoreanischen Jumbos durch sowjetische Kampfflugzeuge hätten hinsichtlich der Kompetenzen in der sowjetischen Führung ein „diffuses" Bild ergeben. Unverkennbar sei, daß sich die übrigen Führer des Warschauer Paktes kritisch mit der Haltung der Sowjetunion nach dem Abbruch der Verhandlungen in Genf auseinandersetzten. Kohl bestätigte, daß er – wie die WELT berichtet hat – im Frühjahr 1984 Ungarn besuchen wird. Bonn prüfe auch Möglichkeiten, das Verhältnis zu Polen wieder „konstruktiver" zu gestalten. Außerdem sei aufmerksam registriert worden, daß die „DDR" ein eigenständiges Interesse an den Abrüstungsverhandlungen bekunde.

Verhältnis zur CSU: Der Bundeskanzler dankte der CDU, daß sie so manche „psychologische Herausforderung" der letzten Zeit nicht aufgegriffen habe. Ohne die CSU beim Namen zu nennen, sagte Kohl, man schreibe nicht die Jahre 1966 (Erhard-Sturz) oder 1979 (Kampf um die Kanzlerkandidatur Strauß). Es gebe deshalb „keinen Grund zu Aufgeregtheiten". Jeder solle ins „Handbuch" des Deutschen Bundestages schauen und dort die Fraktionsstärken nachlesen. Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth griff diese Kohl-Passage auf und meinte, wenn es nicht gelänge, der CSU „klarzumachen", daß eine Kabinettsumbildung nicht gewünscht werde und es sie nicht geben könne, dann müsse ihr gegenüber ein „klares Wort" gesagt werden. Der CSU müßten dann auf diesem Wege die Grenzen aufgezeigt werden. Späth: Man müsse die CSU davon abbringen, „jeden Tag denselben Mist" zu erklären.

Diskussion um Graf Lambsdorff: Hierzu sagte Kohl, die nun vorliegende Anklageschrift sei „umfangreich". Einzelheiten nannte der Kanzler nicht. „Wir überlegen, was zu geschehen hat." Mehr könne er in dieser Situation nicht sagen. Es sei „skandalös", wie sich ein Teil der Justiz hier verhalte. Bundestagspräsident Rainer Barzel machte hierzu eine Anmerkung. Er habe den Antrag der Staatsanwaltschaft, die Immunität von Graf Lambsdorff aufzuheben, persönlich geöffnet. Um die Vertraulichkeit zu wahren, habe ein höherer Beamter den Brief dann transportiert. „Während all dies geschah, machte die Staatsanwaltschaft eine Pressekonferenz."

Bomben-Attentate erschüttern Kuwait

Vier Tote und 100 Verletzte bei Anschlägen auf Botschaften der USA und Frankreichs

DW. Kuwait

Im Öl-Scheichtum Kuwait sind gestern bei einer Serie von Bombenanschlägen, die unter anderem den Botschaften der USA und Frankreichs galten, vier Menschen getötet und etwa 100 verletzt worden. Zu den Anschlägen bekannte sich in Beirut die proiranische Fundamentalisten-Organisation „Islamischer Heiliger Krieg", die schon die Verantwortung für mehrere „Kamikaze-Attentate" in Libanon mit über 350 Toten übernommen hatte.

Von den sieben Bomben explodierten sechs. Ziele der Attentäter waren, neben den beiden Botschaften, ein Wohnkomplex der Amerikaner, der Kontrollturm des internationalen Flughafens, das Ministerium für Elektrizität und Wasserwirtschaft sowie eine Öl-Raffinerie. Ein in der Nähe des Paßamtes für Gastarbeiter versteckter Sprengkörper wurde rechtzeitig entdeckt und entschärft.

Die Serie begann am Morgen mit einem Attentat auf die US-Botschaft. Ein mit Sprengstoff beladener Lastwagen durchbrach ein Nebentor der diplomatischen Vertretung und explodierte auf dem Gelände. Durch die Wucht der Explosion wurden in der Umgebung geparkte Autos und die Fensterscheiben benachbarter Gebäude zerstört. Nach Angaben der amtlichen kuwaitischen Nachrichtenagentur Kuna, überlebte der Fahrer des Lastwagens den Anschlag und wurde verletzt in ein Krankenhaus eingeliefert.

Der amerikanische Außenminister George Shultz sagte in Rabbat, der Anschlag werde die Vereinigten Staaten nicht von ihren Bemühungen um

SEITE 2: Abstecher nach Kuwait

SEITE 4: Khomeinis Schatten

Frieden und Stabilität im Nahen Osten abbringen. Nach amerikanischen Angaben sind die vier Todesopfer des Anschlags auf die Botschaft keine US-Bürger. Zwei von ihnen waren Angestellte der Botschaft. Zum Zeitpunkt des Anschlages hätten sich etwa 30 Amerikaner auf dem Gelände der Mission aufgehalten, die aber alle unverletzt blieben.

Auch in der Nähe der französischen Botschaft flog ein mit Sprengstoff gefülltes Auto in die Luft. Eine Frau und zwei Männer wurden verletzt, und es entstand erheblicher Sachschaden.

Auf dem Flugplatz soll eine ferngezündete Bombe in einem Auto auf einem Parkplatz unterhalb des Kontrollturms detoniert sein. Offenbar entstand im Kontrollturm nur geringer Sachschaden, so daß der Flugverkehr nicht unterbrochen wurde.

Das Kabinett Kuwaits trat nach der Anschlagserie zu einer Sondersitzung zusammen. Der Innenminister und der Außenminister des Scheichtums hatten sich sofort an Ort und Stelle begeben. Die Sicherheitsbehörden Kuwaits nahmen mehrere Personen fest.

In Südlibanon waren am 4. November bei einem Anschlag auf einen israelischen Militärstützpunkt 39 Israelis sowie 32 libanesische und palästinensische Häftlinge getötet worden.

Am 23. Oktober brachte ein schwerer Bombenanschlag das Hauptquartier der amerikanischen Friedenstruppe in Beirut zum Einsturz. Dabei kamen 240 US-Soldaten ums Leben. Ein Selbstmord-Kommando hatte dabei wie in Kuwait einen mit Sprengstoff beladenen Lastwagen bis vor das Gebäude gefahren.

Fällt 1989 das Branntwein-Monopol?

Bonn will den Schnaps-See von 78 Millionen Litern austrocknen / Subventionen zu hoch

AP, Bonn

Deutschlands Schnapsbrenner, 60 Jahre lang durch das Branntwein-Monopol geschützt, sollen sich dem Wettbewerb stellen. Im Bundesfinanzministerium erwägt man, dieses aus der Weimarer Republik übernommene Erbstück innerhalb von fünf Jahren abzuschaffen, um den durch Subventionen entstandenen Schnaps-See von derzeit 78 Millionen Litern auszutrocknen. Korn, Obstler und Himbeergeist werden dadurch zwar nicht billiger, doch erhofft sich der Finanzminister eine Entlastung um 250 Millionen Mark im Jahr.

Nachdem der Haushaltsausschuß des Bundestages bereits im Herbst 1982 den Auftrag erteilt hatte, bei dem Monopol drastisch zu sparen, kamen nun die Fachleute des Finanzministeriums in einem internen Papier zu dem Schluß, daß eine Kostensenkung beim Monopol nur durch dessen Abschaffung möglich sei. Andernfalls würden die Stützungsbeiträge von derzeit jährlich 250 Millionen Mark noch weiter wachsen.

Der meiste hierzulande erzeugte Agrar-Alkohol muß an die Bundesmonopolverwaltung für Branntwein in Offenbach abgeliefert werden. Sie reinigt ihn, verteilt Brennrechte an die Brennereien, garantiert diesen die Abnahme zu kostendeckenden Preisen und nimmt ihnen damit ein Großteil des Risikos ab. Lange Zeit führte das Monopol einen jährlichen Überschuß von 50 Millionen Mark an den Bund ab. Dies änderte sich schlagartig im März 1976, als der Europäische Gerichtshof Bonn dazu verpflichtete, Schnaps aus anderen EG-Ländern ungehindert ins Land zu lassen.

Damit war das Monopol aufgebrochen und geriet in die roten Zahlen. Per Gesetz war die Verwaltung nach wie vor verpflichtet, den deutschen Kartoffel-, Korn- und Obstbrennern kostendeckende Preise von rund 330 Mark pro Hektoliter reinen Alkohol zu zahlen. Beim Vertrieb jedoch mußte sie mit französischem Alkohol konkurrieren, der nur 120 Mark pro Hektoliter kostete.

Zum Butterberg, Milchsee und Weinsee kam nun noch ein Schnaps-See hinzu. Derzeit lagern bei der Monopolverwaltung bereits 780 000 Hektoliter „Sprit", der nicht absetzbar ist – das Eineinhalbfache des deutschen Jahresbedarfs.

Die 33 000 deutschen Kleinbrenner wären von einer Abschaffung des Monopols nicht betroffen. Sie destillieren in ihrer übergroßen Mehrheit Schnaps, der gar nicht an das Monopol abgeliefert werden muß: aus Äpfeln, Birnen, Kirschen, Zwetschgen und Enzianwurzeln. Sie sind von der komplizierten Erfassung der Branntwein-Steuer durch den Zoll befreit und müssen nur eine großzügig geschätzte Steuer zahlen.

Lambsdorff kündigt Stellungnahme an

Staatsanwalt: Hinter Vorveröffentlichungen steht „eine ganz bestimmte Strategie"

Mk./DW. Bonn

Voraussichtlich in der nächsten Woche will sich Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff zu der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Bonn äußern, die er am Wochenende zusammen mit seinem Anwalt zum ersten Mal prüfen konnte. Sie war am Freitag übergeben worden. Lambsdorff hat ein Exemplar der Schrift dem Kanzleramt zur Mitbeurteilung zugestellt.

Vor dem Parteipräsidium der FDP in Stuttgart appellierte FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher an seine Partei, in Sachen Lambsdorff „eindeutig" den eingeschlagenen Kurs „gelassen weiterzufahren". Der baden-württembergische FDP-Vorsitzende Jürgen Morlok fügte hinzu, Vergleiche von Lambsdorff mit Beamten, die während Ermittlungen vom Dienst suspendiert werden, seien falsch. Lambsdorff sei kein Beamter, sondern Minister. Einem Beamten sei es möglich, nach Abschluß von Ermittlungen wieder an seinen Arbeitsplatz zurückzukehren, einem Minister dagegen nicht.

Die Staatsanwaltschaft Bonn ist bei der Prüfung der jüngsten „Spiegel"-Veröffentlichungen im Zusammenhang mit dem Fall Flick auf zahlreiche wörtliche wie sinngemäße Zitate aus der Anklageschrift gegen Lambsdorff gestoßen. Das teilte gestern der stellvertretende Kölner Generalstaatsanwalt Bereslaw Schmitz mit. Das Ergebnis ihrer Prüfungen wollen die Bonner Staatsanwälte nun der zuständigen Staatsanwaltschaft Hamburg zuleiten. Nach Überzeugung von Schmitz drängt sich der Justiz die Vermutung auf, daß hinter der Veröffentlichung umfangreicher Vernehmungsprotokolle und anderer Schriftstücke „eine ganz bestimmte Strategie steht, um immer wieder den Vorwurf der sogenannten Vorverurteilung nähren zu können". Diese Kampagne solle, so Schmitz, offenbar dazu dienen, den Eindruck zu erwecken, die Justiz könne ein faires Verfahren nicht mehr gewährleisten. Schmitz meinte weiter, in diesem Verfahren seien Schriftstücke immer wieder und erst dann an die Öffentlichkeit gelangt, wenn sie den Bereich der Justiz verlassen hätten.

Der Sprecher des Bundeswirtschaftsministeriums bestätigte gestern, daß in seinem Hause auf Antrag der Bonner Staatsanwaltschaft die Steuerbefreiung des Beteiligungserwerbs von Flick an dem US-Unternehmen Grace geprüft werde.

DER KOMMENTAR

Zuflucht

PETER GILLIES

Der teure Dollar ist ein vielseits bejammertes Thema. Unter dem Druck des Dollars und der hohen US-Zinsen verharre der Rest der Welt, so heißt es, länger in der Rezession als eigentlich nötig. Kann man sich davon nicht abkoppeln?

Die deutsche Exportindustrie, die von einer Mark-Abwertung profitiert, stimmt in das allgemeine Wehklagen nicht ein, worauf Staatssekretär Schlecht vom Bundeswirtschaftsministerium gestern hinwies. Dem Sog der (tatsächlich) konjunkturschädlichen Zinsen kann sich eine Volkswirtschaft sehr wohl entziehen. Sie muß lediglich jene politische und wirtschaftliche Stärke bieten und sie dokumentieren, die ihre Währung für Anleger interessant und begehrenswert macht.

So ist die Stärke des Dollars nicht allein mit hohen Zinsen zu erklären. Denn sie zerrönnen blitzschnell, wenn der Trend kippte und der Dollarkurs wieder sänke. Nein, diese Währung gilt ihren Besitzern als Hort politischer Stabilität, der sie anderswo zu entraten glauben.

In Europa sind Anwandlungen von Kleinstaaterei, ängstlichem Neutralismus, populärer Verzagtheit und Unverständnis für globale Sicherheitsinteressen üblich. Die Währungen solcher Länder können nur die zweitbesten sein, wenn Anleger Sicherheit suchen. Daran ändern die fundamentalen Daten, die derzeit deutlich zugunsten der Deutschen Mark sprechen, wenig. Das überaus flüchtige Kapital sucht nicht nur Zinsen. Es sucht Zuflucht.

Es werde nun keine zwei Jahre dauern, dann würden die Europäer Kapitalverkehrskontrollen vereinbaren, um diesem flüchtigen Stoff die „richtige" Richtung zu geben. Solches sprach jüngst ein Prophet, der im fremden Lande offenbar etwas gilt: Helmut Schmidt.

Höchste Stellen sahen sich genötigt, das Gerede sofort zu dementieren. Es ist tatsächlich leichtfertig, weil es die tragende Säule unserer Wirtschaft – die Freiheit der Märkte – ins Zwielicht bringt. Und es verstellt den Blick für Herausforderungen, die keine Bürokraten zu lösen vermögen. Die Wirtschaftsgeschichte ist voll von Beispielen, daß sich Kontrolleure stets ins eigene Portemonnaie schnitten.

Schlecht: Vorteil durch hohen Dollar-Kurs

DW. Bonn

Der hohe Kurs des amerikanischen Dollar verhindert zwar eine wünschenswerte Zinssenkung, stärkt aber andererseits die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte auf dem Weltmarkt. Auf diese „positive Seite der Medaille" wies gestern Otto Schlecht, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, hin.

Das „extrem hohe" Defizit im amerikanischen Bundeshaushalt habe die Zinsen hochgetrieben. Das locke Kapital an, sei jedoch „eine ganz simple, ökonomische Begründung", meinte Schlecht. Derzeit komme freilich noch ein politischer Aspekt hinzu: In unruhigen Zeiten gelte die wichtigste Leit- und Reservewährung der Welt auch als „Zufluchtswährung".

Dabei seien die wirtschaftlichen Daten eher geeignet, für die Stärke der D-Mark zu sprechen. Denn die Bundesrepublik verzeichne einen Überschuß in ihrer Handelsbilanz, während die USA ein ständig wachsendes Defizit hätten. Dies müßte eigentlich zu einer Schwächung des Dollar und einer Stärkung der Mark führen.

Sich von den Dollarzinsen abzukoppeln, sei in einer Welt liberalen Kapitalverkehrs begrenzt, vor allem, wenn man Wert darauf lege, den freien Kapitalverkehr zu erhalten, sagte der Staatssekretär.

Die Exportbelebung im Kielwasser des hohen Dollarkurses habe immerhin dazu geführt, daß „unsere Konjunktur wieder voll auf zwei Beinen läuft", meinte Schlecht.

RAF-Kommando setzt sich ab nach Arabien

WERNER KAHL, Bonn

Das Untergrundkommando der terroristischen „Roten Armee Fraktion" (RAF) hat sich nach Erkenntnissen deutscher Sicherheitsbehörden aus Europa in den arabischen Raum abgesetzt. Von den zum „harten Kern" gerechneten Mitgliedern wurde kürzlich die 39jährige ehemalige Berliner Kindergärtnerin Inge Viett bei Kontakten mit der PFLP entdeckt. Seit längerer Zeit befinden sich bereits die wegen Mordes an dem Bankier Jürgen Ponto gesuchte Hamburger Anwaltstochter Susanne Albrecht, Monika Helbing und Friederike Krabbe im Nahen und Mittleren Osten.

Nach der Aufdeckung fast der gesamten RAF-Logistik in zahlreichen Erddepots vor einem Jahr war es der Gruppe offenbar nicht gelungen, die Basis für neue Überfälle zu schaffen. Im Führungskreis der Terroristen herrscht deshalb dem Vernehmen nach die Auffassung, daß im „militärischen Bereich" (Angriffsaktionen) nichts mehr laufe.

Das Bundeskriminalamt fahndet gegenwärtig nach 23 Terroristen, von denen jedoch nur sechs noch dem „harten Kern" zugerechnet werden. Es handelt sich um Inge Viett, Henning Beer, Christa Eckes, Ingrid Jakobsmeier, Helmut Pohl und Stefan Frei. Nachdem sich in Paris der Student Rausch freiwillig stellte, schließen die Sicherheitsbehörden weitere Kontakte von Rückkehrwilligen in Erwartung mildernder Umstände nicht aus.

Seite 2: Ulrike Meinhofs Erben

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Abstecher nach Kuwait

Von Jürgen Liminski

Die Attentatsserie in Kuwait bringt einigen Experten in Washington und Paris die Bestätigung der These, daß die Bündnispartner Syrien und Iran seit einiger Zeit Staatsterror im Duett betreiben. US-Verteidigungsminister Weinberger hatte jüngst sogar öffentlich die Regimes in Damaskus und Teheran beschuldigt, von dem Anschlag auf die Marines und Paras am 23. Oktober in Beirut zumindest gewußt und ihn auch unterstützt zu haben. Syrien und Iran ergänzen sich: Pläne, Waffen und Material kommen aus Damaskus, die Kamikaze-Fahrer aus dem religiös-geistigen Motivationskreis um Khomeini.

In Kuwait saßen ebenfalls schiitische Fanatiker am Steuer der Sprengstofflaster. Kuwait ist das arabische Land, in dem solche Attentate wohl am leichtesten auszuführen sind. Terroristen aller Provenienz geben sich dort schon seit Jahren ein Stelldichein. Die sowjetische Botschaft ist aktiv, die syrische nicht minder, und die PLO ist dort fast zu Hause.

Dem syrisch-iranischen Duett kommt die Aufregung in Kuwait zupaß. Sie lenkt von der Unsicherheit innerhalb der syrischen Führung, wegen der Krankheit Assads, ab; sie bestraft ein Land, das den Kriegsgegner Irak finanziell und wirtschaftlich unterstützt; und sie warnt alle anderen arabischen Staaten davor, es auf eine Konfrontation mit Teheran oder Damaskus ankommen zu lassen. Das Rauchsignal über den Botschaften von Amerika und Frankreich dürfte von den arabischen „Brüdern" sicher auch in diesem Sinn verstanden werden. Es betrifft vor allem Saudi-Arabien. Riad hatte sich in letzter Zeit überraschend offen für Arafat und gegen die prosyrischen PLO-Einheiten ausgesprochen und auch für Irak deutlich Position bezogen.

Es gilt aber auch für die Europäer. Im Oktober, so hört man in Paris, habe Damaskus über verschiedene Kanäle Kontakte zu europäischen Terrorbanden geknüpft, unter anderem auch mit der französischen „Action directe". Dabei sollen Aktionen gegen amerikanische Einrichtungen in der Bundesrepublik und in Frankreich geplant worden sein. Man darf gespannt sein – und man darf die Augen offenhalten. Die europäischen Kontakte aus Arafats großer Zeit gibt es ja noch.

Warnungen in Serie

Von August Graf Kageneck

Immer neue Wahlniederlagen der Linken an den Urnen französischer Teil- und Nachwahlen summieren sich zum Trend – und zum Debakel. Man wird jetzt nur noch die Legislativwahlen in zweieinhalb Jahren abwarten müssen, um den endgültigen Beweis in Händen zu haben. Dauerverluste von bis zu fünfzig Prozent des Stimmengewinnes von 1981 sind ein ausreichendes Indiz dafür, daß das Volk die augenblickliche Regierung nur noch nolens volens duldet.

Die Gründe hierfür sind vor allem eine total verunglückte Politik der Wirtschaftsankurbelung, die in eine lange nicht mehr gekannte Austerity mündete, Kaufkraft- und Arbeitsplatzverluste, die nur noch statistisch kaschiert werden, eine nicht zu bändigende Inflation und eine durch hohe Auslandsverschuldung ruinierte nationale Währung. Hinzu kommen neuerdings massive Entlassungen in der Stahl- und Automobilindustrie, die vom sozialistischen Industrieminister mit der Notwendigkeit begründet werden, Platz für die Industrieroboter freizumachen, die Frankreich wieder Anschluß an die modernen Industrienationen sichern sollen.

Der Minister folgt damit nur den Zwängen der Realität. Er ist längst aus dem Himmel sozialistischer Glückserwartungen heruntergestiegen, in den der Wahltriumph von 1981 seine Genossen katapultiert hatte. Aber dafür muß er sich von dem Kommunisten Georges Marchais beschimpfen lassen, daß er als Sozialist nicht an seinem Platz stehe, nämlich an der Seite der Arbeiter. Das Eis, auf dem die sozialistisch-kommunistische Regierungskoalition Frankreichs steht, wird – ein unerhoffter Nebeneffekt der Krise – immer dünner.

Bemerkenswert ist, daß die weit rechts orientierte „Nationale Front" mit mehr als zwölf Prozent Stimmenaufkommen in einem bretonischen Wahlkreis neue Triumphe feiern konnte. Hatte sie bisher nur die französische Aversion gegen die große Zahl der Gastarbeiter als wahlpolitisches Potential nutzen können, so ist diesmal offenbar, daß sogar Linkswähler ihrem Zorn auf die sozialistische Regierung durch Stimmentransfer auf die Rechtsextremisten Ausdruck geben. Das ist für Mitterrand das vielleicht bedenklichste Zeichen des Wandels der Zeiten.

Der gekippte Präsident

Von Manfred Neuber

Das Amt des Präsidenten der UNO-Vollversammlung ist keine Sinekure wie so mancher Posten auf internationalem Niveau. Seine Anziehungskraft ist anderer Art: Wer ein Jahr lang die Beratungen der Vereinten Nationen leitet, verschafft dem eigenen Lande weltweite Beachtung und mehrt dessen Ansehen – so die allgemein daran geknüpften Erwartungen.

Als Jorge Illueca aus Panama im September zum Vorsitzenden für die neue Sitzungsperiode gewählt wurde, sah sich die kleine mittelamerikanische Republik aus der Masse der UNO-Mitgliedstaaten ruhmvoll hervorgehoben. Nun galt es, seine Kompetenz zu beweisen, als neue Konflikte aus dem näheren Umfeld – Grenada und Mittelamerika – zu den Dauer-Themen auf die Tagesordnung kamen.

Wenn die New Yorker Session zur Weihnachtzeit endet, ist die Arbeit des Señor Illueca im großen und ganzen getan, auch wenn seine Wahlperiode noch bis zum nächsten Herbst läuft. Das dankbare Vaterland bereitete ihm schon jetzt eine böse Bescherung: Nach der Rückkehr vom East River wird der Präsident der UNO-Vollversammlung zu Hause arbeitslos!

Die Militärs, die in Panama das letzte Wort in der Politik haben, setzten dem Vizepräsidenten des Landes, eben diesem Jorge Illueca, dieser Tage den Stuhl vor die Tür, weil sie mit einer Äußerung des nach dem Protokoll zweithöchsten Mannes im Staate nicht einverstanden waren. Staatschef Ricardo de la Espriella berief auch schon Innenminister Carlos Ozores zu seinem neuen Vertreter.

Bei einem Heimatbesuch hatte Illueca im Fernsehen die Meinung vertreten, die Reaktivierung des mittelamerikanischen Bündnisses (Condeca) sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt der sich anbahnenden Entspannung in Mittelamerika nicht hilfreich. Panama ist nicht Mitglied, sondern nur Beobachter dieses Paktes; seine Hauptstadt soll hingegen am 16. Dezember der Ort für die Unterzeichnung einer Friedensvereinbarung sein.

Offenbar störte Illuecas Äußerung die Kursänderung der panamaischen Befehlshaber, die von nationalistischer Rhetorik zu einer pragmatischen Annäherung an die USA umgeschwenkt sind und sich nicht hereinreden lassen wollen – es sei denn, die Wahlen im nächsten Mai durchkreuzen die weitere Lenkung Panamas durch seine Nationalgarde.



Recht auf Emission

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Sonderrecht für Übergriffe?

Von Rupert Scholz

Kein Abgeordneter darf wegen seiner Abstimmung oder wegen einer Äußerung, die er im Parlament oder in einem seiner Ausschüsse getan hat, gerichtlich oder sonstig verfolgt werden, soweit es nicht um Verleumdungen geht. Kein Abgeordneter darf ohne Genehmigung des Parlaments strafrechtlich verfolgt werden. Diese beiden Grundsätze der Indemnität und der Immunität sind in das Licht problematischer Erfahrungen getreten. Anläßlich der Nachrüstungsdebatte im Bundestag haben Abgeordnete der Grünen nicht nur Sympathie mit den teilweise gewaltsamen Aktionen von Demonstranten vor dem Parlament, sondern – wenn man dem Protokoll einer Fraktionssitzung der Grünen glauben darf – auch die aktive Beteiligung an Aktionen geprobt, wie der Blockade des Parlaments, sogenannten „Mahnwachen" vor den Häusern anderer Abgeordneter, dem Eindringen in die parlamentarische Bannmeile und sonstiger „Randale" im Bundestag. So stellt sich die Frage, ob Abgeordnete, die sich in dieser Weise betätigen, den parlamentarischen Schutz von Indemnität und Immunität genießen.

Die gleiche Frage wirft ein Verhalten wie das des früheren Abgeordneten der Grünen im Hessischen Landtag, Schwalba-Hoth, auf, dessen Beschmutzungsaktion gegenüber einem amerikanischen Offizier über die Bildschirme flimmerte; eine Aktion, von der es heißt, daß sie zuvor von der Fraktion der Grünen ausdrücklich gebilligt worden sei.

Ein weiteres Beispiel bildet der Fall einer AL-Abgeordneten des Berliner Abgeordnetenhauses, die sich an einer Hausbesetzung beteiligte, diese Aktion jedoch als Ausdruck und Form ihres politischen Aktionsverständnisses definierte, deren Immunität daraufhin nicht aufgehoben wurde.

Angesichts dieser Vorgänge bedarf es der Besinnung auf die Ratio und die sachliche Reichweite der Gewährleistungen von Indemnität und Immunität. Beide Privilegien sind dem Parlamentarier zum Schutze der freien Ausübung seines Mandats vorbehalten. Kein Abgeordneter soll in die Gefahr versetzt werden, unter Druck zu geraten. Beide Privilegien stehen jedoch im unauflöslichen Zusammenhang mit dem Abgeordnetenmandat selbst und seiner Wahrnehmung im und durch das Parlament. Der Parlamentarismus bedingt vor allem die Rede- und Abstimmungsfreiheit des Abgeordneten und kennt daher auch nur sehr begrenzte Abwehr- oder Ordnungsmittel gegenüber Verletzungen dieser Spielregeln.

Vor allem die Geschäftsordnung des Bundestages ist von ausgesprochen liberaler Handschrift. Ihr zufolge sind als Ordnungsmaßnahmen gegenüber Abgeordneten, die die vorgenannten Spielregeln verletzten, lediglich der Sachruf, der Ordnungsruf, die Wortentziehung sowie der Ausschluß von der Sitzung vorgesehen. Daneben kennt die Parlamentspraxis die Unterbrechung eines Redebeitrags, die Zurückweisung einer Äußerung als unparlamentarisch und die Rüge. Ein Ausschluß aus dem Parlament oder eine Verwirkung des parlamentarischen Mandats wegen Mißbrauchs kennt weder das Grundgesetz noch die Geschäftsordnung des Bundestags. Lediglich in einigen Landesverfassungen gibt es auch die Möglichkeit des Ausschlusses eines Parlamentariers aus dem Parlament bei besonders schwerwiegenden Mißbrauchsfällen.

Der Sinn dieser Schutzvorkehrungen wie auch der Liberalität ist es also, die Parlamentarier vor Übergriffen zu schützen – nicht, ihnen eine Spielwiese für Übergriffe und Willkür zu schaffen. Grundsätzlich sollte es beim Verzicht auf derart schwere Sanktionsmittel bleiben. Voraussetzung hierfür ist jedoch, daß der demokratisch-parlamentarische Grundkonsens erhalten oder wiederhergestellt wird, daß also alle Abgeordneten sich zu den parlamentarischen Spielregeln bekennen und sich gemeinsam allen äußeren wie inneren Angriffen auf das Parlament verweigern.

Wer das parlamentarische Mandat für anti- oder außerparlamentarische Aktionen mißbraucht, wer namentlich zu Drohung und Gewalt im und gegen das Parlament aufruft, der stellt sich selbst außerhalb des Parlaments und kann nicht beanspruchen, daß seine Aktionen als legitime Wahrnehmung parlamentarischer Rechte oder Freiheiten geachtet werden. Die parlamentarische Indemnität findet hier ihre Grenze.

Kein Abgeordneter darf sein Mandat auch dazu mißbrauchen, um außerhalb des Parlaments strafbare Handlungen zu begehen. Selbst wenn diese politisch motiviert sein sollten, endet das Recht auf Immunität des Abgeordneten doch dort, wo er strafbare Handlungen begeht, etwa bei Hausbesetzungen oder Blutspritzereien. Das Schutzversprechen parlamentarischer Immunität begründet kein Privileg der Straffreiheit für politische Kriminalität. Die Frage nach dem Wesen des Parlamentarismus beginnt bei der Aufstellung von Transparenten im Plenarsaal und endet beim strikten Verbot jeder Gewalt im Parlament und gegen das Parlament.

Noch gilt der Satz „Bonn ist nicht Weimar". Wenn sich Entwicklungen und Tendenzen der vorstehenden Art jedoch häufen oder gar verallgemeinern sollten, wenn sich namentlich der in der Geschichte der Bundesrepublik bisher beispiellose Angriff auf das Parlament und seine Abgeordneten wiederholen sollte, wird das Beispiel Weimars genauer auf die aus seinen Erfahrungen zu ziehenden Lehren zu befragen sein.

GAST-KOMMENTAR



Professor Dr. Rupert Scholz, Berliner Bundessenator und Ordinarius für Staatsrecht in München, ist Mitautor des Grundgesetz-Kommentars Maunz-Dürig-Herzog-Scholz.
FOTO: PETER PROBST

IM GESPRÄCH Nagisa Oshima

Haß, Sex und Rätsel

Von Margarethe v. Schwarzkopf

Ihm eilt der Ruf voraus, Japans kühnster und bei weitem eigenwilligster Regisseur zu sein. Seinen Film „Im Reich der Sinne", 1974 entstanden, umgibt die Aura des internationalen Skandals. Die starken erotischen Szenen dieser expliziten Darstellung einer Liebesgeschichte erregten die Zensoren aller Länder so sehr, daß der Film jahrelang nicht gezeigt werden durfte. Inzwischen gilt das Werk als ein Klassiker des erotischen Kinos und sein Regisseur Nagisa Oshima als reingewaschen von dem Vorwurf, ein Pornograph zu sein.



Der Außenseiter, der sein Lan[d] liebt: Regisseur Oshima
FOTO: DIE WE[LT]

Obwohl Oshima, am 22. März 1932 in der alten Kaiserstadt Kyoto geboren, als ein Außenseiter des japanischen Kinos betrachtet wird, fühlt er selbst sich den Traditionen Japans, auch denen des klassischen Theaters und Kinos seiner Heimat, eng verbunden. „Meine Filme wurzeln alle in der japanischen Geschichte, und bei aller Kritik, die ich an erstarrte Lebensformen Japans ansetze, liebe ich mein Land und könnte nie irgendwo anders geistig zu Hause sein", sagt Oshima.

Sein jüngster Film, „Furyo – Merry Christmas, Mr. Lawrence", der in diesen Tagen in unseren Kinos anläuft (WELT vom 7. Dezember), behandelt ein Kapitel japanischer Geschichte aus noch nicht fernen Tagen. Auf dem Roman des südafrikanischen Schriftstellers Sir Laurens van der Post basierend, erzählt der Film vom Schicksal einiger Offiziere, die in einem japanischen Kriegsgefangenenlager auf Borneo aufeinandertreffen. Am Schluß dieses Dramas um Liebe und Tod, um Haß und Leidenschaft klafft der Abgrund zwischen Europäern und Asiaten zwar noch immer, doch nun respektieren sich die Gegner, wenn sie auch den anderen nie ganz verstehen werden.

Auf den ersten Blick ist dieser Film ein Anti-Kriegs-Streifen. Doch Oshimas Werke sind immer mehr, als de[r] erste Blick vermittelt. So wenig wi[e] sein „Im Reich der Sinne" nur ei[n] Kapitel japanischer Erotik aufblät[]tert, so ist auch „Furyo" mehr als nu[r] eine Absage an den Krieg. Es ist vo[r] allem die Auseinandersetzung zwi[]schen Orient und Okzident, christ[]lich-abendländischer Philosophi[e] und asiatischem Denken.

Oshima liebt es, in seine Film[e] Rätsel einzubauen und seine Figure[n] nur teilweise deutbar zu lassen. „Da[s] Geheimnis sollte immer gewahrt blei[]ben", lautet seine Devise. „Ein Film, der zu viel verrät, ist langweilig. De[r] Regisseur sollte seinem Publikum Stoff zum Grübeln geben und ihm nicht Lösungen und Patentrezept[e] servieren."

Seine letzten drei Filme hat Nagis[a] Oshima als Koproduktionen gedreht. Sein nächster Film soll wieder gan[z] in Japan mit japanischem Geld ent[]stehen. Er hofft, daß es ihm nich[t] wieder so ergeht wie vor 20 Jahren, als er sich von der japanischen Film[]industrie unabhängig machte und da[]bei scheiterte. Damals ging er au[f] Weltreise, jetzt kehrt er heim im si[]cheren Glauben, daß die Zeit in Ja[]pan reif sei für seine Filme.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

THE TIMES

Die britische Zeitung meint zur NATO-Wintertagung in Brüssel:

Eine realistische Haltung gegenüber dem Sowjetregime muß anerkennen, daß keine permanente politische Lösung möglich ist. Welche Art von Frieden kann erwartet werden zwischen den Nationen des Ostens und des Westens, wenn die Nationen unter sowjetischer Herrschaft nur mit Waffengewalt davon abgehalten werden, ein anderes Regierungssystem zu wählen, das ihren Hoffnungen mehr angemessen ist? Die Welt scheint für eine ziemlich lange Zeit zum Leben in Spannung verurteilt zu sein, weil das Sowjetsystem von Anfang an instabil ist. Es ist deshalb lebenswichtig zu verhindern, daß die innere Instabilität sich gefährlich auf den Rest der Welt ausbreiten kann.

BADISCHE ZEITUNG

Zu Offergelds Wahl meint das Freiburger Blatt:

Recht eindeutig haben am Sonntag die Lörracher den früheren SPD-Bundesminister Rainer Offergeld zum neuen Oberbürgermeister der Grenzstadt gewählt ... Damit hat sich auch in Lörrach ein Trend bestätigt, der schon bei den Oberbürgermeisterwahlen vergangener Monate in Baden-Württemberg eine wesentliche Rolle spielte: Wann immer Parteien profilierte Landes- oder Bundespolitiker ins Rennen schickten, gelang ihnen der Sprung auf den OB-Sessel. In Ulm ging es vergangene Woche genauso: Dort schaffte der populäre Verkehrsstaatssekretär Ernst Ludwig (CDU) den Sprung ins Amt mit zwei Drittel der Stimmen, sein massiv unterstützter SPD-Gegenkan[]didat hatte da nichts auszurichten. Nun allerdings werden Gewählte wi[e] Ludwig und Offergeld an ihren Taten gemessen werden: der Popularitäts[]vorschuß wird wie Schnee in de[r] Sonne dahinschmelzen, wenn es di[e] neuen, aus größeren Ämtern stam[]menden Oberbürgermeister an Enga[]gement fehlen lassen und den Ein[]stieg in die Kommunalpolitik als Wie[]deraufstieg in die sogenannte groß[e] Politik benutzen.

MAARIV

Die israelische Zeitung befaßt sich mit de[n] Evakuierungsplänen für PLO-Chef Ara[]fat:

Die Garantien, die von den Verein[]ten Nationen mit der Unterstützung einiger europäischer Länder Yassi[r] Arafat und seinen Terroristen ver[]sprochen wurden, sind ein internatio[]naler Skandal, der nicht hingenom[]men werden darf. Damit jemand freies Geleit unter Schutz der UNO gewährt bekommt, muß er sich vor[]her verpflichten, keine Waffen zu be[]nutzen. Arafat hat seine Waffen im Kampf gegen die Rebellen und di[e] syrische Armee niedergelegt. De[n] Kampf gegen Israel hat er jedoch nicht eingestellt. Seine Organisation hat in Tripoli die Verantwortung fü[r] den mörderischen Bombenanschlag in einem Autobus in Jerusalem über[]nommen, bei dem drei Mädchen und zwei alte Leute getötet und Dutzende verletzt worden sind. Wenn die UNO der Ansicht ist, daß einer, der mi[t] Kindermord herumstolziert, de[n] Schutz der internationalen Organisa[]tion verdient, dann repräsentiert die[]se Organisation den niedrigsten mo[]ralischen Standard.

Ulrike Meinhofs Erben als Killer im Nahen Osten dienend

Von ein paar Dutzend, die auszogen, das System gewaltsam zu verändern / Von Werner Kahl

Klammheimlich hat sich das zersprengte Untergrundkommando der „Roten Armee Fraktion" – die RAF – in den Orient abgesetzt. Nicht einmal eine Erklärung hinterließen die Illegalen ihren ratlosen Gefolgsleuten aus dem sogenannten legalen Umfeld in der Bundesrepublik. Den dreiundzwanzig Terroristen, von denen nur sechs noch zum Kommando-Kern gerechnet werden, ist nicht nur der Boden in Europa zu heiß geworden. Ihrer Versorgungsbasen seit einem Jahr beraubt und von der neuen Generation weitgehend ins Abseits gedrängt, scheinen sie ihre Rolle auf der deutschen innenpolitischen Bühne als beendet anzusehen – nach dreizehn blutigen Jahren. Die Ränder ihres Weges markieren Kreuze für zweiundzwanzig Deutsche, die von deutschen Terroristen getötet wurden.

Der Name der Roten Armee war bis 1970 in Deutschland allgemein als (früherer) Begriff für die Sowjetstreitkräfte bekannt; erstmals wurde er nach einer Flugzeugentführung durch japanische Linksextremisten mit einem bewaffneten Kommandounternehmen in Verbindung gebracht. Die aus der Außerparlamentarischen Opposition (APO) Ende der sechziger Jahre entstandene Gruppe um die ehemalige „Konkret"-Chefredakteurin Ulrike Meinhof, den Anwalt Horst Mahler und den fälschlich als Studenten oder Journalisten auftretenden Andreas Baader bezeichnete sich als „Rote Armee Fraktion". Ulrike Meinhof – nach dem Verbot der KPD 1956 in Ost-Berlin als illegales Mitglied der orthodoxen Kommunistischen Partei Deutschlands aufgenommen – begründete dem nordkoreanischen Staats- und Parteichef Kim Il Sung die Namenswahl: „Fraktion nicht als Spaltergruppe einer zuvor einheitlichen Bewegung, sondern als Gruppe, die aufgrund der herrschenden Repression gezwungen ist, illegal zu arbeiten – nicht selbst Partei, wohl aber organisatorisch, praktisch und konzeptionell notwendiger Bestandteil einer kommunistischen Partei, die diesen Namen verdient."

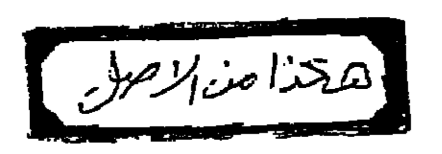
Bei den Auseinandersetzungen in Deutschland um die Ziele der terroristischen Gruppierungen wurden die Bindungen an den Marxismus-Leninismus fast vollständig übersehen. Daß die Ostberliner SED-Führung Kontakte der Partei zu Ulrike Meinhof aus den späten fünfziger Jahren (Anti-Atombewegung, Ostermärsche) schlicht verleugnete, nimmt freilich nicht wunder. Einer aus der marxistisch orientierten Aufbauphase der RAF ist heute Bundestagsabgeordneter der Grünen, ein anderer aus dem ersten Treck zur Guerrilla-Ausbildung im Nahen Osten gehört jetzt als Mitglied des Berliner Landesparlaments sogar dem Ausschuß für Sicherheit und Ordnung des Abgeordnetenhauses an. Zur Vorbereitung auf den bewaffneten Kampf im Untergrund hatten bereits 1969 die späteren Kern-Mitglieder der deutschen Stadtguerrilla Kontakte zu den Palästinensern geknüpft.

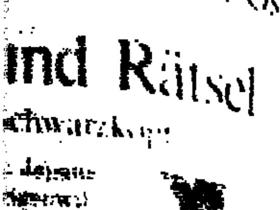
Die Internationalisierung des Terrors in Westeuropa ist zeitlich mit dem ersten großen Schlag 1972 gegen die RAF verbunden. In der Haft konzipierten die RAF-Kader ein strategisch neues Konzept, das sich auf das Münchner Olympia-Massaker durch den palästinensischen „Schwarzen September" bezog. Das Konzept forderte die Bildung militanter Kommandos von Illegalen, konspirative Wohnungen und Werkstätten.

Für die Logistik wurde der Begriff des „legalen Unterstützers" geprägt, heute „legales RAF-Umfeld" genannt, zuständig vor allem für die propagandistische Arbeit und die Vorbereitung bewaffneter Überfälle – „legal" also nur insoweit, als diese Komplizen sich nach außen in bürgerlichen Berufen tarnten. In der zweiten Ebene wurde die nachrichtendienstliche und ideologische Durchdringung des Rechtsstaats betrieben. Damit war der Aufbau eines Informationsnetzes (Infosystem) zur Ausspähung des gegnerischen Apparates gemeint. In der dritten Ebene schließlich wurde die politische Aktionseinheit mit den verschiedenen Gruppierungen der „Roten Hilfe", „Komitees gegen Folter", „Knastgruppen" und „Antifa-Komitees", denen sich auch gutgläubige Bürger angeschlossen hatten, angestrebt. In dem Ulrike Meinhof zugeschriebenen Konzept Stadtguerrilla hieß es unter anderem: „In der letzten Auseinandersetzung zwischen Klassen zählen nur die Gewehre."

Als 1974 nach der Baader/Meinhof-Führung die zweite RAF-Generation den Fahndern ins Netz ging, erbrachten die auf freiem Fuß gebliebenen Terroristen den Palästinensern größere personelle und logistische Vorleistungen für Aktionen in Westeuropa. In diese Zeit fällt die erste Unterstützung des von der Moskauer Lumumba-Universität nach Paris zur marxistisch orientierten PFLP gewechselten Bandenchefs „Carlos". Die dritte Generation verkündete 1977 eine „Kriegserklärung" an die deutsche Demokratie, „den Kronprinzen des US-Imperialismus".

Der Mord an dem Bankier Jürgen Ponto, dessen Patentochter Susanne Albrecht die Mörder in das Haus lotste, und der Entführungs-Mord an Schleyer kosteten die RAF erstmals Zulauf. Allmählich gerieten die Terroristen in die Isolation. In der Szene wurde offen darüber gesprochen, daß sie auf die Ebene hemmungsloser Killer herabgestiegen seien. Nun dienen sie, Killer ohne Konzept, den Palästinensern, vornehmlich der besonders mordlustigen PFLP. Sollte der interne Kampf um Arafats Erbe auf Westeuropa übergreifen, so könnten die deutschen Reisläufer wieder hier auftauchen. Ob sie dann wieder auf ihre Rolle als Fische im Wasser zurückkommen können, erscheint derzeit zweifelhaft. Es ist gelungen, den Sumpf weitgehend auszutrocknen.





Voll Demut begegnete der Papst seinen christlichen Brüdern

In der evangelisch-lutherischen Christuskirche in Rom fand am Sonntagabend ein historisches Ereignis statt. Zum erstenmal predigte ein Papst in einer Kirche der Reformation.

Von F. MEICHSNER

Als die weiße Gestalt mit der violetten Stola der Bußzeit an der Kanzelbrüstung auftaucht, wird man unwillkürlich an die Worte Goethes nach der Kanonade von Valmy erinnert: „Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus, und ihr könnt sagen, ihr seid dabeigewesen." 466 Jahre nach dem Beginn der Reformation hat zum ersten Mal ein Papst seinen Einzug in eine evangelisch-lutherische Kirche gehalten – ein Nachfolger jenes Leo X., der den Augustiner-Mönch Martin Luther mit einem in den göttlichen Weinberg eingedrungenen Eber verglichen und in den Kirchenbann getan hatte. „Ein historisches Ereignis!" Johannes Paul II. stellt es selbst so dar, als er sich nach dem abendlichen Adventsgottesdienst in der Christuskirche der deutschsprachigen Luther-Gemeinde in der Ewigen Stadt bei Pastor und Gemeindevorstand noch einmal für die Einladung bedankt.

Der „denkwürdigen Stunde", von der ein demütiger Papst bekennt, daß sie ihn „im Grunde meines Herzens bewegt", mag äußerlich so manches an Glanz fehlen. Hier wenig angemessen waren in den Tagen zuvor schon die fast bis an die Grenze der Brüskierung des päpstlichen Gastes reichenden Versuche der protestantischen Gastgeber, das Jahrhundertereignis als Begegnung von rein lokaler Bedeutung abzuwerten. Protestantisch nüchtern ist der Empfang. Da der Papst pünktlicher als erwartet eintrifft, vergißt man sogar, die Kirchenglocken zu läuten. Und als Johannes Paul II. an der Seite des lutherischen Gemeindepfarrers Christoph Meyer das Kirchenschiff betritt, rührt sich keine Hand zum Beifall.

Für den Papst ein neues Erlebnis

Für den Wojtyla-Papst, der überall in der Welt, wo immer er auftaucht – innerhalb und außerhalb der Kirchen – mit Ovationen überschüttet wird, ist es sicherlich ein ganz neues Erlebnis, als er nur zu den Klängen der Orgel den Mittelgang durchschreitet, Hände schüttelt, mit diesem und jenem Gemeindemitglied einige Worte wechselt, dann noch einmal zurückgeht, um auch noch die Menschen auf der anderen Seite des Ganges zu grüßen. „Ehrfürchtige Zurückhaltung", befinden die italienischen Chronisten, „aber kaum menschliche Wärme".

Karol Wojtyla trägt es in Demut. Auch als er dann vor dem Altar die zwei identischen Sessel auf gleicher Ebene vorfindet, von denen der eine für ihn, der andere für den Pastor bestimmt ist. In der Demut zeigt sich an diesem Abend die Größe des Mannes, der sonst gewohnt ist, auf den Wogen der Begeisterung von Millionen zu reiten. Er ist gekommen, nicht um sich feiern zu lassen. Er hat sich von diesem Besuch nicht durch protokollarische Spitzfindigkeiten, nicht durch unprotokollarische Anrede oder Nichtanrede abbringen lassen. Bußfertig vor dem Gott aller Christen will er in dieser „Zeit eines neuen Advents, nahe am Jahr 2000", eine Mission erfüllen.



Der protestantische Pastor Christoph Meyer begrüßt seinen Gast, das Oberhaupt der katholischen Kirche, Papst Johannes Paul II. FOTO: AP

„Ich bin gekommen", sagt er, „da uns der Geist Gottes auf die Suche nach der vollen Einheit gewiesen hat. Daher bin ich gleichsam zu unseren Nachbarn gegangen, zu jenen Bürgern dieser Stadt, die durch das Band besonderer Verwandtschaft verbunden sind. Ich bin hierhergekommen, um mit Ihnen das uns gemeinsame Glaubensgeheimnis des Advents im Gebet zu vergegenwärtigen." Er spricht vom „Geschenk dieser Begegnung". Im Wechsel mit dem lutherischen Pfarrer legt er das Evangelium aus. Gemeinsam mit der Gemeinde spricht er das Glaubensbekenntnis und das Vaterunser. Und neben seinem Gastgeber stehend gibt er zum Schluß den apostolischen Segen, zu dem der vor Aufregung bleiche Pastor mit der linken Hand fast verschämt das Kreuz schlägt.

Um voll zu erfassen, was an diesem Adventsabend in Rom geschieht, bedarf es gar nicht einmal des weiten Rückblickes in die ferne Renaissancezeit mit der von Leo X. auf seinem Jagdschloß Magliana fast im Jägerlatein formulierten Bannandrohungsbulle gegen Luther. Noch vor wenig mehr als 100 Jahren erregte sich Papst Pius IX. in einer Neujahrsansprache (1872): „Unsere Stadt sieht Unerhörtes, Unaussprechliches. Sie sieht die Lehrstühle des Verderbens, von welchen falsche, ungerechte, höllische Lehren ausgehen. Sie hört und sieht protestantische Lehrer, welche die Jugend in ihre Schlingen fangen und zu verderben suchen."

Heute geht ein polnischer Papst „gleichsam zu unseren Nachbarn" und bekennt mit ihnen auf deutsch den gemeinsamen Glauben. Und heute kann der Nachfolger jener ersten preußischen Gesandtschaftsprediger in Rom, von denen die meisten noch ganz in der lutherischen Tradition des Antipapismus standen, im Angesicht eines demütigen Papstes sagen: „Wer hätte denn etwa zur Zeit der Gemeindegründung 1817 je geglaubt, daß die Kirchen noch zusammenarbeiten werden! Wieviele Gräben gab es? Sie waren, sie sind Vergangenheit!" Unter Hinweis auf den Propheten Jesaja kann er den „einen gemeinsamen Weg" aufzeigen und von Einheit sprechen – „Einheit in hinreichender Glaubenseinigkeit", „Einheit in versöhnter Verschiedenheit".

Gewiß liegen auf diesem von Papst und Pastor anvisierten Weg zur Einheit noch große Hindernisse. Johannes Paul II. verschweigt das nicht, und Pastor Meyer nennt einige sogar direkt beim Namen: die noch immer ausstehende Abendmahlsgemeinschaft und das nach wie vor unterschiedliche Amtsverständnis. Den Papst mit dem italienischen Wort „Santita" ansprechend (weil ihm das deutsche Wort „Heiligkeit" nicht über die Lippen kommen will), fügt er hinzu: „Daß Sie heute bei uns sind, das ist ein neues Zeichen! Es eilt!" Daß es dem Papst ebenso eilt, kann man immer wieder aus seiner Umgebung hören. Es kommt wohl auch in seinem Predigthinweis auf das Jahr 2000 zum Ausdruck. Ein neuer Chiliasmus im Zeichen der christlichen Einheit? Vielleicht.

Hohe Kirchenvertreter wurden vermißt

Nicht alle sind bereit, das „historische Ereignis", mit dem Papst und römische Luther-Gemeinde dem Luther-Jahr symbolisch den krönenden Abschluß geben, als solches zu akzeptieren. So vermißt man in Rom an diesem Tag eine dem Ereignis angemessene Vertretung des deutschen Protestantismus. Gekommen sind nur ein Oberkirchenrat und ein Kirchenbeamter des Frankfurter Außenamtes der EKD.

Die streitbaren italienischen Waldenser als die jahrhundertelang am schwersten geprüften Protestanten Italiens, sprechen sogar abschätzig von einem großen Mißverständnis: Auf der einen Seite gäben die römischen Lutheraner vor, den Papst seiner Papstgewänder entkleiden und ihm nur sein Bischofsgewand belassen zu können. Auf der anderen Seite tue der Papst so, als ob er sich wirklich entkleiden lassen wolle, denke aber im Ernst gar nicht daran, dies zuzulassen. Und sie warnen davor, den legendären „Eber" Martin Luther in ein „ökumenisches Schnurrkätzchen" verwandeln zu lassen.

So spitz solche rhetorischen Waffen erscheinen mögen – daß sie nach Überzeugung einer breiten Basis in der Kirche stumpf geworden sind, spürt doch jeder, der mit offenem Sinn diesen Sonntagabend des 3. Advents inmitten einer lutherischen Gemeinde erlebt, die auch mit zahlreichen Katholiken durchsetzt ist.

„Der Drang zu mehr Freizeit ist für uns Japaner unverständlich"

Deutsche Analysen über die Ursachen japanischer Exporterfolge gibt es viele. Aber wie sehen es die Japaner und wie beurteilen sie die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik? Manager aus dem Fernen Osten geben Auskunft.

Von HEINZ HILDEBRANDT

In Deutschland dominiert der Formalismus, man kann das aus der Hegelschen Dialektik genauso ablesen wie an der vollendeten Form der klassischen Musik. Formalismus ist der Rahmen der deutschen Gesellschaft, das schlägt sich nieder bis in die vielen Schubladen, Schränke und Behälter, die der Deutsche liebt, und auch der Eichstrich am Bierglas und die Putzsucht vieler deutscher Frauen ist im gleichen Atemzug zu nennen. Alles muß in diesem Lande exakt geregelt sein. Typische Beispiele von deutschem Formalismus sind auch die Großbanken im Westen und die volkseigenen Betriebe im Osten."

So sieht Kanji Hane, Leiter des japanischen Produktivitätszentrums in Bad Nauheim, die Grundzüge des deutschen Wesens. Ausgebreitet hat er sie anläßlich einer Studientagung des IME-Instituts für Management-Entwicklung (Bielefeld) im westfälischen Bad Sassendorf.

Vor einem breiten Zuhörerkreis aus der deutschen Wirtschaft stellte er dem deutschen Formalismus, der im Wirtschaftsleben vorwiegend sachliche, verstandesbetonte und klar abgegrenzte Funktionsausübungen anhand eindeutig niedergeschriebener Verträge kennt, die ganz andere Grundhaltung der japanischen Wirtschaft gegenüber. Dort dominiere die durch menschliche Reife bestimmte steile Strukturpyramide, die Anerkennung des Alters als Ansammlung von Lebensweisheit, die das hohe Alter fast aller obersten Führungskräfte in der Wirtschaft erkläre. Entsprechend sei auch die Bezahlung, eben nach Alter und Dauer der Betriebszugehörigkeit. Bei letzterer führe das uneingeschränkte Vertrauensverhältnis zur allgemein üblichen Praxis der lebenslänglichen Anstellung in ein und demselben Unternehmen.

Die so grundlegend gegensätzliche Einstellung von Deutschen und Japanern sieht Kanji Hane in letzter Konsequenz aus den beiden so unterschiedlichen Kulturkreisen erklärt. „Der Deutsche als Europäer ist eben Individualist, war es immer und ist es auch heute noch. Der Japaner dagegen ist pragmatisch und sieht sich als Teil einer Gemeinschaft, bei der die intakte Familie immer noch wichtigstes Element der Gesellschaft ist." Die Industrialisierung im fernöstlichen Inselstaat, begonnen vor mehr als einem Jahrhundert und inszeniert von der Kriegerkaste der Samurais, sei denn auch von allen Ständen getragen worden, von den Bauern, den Handwerkern und den Kaufleuten. Dieser Konsens gelte auch heute noch, während die Deutschen dagegen immer noch nicht das Stadium des Klassenkampfes überwunden hätten.

Genauso urteilt auch Akio Miyabayashi, Präsident der europäischen Minolta Camera-Handelsgesellschaft, der die unterschiedlichen historischen Wurzeln von Europäern und Japanern so sieht: „Die Europäer stammen von Jägern ab, bei denen sich immer der Stärkere durchzusetzen versucht, wir Japaner kommen dagegen aus einem Bauernvolk, in dem nur die Gemeinschaft zählt, der es sich anzupassen gilt."

Von dieser Erkenntnis bis zur Warnung an die Europäer, speziell an die Deutschen, sei es nur ein kleiner Schritt. Der klassisch gebildete Kanji Hane weist auf das Beispiel der griechischen Städte in der Antike hin, deren Individualismus sie letztlich in die politische Bedeutungslosigkeit führte, ein Schicksal, das den Deutschen heute wirtschaftlich drohen könnte. Akio Miyabayashi sieht es ähnlich. In seinem Volk gibt es, nach seiner Meinung, keinen Klassenkampf im europäischen Sinne, allein der relativ geringe Gehaltsunterschied sorge bereits dafür, daß rund 80 Prozent der Bevölkerung zur Mittelklasse zu rechnen sind. Seinen deutschen Zuhörern machte er jedoch noch einen anderen Pluspunkt der japanischen Wirtschaft deutlich.

„Der Wettbewerb auf dem japanischen Binnenmarkt ist inzwischen so hart und mörderisch geworden, daß ein Ausweichen auf Auslandsmärkte nahezu als das kleine Übel gesehen werde und somit zwangsläufig erfolgt. Der einzelne Japaner aber stellt sich hinter sein Unternehmen und identifiziert sich mit ihm, denn er weiß, daß es auch mit ihm aus ist, wenn das Unternehmen zugrunde geht."

In der Bundesrepublik aber verdränge der Drang zu immer mehr Freizeit den Willen zur Arbeit, für beide Japaner reichlich unverständlich, was Kanji Hane zu der Bemerkung veranlaßt: „Was ist Freizeit eigentlich, doch nur ein Mond, der im Licht der Sonne Arbeit besonders hell strahlt." Weniger lyrisch ist allerdings seine ergänzende Feststellung: „Die einseitige materialistische Einstellung der Deutschen zur Arbeit färbt über ihren Arbeitsplatz hinaus schon fast in das Familienleben ab und läßt die gesellschaftliche Landschaft veröden." Sehr deutlich auch seine folgende Analyse der deutschen Situation: „Das große Problem der bundesdeutschen Gesellschaft besteht in der Überwindung des äußerst übertriebenen Individualismus." Ganz speziell an die deutsche Wirtschaft ist der Schlußgedanke des Japaners gerichtet: „Es wird weitgehend von einer Neuorientierung der Gewerkschaften abhängen, ob die deutsche Industrie ihre einstige führende Rolle wiedererlangen kann."

Drohnen – die Wachhunde der Israelis

Feindaufklärung, ohne Menschenleben zu gefährden und ohne teure Satelliten? Die Israelis haben den Ausweg gefunden. Billige unbemannte Flugobjekte liefern das aktuelle Fernsehbild aus dem Hinterland des Gegners.

Von ROLF TOPHOVEN

Syrer schießen unbemanntes israelisches Flugobjekt über der Bekaa-Ebene in Ostlibanon ab!" Ein lapidarer Satz im Kontext der sich überschlagenden Ereignisse aus dem Nahen Osten. Doch dahinter verbirgt sich mehr. Denn bei dem „unbemannten Flugobjekt" handelte es sich um eine sogenannte Drohne, im internationalen Sprachgebrauch kurz als RPV (remotely piloted vehicle) bezeichnet.

Diese ferngelenkten Kleinfluggeräte, der Form nach einem Modellflugzeug ähnlich, haben besonders in Israel in den letzten Jahren eine dramatische technologische Entwicklung durchgemacht und erheblichen Anteil an den Erfolgen der Israelis im Libanon-Krieg. Die militärische Fachwelt horchte auf: Zielaufklärung und Zielbekämpfung, auch im gegnerischen Hinterland, ohne Gefährdung eigener Truppen mit Echtzeit-Fernsehbildübertragung sind nun nicht mehr utopische Vorstellungen eines „War Games", sondern elektronische „Fernseh"-Realität für manchen Truppenkommandeur. Modellbautechnik im Dienste elektronischer Kriegführung im 20. Jahrhundert.

Das Drohnensystem arbeitet nämlich ebenso einfach wie effektiv. Diese unbemannten Kleinfluggeräte sind äußerst flexibel und vielseitig einsetzbar. Neben ihrer ursprünglichen Aufklärungsfunktion können die RPVs auch im Verbund der elektronischen Kampfführung benutzt werden. Sie sind für Störaktionen geeignet und, mit speziellen Einrichtungen versehen, sogar in der Lage, den Anflug größerer Flugzeuge vorzutäuschen. Wesentliche Trümpfe der Drohnen sind ihre geringe Größe, der entsprechend kleine Radarquerschnitt, geringer Lärm sowie geringe Infrarotabstrahlung. All diese Eigenschaften sichern den unbemannten Flugkörpern eine hohe Überlebenswahrscheinlichkeit. Sie sind schwer auszumachen und zu bekämpfen.

Aufklärung, Überwachung und Zielmarkierung

Israel verfügt über zwei von der eigenen Industrie entwickelte Typen von unbemannten Flugkörpern. Die Drohne „Mastiff" (Typ III) stammt aus dem Hause des Elektronikkonzerns Tadiran, dem größten dieser Branche in Israel. Bevorzugte Einsatzarten dieses RPV: Aufklärung, Überwachung, Zielmarkierung, Artilleriebeobachtung und Aufgaben im Bereich der elektronischen Kampfführung. Das Kleinfluggerät schleppt eine Nutzlast, wie z. B. Sensoren, Photo- und Filmkamera, bis zu einer Gesamtmasse von 30 Kilogramm mit sich. Gesteuert wird der Drohneneinsatz von einer Bodenkontrollstation. Deren mobiler Befehlsbunker befindet sich auf der Ladefläche eines 2,5-Tonnen-Lastkraftwagens. Die Filmkamera der „Mastiff" überträgt laufend ihr Bild auf einen Monitor in der Bodenstation. Dort wird aufgezeichnet und sofort ausgewertet. Gestartet wird das Gerät mit einer pneumatischen Starthilfe von der Rampe eines Lkw aus. Zur Landung wird die Drohne auf einen Fangdraht zugesteuert.

Die technischen Basisdaten der „Mastiff" III: Länge 2,60 m, Spannweite 4,30 m, Flughöhe maximal 3000 m, Höchstgeschwindigkeit 130 km/h, Aktionsradius ca. 100 Kilometer, Einsatzdauer bis zu sechs Stunden, Antrieb durch einen 22 PS starken Zweiliter-Zweitaktmotor.

Die andere in Israel entwickelte Drohne ist der „Scout". Dieses Fluggerät wird von der „Israel Aircraft Industry" produziert. Aufklärungs- und Überwachungsmissionen sind primäre Aufgaben dieses RPV. Seine simple Bedienbarkeit ist besonders auf den Bedarf der Bodentruppen zugeschnitten. Per Bildschirm-Monitor kann der Bataillonskommandeur nun seine Truppen im Gefecht beobachten, gegnerische Bewegungen orten, Ad-hoc-Entscheidungen treffen. Das Geschehen auf dem Schlachtfeld bekommt er geradezu „frei Haus" auf den TV-Schirm geliefert. Ein enormer Vorteil besonders bei mobiler Kriegführung in Gebirgsregionen.

Die einfache Auslegung der Drohne Scout erfordert vom Bedienungsmann nur zwei Programmierfunktionen: Flughöhe und Flugrichtung müssen eingegeben werden. Ein Autopilot im Flugkörper speichert die ankommenden Signale. Erforderliche Detailmaßnahmen der Steuerungselemente löst der „Pilot" selbständig aus. Dadurch reduzieren sich die Störmöglichkeiten durch die Elektronik des Gegners auf ein Minimum. Die an der Unterseite der „Scout"-Drohne angebrachte Fernsehkamera deckt aus der durchschnittlichen operativen Einsatzflughöhe von 1000 Metern einen Bereich von 50 Quadratkilometern am Boden ab. Ihr mit 15facher Vergrößerung arbeitendes Zoom ist in der Lage, ein Rechteck von 50 x 50 Meter am Boden zu observieren und ohne Zeitverzug auf den Monitor in der Bodenstation zu überspielen. Im Leitstand am Boden (untergebracht auf einem 2,5-Tonnen-Lkw) arbeiten der Operateur, ein Beobachter und ein Techniker.

Bis zu sieben Stunden in der Luft

Die technischen Basisdaten des „Scout": Länge ca. 3,68 m, Spannweite 3,60 m, Flughöhe maximal 3000 Meter, Höchstgeschwindigkeit 157 km/h, Operationsradius ca. 250 Kilometer, Flugdauer bis zu sieben Stunden. Eine aktive Kontrolle dieser Drohne vom Boden aus ist bis zu einer Distanz von 100 Kilometern möglich.

Zur Verdeutlichung: Die vordersten israelischen Stellungen im Bekaa-Tal in Ostlibanon liegen knapp 30 Kilometer vor Damaskus. Wie die „Mastiff" wird auch dieses RPV von einem auf einem Fahrzeug gestützten Katapult gestartet und bei Einsatzende gegen ein Fangnetz der Bodenstation gelenkt. Drohnen als „Wachhunde in der Luft" oder „Wenn Überleben von der Information abhängt"! So wirbt Israels Rüstungsindustrie für ihre unbemannten Fluggeräte. Keine billigen Slogans, wie die Erfolge im Libanon-Krieg von 1982 gegen Syriens Luftwaffe und deren sowjetische Flugabwehrsysteme SAM-6 und SAM-8 bewiesen haben.

Geheimdienste: Assad erlitt zwei Herzattacken

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Seit einem Monat kuriert der syrische Präsident Hafez el Assad offiziell eine Blinddarmoperation aus. Er sei auf dem Weg der Besserung, heißt es weiter in den seltenen Bulletins aus Damaskus. Selbst im Westen glaubt kaum noch jemand an die Blinddarm-Version; im Nahen Osten hatte man schon in den ersten Tagen nach dem plötzlichen Verschwinden des 55jährigen Diktators die Auswahl zwischen Attentat, Herzinfarkt und Gehirnschlag. Die Flut der Spekulationen ist nach dem kurzen Erscheinen Assads auf einer neuen Brücke in Damaskus am 26. November nicht abgeebbt.

Die Gerüchte werden genährt von neuen Einzelheiten. So soll der syrische Präsident seit zehn Tagen etwa wieder einer intensiven Behandlung unterzogen worden sein, weil er nach dem 26. November zwei neue schwere Herzattacken erlitten habe. Das berichten übereinstimmend amerikanische, israelische und libanesische Geheimdienste. Assad befinde sich im Militärkrankenhaus in Damaskus. Dort sei eine ganze Etage für ihn geräumt worden. Nur enge Familienangehörige hätten Zutritt, selbst der politische Vertraute, Außenminister Khaddam, habe nur sehr begrenzt Zutritt. Assad dürfe nicht sprechen. Sein Zustand sei bedenklich.

In Frankreich ist außerdem zu erfahren, daß Washington den Syrern ein Laborflugzeug mit Operationsraum und Intensivstation zur Verfügung gestellt habe, um den Präsidenten im Notfall in ein französisches Krankenhaus nach Nizza, Bordeaux oder Neuilly zu bringen. Frankreich habe sein Einverständnis dazu gegeben. Ein französischer Chirurg jedoch, der den möglichen Patienten vorab untersucht hatte und dafür eigens nach Damaskus geflogen war, hat von einem Transport dringend abgeraten. Der syrische Präsident würde, so heißt es in dem Bericht des Arztes, den Transport nicht überleben.

Politischen Beobachtern in Damaskus ist nicht entgangen, daß Assad den saudischen Außenminister nicht empfing. Das sei äußerst ungewöhnlich. Die Staatsgewalt liegt zur Zeit in der Hand eines Fünfer-Gremiums, in dem die Alawiten noch ein deutliches Übergewicht haben. Es setzt sich zusammen aus Rifaat Assad, Hekmat Chéhabi, Ali Haidar, Moustaffa Tlass und Abdel Khaddam.

Khomeinis Schatten senkt sich über Kuwait: Den Scheichtümern am Golf droht Aufruhr

Soziale Unterschiede und schiitischer Fanatismus bilden ein explosives Gemisch / Musterland der Öl-Emirate

Von PETER M. RANKE

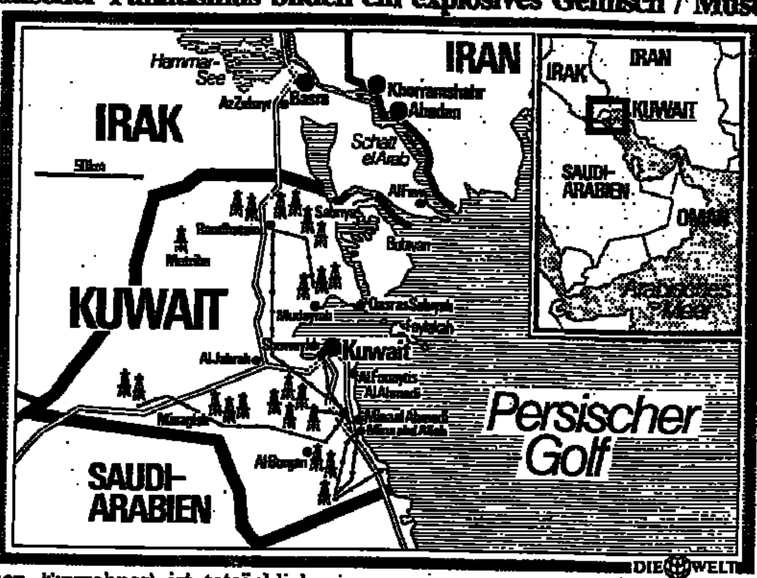
Der schwarze Rauchpilz über dem Gelände der US-Botschaft, der Terror-Anschlag gegen den Flugplatz und die Bomben gegen Erdölanlagen sowie Wohnquartiere von Ausländern haben Kuwait gestern auf das höchste alarmiert. In englischsprachigen Rundfunk-Sendungen hieß es, der Herrscher, Emir Jaber el Achmed es Sabah, berate mit der Regierung über die neue Krise. Armee, Polizei und Hilfsdienste sind mobilisiert, Flugplatz und Grenzen wurden stundenlang gesperrt. Die Kontrollen sind scharf.

Radio Kuwait und arabische Journalisten erklärten, Ziel der Terror-Anschläge und Selbstmord-Aktionen, die man Persern oder der schiitischen Minderheit im Emirat anlastet, sei der Abzug der Amerikaner und Franzosen. Außerdem wolle das Mullah-Regime in Teheran, das als Drahtzieher vermutet wird, dem reichsten arabischen Golfstaat die Lehre erteilen, jede Unterstützung für das benachbarte Irak im Golfkrieg einzustellen. Andernfalls werde er mit Sabotage- und Terror-Aktionen überzogen.

Über den kuwaitischen Hafen Schuwaik werden auf gut ausgebauten Straßen nicht nur lebenswichtige Transporte, sondern auch Ölprodukte und ausländische Waffen nach Basra und Bagdad befördert. 1981 waren das 4,2 Millionen Tonnen Güter, dazu kommt der Nachschub aus dem jordanischen Akaba und dem saudischen Dammam.

Bisher hat Kuwait Bagdad mehr als sechs Milliarden Dollar Kriegskredite gewährt, auch kuwaitisches Öl wird jetzt zugunsten Iraks verkauft. Schon voriges Jahr hatten deshalb iranische Kampfflugzeuge den Nachschub-Verkehr an der Grenze zwischen Irak und Kuwait bombardiert. Teheran verbreitet seit längerem die Warnung, wer Irak aktiv unterstütze, müsse mit militärischen Aktionen Irans rechnen. Als Terroristen scheinen die Mullahs besonders im Basar von Kuwait eingewanderte Perser oder ansässige Schiiten (meist persischer Abstammung) angeworben zu haben, nachdem erste Selbstmord-Attentate in Beirut so erfolgreich waren.

Das kleine, aber reiche Kuwait (24 280 Quadratkilometer, 1,4 Millionen Einwohner) ist tatsächlich ein geeignetes Ziel für radikale Kräfte, die dort durch die Verflechtung westlicher und arabischer Öl- und Geschäftsinteressen sowie die relative Freiheit der Kuwaitis herausgefordert werden. Als einziger Golf-Staat verfügt Kuwait über ein nach Persönlichkeiten gewähltes Parlament, das von 85 000 kuwaitischen Männern gewählt ist, über ein liberales Herrscherhaus, dessen Kronprinz Saad el Abdallah es Sabah Regierungschef ist, und über die reichste Wohlstandsgesellschaft der Welt.



Nicht nur Kuwaitis, auch Ausländer erhalten freie Krankenfürsorge und freien Schulbesuch. Die Altersversorgung übernimmt der Staat ohne Eigenbeitrag, der Erwerb von Häusern ist zinsfrei, Mindesteinkommen werden vom Staat garantiert. Großzügige Subventionen gibt es für Grundnahrungsmittel, kostenlos sind Rundfunk- und Fernsehempfang und Telefongespräche.

Trotzdem hat sich in den letzten Jahren in Kuwait eine Art Klassengesellschaft herausgebildet, die die etwa 600 000 eingeborenen Kuwaitis von den 800 000 bis eine Million ausländischen Arbeitskräften trennt. Jährlich werden nur rund fünfzig Muslime aus anderen arabischen Ländern, Indien oder Pakistan eingebürgert.

Die vielen Entwicklungsprojekte haben zu einer enormen Überfremdung geführt, da den Kuwaitis – und dort wiederum der Oberschicht der Sabahs – die lukrativen Geschäftsposten, Handelshäuser, ausländischen Vertretungen und Ministerien vorbehalten bleiben, während das Handwerk vernachlässigt und das Heer der ausländischen Arbeitskräfte für manuelle Tätigkeiten eingesetzt wird. Diese Ausländer jedoch, meist Araber und Inder, sind von fast sämtlichen Sozialleistungen ausgenommen, obwohl Kuwait ohne diese Fach- und Hilfskräfte zusammenbrechen würde.

Die Annahme ist wohl nicht verfehlt, daß das Heer der Unterprivilegierten der Propaganda aus Iran und finanziellen Anwerbungsversuchen für Terror-Aktionen zumindest aufgeschlossen gegenübersteht. Dazu kommt, daß Waffen oder Sprengstoff mit Segelbooten verhältnismäßig leicht an die sandigen oder versalzenen Küsten Kuwaits zu transportieren sind.

Zwar ist die Erdöl-Förderung des Emirats (seit 1946) dieses Jahr so wie 1982 wegen der „Ölflut" weiter gesunken und liegt jetzt statt der früheren 3,3 Millionen Barrel täglich nur noch bei 650 000 Barrel oder weniger. Kuwait-Öl ist wegen des hohen Schwefelgehalts schwer zu verkaufen. Aber umfangreiche Auslandsinvestitionen – so auch bei Mercedes, Hoechst und der Metallgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland – machen die Einnahme-Ausfälle bei Rohöl wieder wett. Aus Investitionen und Bankguthaben erzielte Kuwait letztes Jahr allein neun Milliarden Dollar.

Seit dem Angriff der Irakis 1961, im Jahr der Unabhängigkeit von Großbritannien, ist die Lage Kuwaits bemerkenswert stabil. Mit einer fast liberalen Presse, die gelegentlich auch Kritik an den Zuständen im Emirat übt, und der vom „Ruler" autoritär geführten Regierung hat Kuwait eine Außenpolitik entwickelt, die in der arabischen Front gegen Israel zumindest den innerarabischen Ausgleich sucht. Kuwait ist der „Vermittler" unter den Arabern. Es hat die Verständigung zwischen Oman und dem kommunistischen Süd-Jemen zuwege gebracht und steht als Gesprächsort auch den arabischen Kontakt-Bemühungen mit Moskau zur Verfügung. Als einziger arabischer Golf-Staat neben Irak verfügt Kuwait über diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion, von dort kauft Kuwait auch SAM-Luftabwehr-Raketen.

Armee und Luftwaffe von insgesamt 12 000 Freiwilligen sind vor allem mit britischem und französischem Gerät ausgerüstet. Die USA lieferten Hawk-Abwehrraketen, die Franzosen neue „Mirage". Eine Einheit aus Kuwait nahm im Herbst an den ersten Manövern des Golf-Rates (GCC – Gulf Cooperation Council) teil, wenngleich sich Kuwait aus Rücksicht auf Moskau weiter gegen einen formellen Verteidigungspakt der arabischen Golfstaaten stemmt. Das Emirat lehnt jede Präsenz amerikanischer Truppen in der Region ab, um nicht die Sowjets und die 150 000 Palästinenser im Lande herauszufordern. Die PLO hat in Kuwait eine starke Stütze. Kuwait zahlt beträchtliche Summen an die PLO.

Wie in Saudi-Arabien besteht die latente Gefahr nicht in äußeren Bedrohungen, ein militärischer Angriff Irans ist bis auf den Einsatz der Luftwaffe unwahrscheinlich, sondern in innerem Aufruhr. So wie in Saudi-Arabien und in Libanon bilden die Schiiten in Kuwait den politischen Sauerteig, der von den Mullahs in Iran angesetzt worden ist. Khomeinis Revolution ist zur Exportware geworden, der dreijährige Golfkrieg konnte das nicht verhindern. Nicht nur Kuwait oder die USA und Frankreich sind betroffen, sondern die gesamte arabische Golf-Küste. Nun wird sich zeigen, wer die „Standhaften" sind und ob Allah mit ihnen ist. (SAD)

Auch im 10. Bundestag geben Beamte den Ton an

Zahl der Freiberufler sank von 16 auf zwölf Prozent

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes dominieren auch im zehnten Deutschen Bundestag. Sie stellen mit 175 oder rund einem Drittel der 520 Abgeordneten wiederum die stärkste Gruppe. Im neunten Bundestag von 1980 waren sie sogar noch mit 187 Abgeordneten vertreten. Das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) hat jetzt zum dritten Mal in vergleichbarer Form eine Analyse der sozialen Strukturdaten des Bundestages vorgelegt.

Danach ist die Zahl der Freiberufler (Rechtsanwälte, Notare, Ärzte) stark von 83 auf 65 Abgeordnete oder von einem Anteil von 16 auf gut zwölf Prozent gesunken. Demgegenüber sind die Selbständigen (Unternehmer, Handwerker, Landwirte) mit 67 Abgeordneten gegenüber 65 1980 etwas besser vertreten.

Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten hat erneut abgenommen, und zwar von 322 auf 312, also auf einen Anteil von jetzt 60 Prozent. Davon gehören 230 einer der 17 DGB-Gewerkschaften an, 46 sind Mitglieder beim Deutschen Beamtenbund und 17 beim Christlichen Gewerkschaftsbund. Bei der SPD sind 200 Abgeordnete oder 99 Prozent der Mandatsträger gewerkschaftlich organisiert, bei der CDU/CSU haben 90 oder 35 Prozent das Mitgliedsbuch einer Gewerkschaft. Von den FDP-Abgeordneten sind sieben gewerkschaftlich gebunden, bei den Grünen mit 15 über die Hälfte.

Nach der Analyse gehören von den 161 Beamten 79 der SPD an. Dies sind fast 40 Prozent aller SPD-Abgeordneten. So hoch ist auch der Prozentsatz bei den Grünen, die elf Beamte in ihren Reihen haben. Die CDU/CSU bringen es auf 26 und die FDP auf gut elf Prozent ihrer Abgeordneten.

Von den 67 Selbständigen zählen 51 zur CDU/CSU (20 Prozent ihrer Abgeordneten). Bei der FDP sind es 26 Prozent oder neun Mandate. Der SPD gehören fünf und den Grünen zwei Selbständige an. In der Gruppe der freien Berufe sind von 65 Abgeordneten 45 Mitglieder der CDU/CSU, zwölf der SPD und jeweils vier der FDP und der Grünen.

Der Trend der Akademisierung der Bundestagsabgeordneten setzt sich fort. Die Zahl der Abgeordneten mit Hochschulreife ist von 341 auf 353 gestiegen. Die Zahl der Abgeordneten mit Hauptschulabschluß ging von 98 auf 92 zurück. Die Zahl der weiblichen Abgeordneten hat von 44 auf 51 zugenommen. Katholisch sind 189 Abgeordnete, evangelisch 174, die übrigen 157 machten keine Angaben.

Mertes: SPD koalitionsunfähig

Co. Bonn

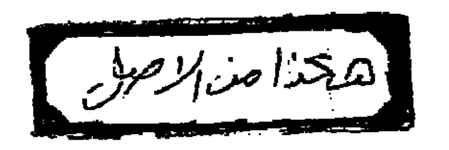
Staatsminister Alois Mertes (CDU) hat die SPD wegen ihres außenpolitischen Zustandes und ihrer „Impotenz in der Wirtschafts- und Sozialpolitik" als derzeit koalitionsunfähig bezeichnet. „Spekulationen auf eine Große Koalition wären in dieser Lage schlechterdings unverantwortlich – vor allem außenpolitisch", meinte Mertes gestern im Deutschland-Union-Dienst. Diese Warnung bezog sich auf Kräfte im Unionslager, die möglicherweise aus persönlicher Abneigung gegen FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher mit dem Gedanken einer Großen Koalition spielen. Mertes meinte, das „Krankheitsbild der SPD" würde sich im Fall einer Koalition mit der CDU/CSU auf die ganze Bundesrepublik Deutschland übertragen.

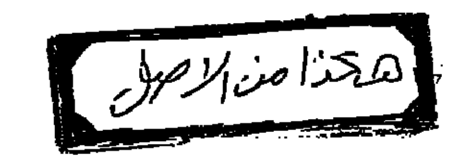
Raketen schützen das Weiße Haus

AFP/AP/dpa, New York

Boden-Luft-Raketen sind an einem geheimen Ort in unmittelbarer Nähe des Weißen Hauses stationiert worden, um den amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan vor einem Luftangriff zu schützen, berichtet das US-Nachrichtenmagazin „Times" in seiner jüngsten Ausgabe. Außerdem wurden zum Schutz vor einem Terroristenüberfall vor dem Südwesttor des Amtssitzes Betonbarrieren errichtet. Sie ersetzten die mit Sand gefüllten Lastwagen, die vor einiger Zeit vor der Einfahrt postiert worden waren.

Dem Kommandozentrum neben dem Weißen Haus würde weniger als eine Minute für die Entscheidung bleiben, die Boden-Luft-Raketen abzuschießen, falls sich ein Flugzeug in verdächtiger Weise nähern sollte.





Strafaktion von Israelis in West-Jordanien

rtr, Tel Aviv

Die israelischen Behörden im besetzten West-Jordanien haben nach Angaben von Militärvertretern in Hebron die Häuser dreier mutmaßlicher palästinensischer Terroristen zerstört. Die Häuser von vier anderen Freischärlern in Hebron und Ramallah seien geräumt worden. Vier der sieben betroffenen Häuser gehören Palästinensern, die den jüdischen Theologie-Studenten Aharan Gross im Juli ermordet beziehungsweise dabei mitgeholfen haben sollen. Ihnen wird nach Angaben der Militärvertreter von einem Militärgericht der Prozeß gemacht werden. Sie seien geständig. Die Aktionen der Militärbehörden waren die ersten dieser Art seit Amtsantritt des neuen Verteidigungsministers Moshe Arens. Er wird von den jüdischen Siedlern in dem von 800 000 Palästinensern bewohnten West-Jordanien zu härterem Vorgehen gegen israelfeindliche Araber gedrängt.

Giscard: Verteidigen Freiheit an Elbe

AFP, Paris

Frankreich muß nach Auffassung des ehemaligen Staatspräsidenten Valery Giscard d'Estaing „seine Existenz am Rhein, seine Freiheit aber an der Elbe verteidigen". In einem gestern von der konservativen Tageszeitung „Le Figaro" veröffentlichten Interview äußert sich Giscard kritisch über die Verteidigungspolitik der sozialistisch-kommunistischen Regierung. Er machte insbesondere die Notwendigkeit deutlich, die französische Abschreckungsstreitmacht auf einem „glaubwürdigen Niveau" zu halten und zu modernisieren. Der frühere Staatschef betonte, daß Frankreich trotz seiner autonomen Nuklearmacht von einer Schlacht in den europäischen Nachbarländern in Mitleidenschaft gezogen würde, da deren Ausgang entscheidend sei für die politische Unabhängigkeit Frankreichs.

US-Computer für Moskau beschlagnahmt

AP, London

Nachdem in Hamburg, Malmö und Helsingborg in jüngster Zeit Computer amerikanischer Herkunft beschlagnahmt worden waren, die – entgegen einem NATO-Verbot der Ausfuhr hochentwickelter Technologie – in Länder des Ostblocks, vor allem aber in die Sowjetunion transportiert werden sollten, sind am Sonntag auch in Großbritannien derartige Computer beschlagnahmt worden. Vom britischen Zoll im südenglischen Hafen Poole wurde eine wertvolle Computerladung im umgerechneten Wert von zwei Millionen Mark sichergestellt, ehe sie auf eine Fähre nach Frankreich verladen werden konnte. Die Computer sollten über die Tschechoslowakei in die Sowjetunion weitergeleitet werden.

Drei britische Staatsangehörige, die die Ladung in einem Lastwagen nach Poole brachten, wurden zur Vernehmung festgehalten. Einem der Männer, Bryan Williamson, Chef einer Firma in Winborne, soll von amerikanischen Behörden der Zugang zu Computern untersagt worden sein, weil er verdächtigt werde, Comp[illegible]rungen zur militärischen N[illegible] in die Sowjetunion zu organisieren. Die britische Regierung hatte im November eine Sondereinheit aus neun Zollbeamten und drei Technologie-Experten des Handels- und Industrieministeriums für besondere Fahndungsaufgaben zusammengestellt.

Kritik an der „Zuheirat" von jungen Türken

Ausländerpolitik aus Sicht von Ländern und Gemeinden

AXEL SCHÜTZSACK, Berlin

In der öffentlichen Diskussion in der Bundesrepublik über die Ausländerpolitik wird zu wenig die Kontinuität in den Grundpositionen berücksichtigt. Dies gilt vor allem hinsichtlich der Integrationspolitik der gegenwärtigen Regierung, die sich von derjenigen ihres Vorgängers nicht unterscheidet. Dies wurde übereinstimmend von Teilnehmern an einem Seminar über Ausländerpolitik festgestellt, das vom Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin veranstaltet wurde.

Führende Mitarbeiter von Dienststellen des Bundes, der Länder und der Gemeinden hoben zugleich hervor, daß ein größeres Maß an Gelassenheit in der öffentlichen Debatte über die Ausländerpolitik geboten sei. Zu einer Dramatisierung bestehe kein Anlaß, da die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer im abgelaufenen Jahr um 132 000 zurückgegangen sei. Trotz dieser rückläufigen Tendenz werde die Bundesrepublik jedoch auf lange Sicht mit einem hohen Anteil ausländischer Einwohner rechnen müssen. Integration, Begrenzung des Ausländeranteils und Rückkehrförderung seien deshalb nach wie vor die Grundelemente der Ausländerpolitik der Bundesrepublik.

In diesem Zusammenhang wurde hervorgehoben, daß weder durch die Politik der Integration noch durch finanzielle Förderung rückkehrwilliger Ausländer „Entscheidungsdruck" ausgeübt werde. Eine kurzfristige Lösung des Integrationsproblems sei ohnehin nicht in Sicht. Obwohl sich bei einem Teil der länger in der Bundesrepublik lebenden Türken eine deutliche Veränderung im sozialen Status – soziale Aufsteiger – abzeichne, sei die Integrationswilligkeit bis hin zur Einbürgerungsbereitschaft bei dieser Bevölkerungsgruppe nach wie vor gering. Ministerialrat Jürgen Haberland vom Bonner Innenministerium wies mit einem eindrucksvollem Beispiel auf die Integrationsproblematik hin. Er habe vor kurzem eine Karikatur in einer Zeitung über einen Türken gesehen, der seine Heimat verlasse und in die Bundesrepublik ziehe. Auf seinem Rükken habe der Türke nicht einen Rucksack, sondern im Kleinformat das ganze zurückgelassene Dorf mit seinen Häusern, seiner Moschee und den Bergen im Hintergrund als „Lebensgepäck" in das neue, ihm fremde Land mitgebracht.

Der Integrationsprozeß bis hin zur Einbürgerung in größerem Stile wird nach Ansicht der Ausländerbeauftragten des Berliner Senats, Barbara John, erst bei der dritten in der Bundesrepublik lebenden Ausländergeneration einsetzen. Frau John, die auf der Berliner Tagung zu der Frage Stellung nahm, ob Rückkehrförderung und Integration ein Widerspruch sei, vertrat die Auffassung, daß vor allem die sogenannte „Zuheirat" junger Türken und Türkinnen sich auf den Integrationsprozeß hemmend auswirkt. Die Zuheirat von jungen Türken und Türkinnen aus dem Heimatland werde von national gesinnten Türken in der Bundesrepublik und in der Türkei bewußt gefördert, um die Bindungen an den heimatlichen Kulturkreis aufrechtzuerhalten und aufzufrischen.

In diesem Zusammenhang wurde die umstrittene Frage der Begrenzung des Zuzugsalters erörtert. Wenn man das Problem des „Späteinsteigers" durch eine Begrenzung des Zuzugsalters auf das sechste Lebensjahr löse, dann werde auch die Neigung junger Türken geringer, sich den Ehepartner in der alten Heimat auszusuchen. Die Diskussion über die Herabsetzung des Zuzugsalters habe im übrigen etwas Unrealistisches an sich. Es sei falsch, wenn von Gegnern der Sechs-Jahre-Grenze behauptet werde, daß damit Eltern und Kinder auseinandergebracht würden und daß deshalb an dem Zuzugsalter von 16 Jahren festgehalten werden müsse. Wer bis zum 16. Lebensjahr in seiner Heimat ohne die Eltern gelebt habe, der habe auch keine starken Bindungen an das Elternhaus.

Es sei deshalb für die Lebensplanung notwendig, daß Kinder ausländischer Eltern zum Zeitpunkt der Einschulung in der Bundesrepublik seien. Sie würden dann in der Regel einen Hauptschulabschluß, „wenn nicht sogar noch mehr" erhalten, erklärte ein Vertreter des Bonner Innenministeriums. Nur so hätten sie die Chance, einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz zu erhalten.

Menschenrechte fördern

Unionspolitiker für US-Initiative gegen Kreml-Verstöße

BERNT CONRAD, Bonn

Führende Politiker der CDU/CSU haben sich zu den Zielen einer vor kurzem auf amerikanische Initiative gegründeten Internationalen Parlamentariergruppe für Menschenrechte in der Sowjetunion bekannt. Im Mittelpunkt der Arbeit der Gruppe stehen Fragen der Auswanderung und der Familienzusammenführung, besonders im Interesse sowjetischer Juden und Rußlanddeutscher, die Bekämpfung religiöser Verfolgung, sowie der freie Fluß von Informationen und menschlichen Kontakten zwischen dem Westen und der Sowjetunion. Zu den Befürwortern in Bonn gehören unter anderem Staatsminister Alois Mertes, der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel, sowie die Unionsabgeordneten Klaus Rose, Erich Riedl, Eduard Lintner und Otto Regenspurger.

Der Anstoß zu dem Zusammenschluß war von maßgeblichen Mitgliedern des amerikanischen Senats und des Repräsentantenhauses ausgegangen. Sowohl regierende Republikaner als auch oppositionelle Demokraten hielten es für zweckmäßig, Parlamentarier aus Nordamerika, Westeuropa und Israel zusammenzubringen, um die westliche Menschenrechtspolitik zu koordinieren. Unter den amerikanischen Teilnehmern sind Präsident Reagans Wahlkampfmanager, Senator Paul Laxalt, die republikanischen Senatoren Robert Dole, John Heinz, Orrin Hatch und Nancy Kassebaum, die demokratischen Präsidentschaftsbewerber John Glenn, Allan Cranston, Gary Hart und Ernest Hollings sowie – neben vielen anderen – die demokratischen Senatoren Daniel P. Moynihan und Sam Nunn. Die Parlamentarier wollen auf einer ersten Konferenz am 20./21. April 1984 in Paris ihre Aktivitäten absprechen.

Die CSU ist auf ihren Minister Dollinger nicht gut zu sprechen

Empörung über Sparkonzept / Ein Drittel der geplanten Streckenstillegungen in Bayern

Von PETER SCHMALZ

Wenn Bundesverkehrsminister Werner Dollinger heute in Bad Godesberg dem Verwaltungsrat der Bundesbahn das Sanierungskonzept der an Milliardenschwund leidenden Bahn vorlegt, trägt das dicke Papier zwar den Stempel der Zustimmung durch das Bundeskabinett, die am Tisch mitversammelten Ländervertreter werden dem Plan jedoch das rote Signal zeigen: Sie wollen sich nicht dem Rotstift beugen, der ihnen gut 6000 Kilometer Schienen streichen soll. Als Wortführer der Fronde gegen seinen Sparplan wird dem CSU-Politiker Dollinger heute ausgerechnet sein Parteifreund Anton Jaumann gegenübersitzen, der als bayerischer Verkehrs- und Wirtschaftsminister dieser Tage im Münchner Landtag das neue Konzept rundweg abgelehnt hat: „Gnade uns Gott, wenn das so durchgeht."

Parteipolitische Rücksicht will man in München nicht walten lassen. Wie schon im erfolgreichen Kampf um mehr Geld für den Rhein-Main-Donau-Kanal und den bayerischen Fernstraßenbau ist die CSU-Regierung unter Franz Josef Strauß entschlossen, notfalls auch gegen eigene Minister im Bundeskabinett Stellung zu beziehen. Hatten die vier CSU-Minister an Kohls Kabinettstisch noch einhellig für Dollingers Konzept gestimmt, so wurde ihnen beim Münchner „Jour fixe" vergangene Woche von Strauß und Jaumann unmißverständlich verdeutlicht, daß sie damit Mist gebaut haben. Eine Säule des Dollinger-Plans zerriß CSU-Landesgruppenchef Theo Waigel anschließend vor Journalisten mit einem Satz: „Streckenstillegungen dürfen nicht der Mittelpunkt eines Bahnkonzepts sein."

Hiervon aber fühlt sich Bayern als größter der deutschen Flächenstaaten am härtesten getroffen: Ein Drittel der langfristig zu streichenden Linien liegt im Freistaat. Ganz aktuell, wie Jaumann dem Landtag berichtete, sind in Bayern zur Zeit 26 Strekken im Personen- und 15 Strecken im Güterverkehr mit einer Gesamtlänge von 989 Kilometern von der Stillegung bedroht.

Hierbei aber, so argumentiert Bayern und wird heute im DB-Verwaltungsrat die Unterstützung der anderen Länder finden, legt die Bahn die falsche Meßlatte an, wenn sie ausschließlich nach der augenfälligen Wirtschaftlichkeit entscheidet. Jaumann: „Die Bahn darf nicht nur nach ausschließlich marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten saniert werden." Deshalb fordert er in Übereinstimmung mit Strauß für jede im Feuer stehende Strecke ein Gesamtkonzept, das auch die gemeinwirtschaftlichen und strukturellen Aspekte berücksichtigt.

Landesbericht Bayern

Bayern sieht diese Forderung nach dem Bundesbahngesetz gerechtfertigt, das zwar vorschreibt, die Bahn „wie ein Wirtschaftsunternehmen zu führen", das aber den Bund verpflichtet, die Maßnahmen der Bahn mit der Verkehrs-, Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik in Einklang zu bringen.

Wie ein Wirtschaftsunternehmen werde die Bahn ohnehin nicht geführt, höhnte Jaumann in München: „Ich habe noch kein Unternehmen gesehen, das so miserabel geführt worden ist." Doch angesichts eines jährlichen Defizits von inzwischen 4,2 Milliarden Mark könnte der Bahn nach bayerischer Meinung auch durch Stillegungen nicht auf die Sprünge geholfen werden. Nach Jaumanns Berechnungen konnte die Bahn mit ihren bisher abgekoppelten Gleisen nur 50 Millionen Mark im Jahr einsparen, insgesamt ließen sich im Jahr allenfalls 500 Millionen Mark zurückhalten.

Statt auf der Strecke zu knausern, schlägt Bayern ausnahmsweise finanzielle Großzügigkeit vor: Mit einem einmaligen und zusätzlichen Investitionsvolumen von zwei Milliarden Mark soll die Bahn modernisiert und im Angebot attraktiver werden. Besseren Service für mehr Fahrgäste und mehr Güter soll die Bahn gleichzeitig schrumpfendem Personalbestand bewerkstelligen. Nach bayerischen Vorstellungen sollen ohne Entlassungen jährlich 12 000 Arbeitsplätze abgebaut werden. Der Münchner Verkehrsminister: „Mit dem bisherigen Personalbestand kann die Bahn auf keinen grünen Zweig kommen."

Die SPD, deren Verkehrsminister Kurt Gscheidle als erster ein umfassendes Stillegungsprogramm präsentiert hatte, schlägt nun frei von innerparteilichen Solidaritätsfesseln in die gleiche Kerbe und spricht im Münchner Landtag von einem „Schrumpfungsprogramm", das in eine eisenbahnlose Zeit führen könne, und fordert einen „bundesbahnfreundlicheren, besseren Verkehrsminister in Bonn". Dagegen aber nimmt die CSU ihren Minister nun doch in Schutz: Das Sparkonzept sei halt „in sehr großem Maß von der Bundesbahn formuliert" worden. Daß darin der wenig diskrete Hinweis steckt, Dollinger möge mal selbst einen Sanierungsplan ausarbeiten, darf nicht als unbeabsichtigt unterstellt werden.

Ost-Berlin mischt keine Kriminellen mehr unter freigekaufte Häftlinge

Eine Bilanz aus dem Innerdeutschen Ministerium / S-Bahn-Verhandlung vor Abschluß?

E. NITSCHKE, Bonn

Das Bundesministerium für innerdeutsche Fragen rechnet noch in diesem Jahr mit dem Abschluß der Verhandlungen, die seit Monaten um das Schicksal der Berliner S-Bahn mit „DDR"-Behörden geführt werden. Der „erstaunlich zügige Ablauf" dieser Verhandlungen, so hieß es jetzt im Ministerium in Bonn, gehe schon daraus hervor, daß die letzte Sitzung der beteiligten Gremien zehn Stunden gedauert habe. Im Gegensatz zu der bisherigen Androhung der „DDR", den S-Bahn-Verkehr ab 1. Januar 1984 völlig einzustellen, rechne man mit einer „Übergangslösung", innerhalb derer der Verkehr noch für begrenzte weitere Zeit weiterrollen könnte.

Ost-Berlin wolle die S-Bahn nach anfänglichen Versuchen, dafür Geld zu bekommen, nunmehr als „Belastung einfach loswerden", nachdem der Zuschuß für das heruntergewirtschaftete und von Kunden kaum mehr angenommene Unternehmen bei jährlich 80 Millionen Mark Valuta zu Lasten der Staatskasse der „DDR" angekommen sei.

Mit dem „keineswegs abgesagten, sondern nur verschobenen" Besuch des Staats- und Parteichefs Erich Honecker in der Bundesrepublik rechnet das Ministerium für innerdeutsche Beziehungen zwar nicht innerhalb der ersten 14 Tage des neuen Jahres, aber doch wohl im Verlauf des Jahres. Es müßten von solchen Gesprächen Erfolge für beide Seiten erwartet werden können, hieß es dazu in Bonn. Durch die Vorgänge in Polen sei Honeckers politisches Gewicht gegenüber Moskau zweifellos gewachsen und Honecker sei entschlossen, diesen „autonomen Spielraum" zu nutzen, ohne die Machtstrukturen zu verändern.

Für 6000 „normale Ausreisen" aus dem Staatsgebiet der „DDR" hat die Bundesregierung im Jahre 1983 bisher rund sechs Millionen Mark aufgewendet. Rund tausend Personen konnten außerdem aus der Haft freigekauft werden. Diese Zahl liegt zwar, wenn sie sich nicht noch bis zum Jahresende deutlich erhöht, unter der Bilanz für 1982 auf diesem Sektor, jedoch wird im innerdeutschen Ministerium betont, daß die „Qualität" der Freigekommenen eher zugenommen habe. So sei die „DDR" durch Proteste von Bonn dahin gebracht worden, nicht mehr gewöhnliche Kriminelle unter die freizulassenden „Politischen" zu mischen. Deren Anteil habe früher bei zehn Prozent gelegen, sei jetzt „auf Null gebracht" worden. Der Erfolg sei auch darauf zurückzuführen, daß für die Kriminellen keine Zahlung mehr geleistet worden sei.

An der Elbe konzentrieren sich deutsch-deutsche Kontakte auf die Frage, wo die Grenze verläuft. Alle bisherigen Feststellungen um dies Problem haben nach Bonner Ansicht nicht den Schluß zugelassen, daß die Alliierten nach 1945 bei der Grenzziehung zwischen russischer und britischer Besatzungszone eine Grenze in der Elbmitte meinten. Die Bundesregierung hat sich hier auf die „Praxis der Besatzungsmächte" berufen, da die britische Armee seinerzeit die Kontrolle bis zum Nordostufer des Flusses, also auf der heutigen „DDR"-Seite ausübte. Sollte in den nächsten Monaten innerhalb der gemeinsamen Grenzkommission nur der „Dissens" festgestellt werden, dann gibt es nach Bonner Ansicht auch über das eigentliche Problem hinaus noch „Möglichkeiten einer vernünftigen Regelung", zum Beispiel für die Klage führenden Sportfischer und Sportschiffer am Strom.

Grüne: Partei auf Distanz zu Fraktion

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der Bundesvorstand der Grünen hat sich gestern mit Nachdruck von einem Kongreß über „Sicherheitspolitische Konzepte für Europa nach der Stationierung" distanziert, der von der eigenen Bundestagsfraktion am Wochenende in Bonn ausgerichtet worden war. In einer per Fernschreiben verbreiteten Erklärung betonte Pressereferent Michael Schroeren, daß die Parteiführung von der Veranstaltung erst kurz vor deren Beginn unterrichtet worden und „weder an der Vorbereitung noch an der Durchführung" beteiligt gewesen sei.

Die Verärgerung ist so groß, daß Vorstandssprecher Rainer Trampert seine von der Fraktion bereits am 7. Dezember angekündigte Teilnahme an einer Pressekonferenz absagen ließ. Vorsorglich wurde in dem Fernschreiben erklärt: „Sollten auf der heutigen Pressekonferenz Aussagen zur Europa- und Friedenspolitik der Grünen getroffen werden, so spiegeln sie ausschließlich die Meinung der Versammlungsteilnehmer wider."

Mit dieser Feststellung wandte sich der Vorstand unter anderem gegen die Forderung des Konferenzleiters, des Abgeordneten Roland Vogt, nach der am 17. Juni parallel zur Europawahl eine Volksbefragung gegen die Nachrüstung auf eigene Faust durchgeführt werden solle. Dies würde eindeutig dem Beschluß des Duisburger Parteitags widersprechen. Vor diesem Hintergrund sprach Vogt vor Journalisten von „allenfalls Kommunikationsschwierigkeiten" mit der Parteispitze.

Die Fraktion hatte die Konferenz, zu der etwa 40 Mitglieder der Friedensbewegung aus elf europäischen Ländern und den USA gekommen waren, mit rund 10 000 Mark finanziert. Beim Bundespresseamt waren zunächst 15 500 Mark dafür beantragt worden. Insgesamt stehen den Grünen aber sogar 33 000 Mark für derartige Veranstaltungen zur Verfügung.

Abgeordnete nach Ankara

Co. Bonn

Die CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten Klaus Rose und Lieselotte Berger sowie der SPD-Abgeordnete Peter Würtz sind gestern als erste Parlamentarier nach den türkischen Wahlen zu einem Besuch in Ankara eingetroffen. Sie wollen in Gesprächen mit den Vorsitzenden der neuen im Parlament vertretenen Parteien und auch mit früheren Politikern, denen das Militärregime die aktive Betätigung verboten hatte, die jüngste Entwicklung erörtern. Ihre Eindrücke werden die künftige Haltung des Bundestages zur Türkeihilfe wahrscheinlich wesentlich beeinflussen. Anschließend wollen sich Rose und Würtz als Berichterstatter und Mitberichterstatter für das Auswärtige Amt im Haushaltsausschuß und Frau Berger als Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses über die Lage des deutschen Krankenhauses in Istanbul informieren. Der Bundesrechnungshof und der Haushaltsausschuß neigen dazu, die Bonner Zuschüsse für das vor 140 Jahren mit deutscher Hilfe errichtete Krankenhaus zu streichen.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Für die Rüstung müssen die Werktätigen im neuen Jahr „Friedens-Schichten“ fahren

„DDR“ erhöht den Verteidigungsetat um 7,2 Prozent / Bevölkerung muß den Gürtel noch enger schnallen

H.-R. KARUTZ, **Berlin**

Die „DDR“-Bevölkerung muß sich im kommenden Jahr darauf einrichten, den Gürtel enger zu schnallen, weniger Waren in den Läden zu finden und nur noch einen bescheidenen Lohnzuwachs zu erzielen. Dagegen schreibt der vor wenigen Tagen von der Volkskammer angenommene Staatshaushalt für 1984 hohe Steigerungsraten bei den Verteidigungsausgaben (plus 7,2 Prozent) und bei den Investitionen (knapp fünf Prozent) vor, um die technologisch weiterhin rückschrittlichen Industrie-Bereiche weltmarktfähig auszustatten.

„Die Leute werden nicht jubeln, aber sie werden sie am Ende hinnehmen“, hatte SED-Generalsekretär Erich Honecker Ende Oktober der Grünen-Delegation aus Bonn beim Raketen-Thema vorausgesagt. Evangelische Synoden und unabhängige Friedensgruppen schweigen jedoch keineswegs zu diesem Vorgang. Zumal sich bereits am neuen Etat 1984 die Lasten der Nach-Nachrüstung für die „DDR“-Bürger erweisen. Bei geplanten Gesamtausgaben von 231 Milliarden Mark entfallen 12,2 Milliarden Mark (oder 7,2 Prozent gegenüber 5,8 Prozent im Jahr 1983) offen ausgewiesen auf den Rüstungsetat. Nationale Volksarmee, die Sondereinheiten des Staatssicherheitsdienstes und die Rüstungskosten erforderten 1983 dagegen „nur“ 11,4 Milliarden Mark.

Ebenfalls rund sieben Prozent erfordern die Ausgaben für „öffentliche Sicherheit, Rechtspflege und Sicherung der Staatsgrenze“. Auch hier fallen die Sprünge ins Auge: 1982 reichten für diesen Posten noch 4,178 Milliarden aus, in diesem Jahr stiegen die Ausgaben auf 4,4 Milliarden, und 1984 müssen für diesen Zweck 4,7 Milliarden Mark zunächst erst einmal erwirtschaftet werden.

Der auffälligste Schub läßt sich bei den exorbitant hohen Stützungsgeldern für die weit unter den Kosten angebotenen Waren des normalen täglichen Bedarfs und für Verkehrstarife feststellen: Statt 21,8 Milliarden Mark – wie im laufenden Jahr – lautet der Staatszuschuß für 1984 auf 31,1 Milliarden Mark. Die Steigerung beträgt 52 Prozent. Dahinter verbirgt sich das notwendige „Auffang-Netz“ für höhere Verkaufspreise der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und Staatsgüter.

DIE ● ANALYSE

Sie sollen einen Anreiz erhalten, mehr zu leisten und beispielsweise mehr Fleisch und frisches Obst und Gemüse zu jeder Jahreszeit in ordentlichem Zustand auf den Markt zu bringen. Angesichts der 1000-Mark-Durchschnittsgehälter und 350-Mark-Durchschnittsrenten in der „DDR“ können diese höheren Verkaufspreise nicht auf den Verbraucher abgewälzt werden.

Mit „Friedens-Schichten“, der Verpflichtung zum Drei-Schicht-Betrieb in 24 Stunden und der „rollenden Woche“ (bei der nur alle 14 oder 21 Tage ein freies Wochenende winkt) sollen die „DDR“-Arbeiter ihr Scherflein dazu beitragen, die zusätzlichen Rüstungskosten zu bezahlen.

Verteidigungsminister Heinz Hoffmann wartete mit seinen Erläuterungen für die neue Rüstungs-Runde in der „DDR“ nicht bis zur Etatvorlage, sondern gab schon während der SED-Zentralkomitee-Sitzung Ende November die entsprechenden Wegweisungen. Dabei kündigte er beispielsweise an:

● „Dazu gehört, daß wir im Laufe der nächsten Jahre unsere Teilstreitkräfte mit neuen oder verbesserten Waffen und Geräten ausstatten, ihre Führungs- und Aufklärungsmöglichkeiten erhöhen, ihre Feuerkraft und Beweglichkeit vermehren werden.

● Dazu gehört, daß wir den Stand der Gefechtsausbildung, besonders der Meisterung der neuen Waffen und Geräte, und der politischen Erziehung auf einen solchen Stand bringen, daß jederzeit eine hohe Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft gewährleistet ist.

● Dazu gehört schließlich, daß auch die sozialistische Wehrerziehung, die vormilitärische Ausbildung und die Zivilverteidigung der DDR sowie die Auffüllung unserer Streitkräfte und ihrer Lehreinrichtungen mit körperlich und geistig gesunden, moralisch gefestigten und leistungsstarken Jugendlichen auf einem hohen Niveau gewährleistet werden.“

Hoffmann verhehlte dabei vor den Spitzen-Genossen und den Lesern des „Neuen Deutschland“ nicht, was dies für enorme Lasten und Verzichte für die Bevölkerung mit sich bringt: „Es ist klar, daß uns alle diese Maßnahmen nicht leichtfallen. Die entsprechenden personellen, materiellen und finanziellen Konsequenzen müssen im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gegebenheiten verwirklicht werden.“ Diese Anstrengungen seien jedoch notwendig, weil es unter anderem – so Hoffmann wörtlich vor dem Zentralkomitee – „um die Existenz des Sozialismus als gesellschaftspolitisches System“ gehe.

Weit unter den bisher genannten Plan-Richtzahlen rangieren die Ziffern, die etwas über den Lebensstandard in der „DDR“, die Kaufkraft und die Einkommensverhältnisse aussagen. Der Einzelhandelsumsatz und die Nettogeldeinnahmen der Verbraucher – für 1983 noch mit einer Zunahme von drei Prozent (1982: vier Prozent) angepeilt – sollen lediglich um 2,2 Prozent klettern. Dies bedeutet das niedrigste Wachstumsziel in diesen beiden Positionen, seit der laufende Fünfjahresplan 1981 verabschiedet wurde. Bereits von Januar bis Juni 1983 nahm der Einzelhandelsumsatz in den „DDR“-Läden im Vergleich zu 1982 nicht mehr zu.

Auch die hochgesteckten Exportziele – sie gingen zu Lasten des Inlands-Angebots und sorgten somit für Unmut unter der Bevölkerung – mußten von den Wirtschaftsmanagern um Günter Mittag drastisch „heruntergefahren“ werden: 1983 war ein Wachstum des Außenhandelsumsatzes von 13 Prozent vorausberechnet. In den kommenden zwölf Monaten sollen es nun nur noch fünf Prozent sein.

Das Zahlenwerk, von der Volkskammer wie immer einstimmig angenommen, steht im Jahr des 35. Geburtstages der „DDR“ unter einem besonderen Vorbehalt. In diesen Jubiläums-Monaten werden ohnedies noch zahlreiche Wettbewerbs-Kampagnen dafür sorgen, den ohnehin schon hohen Arbeitseifer der „DDR“-Werktätigen nicht erlahmen zu lassen.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Anreiz zur Schwarzarbeit

Nicht enden soll wohl die Seelenmassage, mit der die Gewerkschaften die Arbeitnehmer auf die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich einstimmen wollen. Ganz abgesehen davon, daß einer der maßgebenden Sozialdemokraten, der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt, klipp und klar öffentlich festgestellt hat, daß weniger Arbeit selbstverständlich auch nur mit entsprechend weniger Lohn honoriert werden kann, bleibt offensichtlich ein wesentlicher Aspekt vollkommen unberücksichtigt.

Ob nun mit oder ohne Lohnausgleich die 35-Stunden-Woche verwirklicht wird, auf jeden Fall wird sie sich in für den Staat kaum erträglicher Weise auf den Schwarzarbeitsmarkt auswirken. Das Leistungsangebot der Unternehmen wird zu teuer, die Nachfrage wendet sich dann an Arbeitnehmer, die durch mehr Freizeit in der Lage sind, ihre Einkommen steuer- und abgabenfrei durch Schwarzarbeit erheblich aufzubessern.

Bei 25 Mill. Arbeitnehmern 5 Stunden in der Woche weniger Arbeit, ergeben zusammen 125 Mill. Stunden in der Woche oder 500 Mill. Stunden im Monat und 6 Mrd. Stunden im Jahr. Da eine Arbeitsstunde im Durchschnitt mindestens einschl. Steuern und Abgaben 25,- DM kostet, bedeutet das, daß die Wirtschaft im Jahr 150 Mrd. DM für nicht geleistete Arbeit aufbringen soll. Daß das nicht Schaffung neuer Arbeitsplätze, sondern Ruin der gesamten deutschen Volkswirtschaft bedeuten würde, sagt allein diese ungeheuerliche Zahl.

Mit Sicherheit wird im übrigen ein großer Teil der Arbeitnehmer, nehmen wir an, ⅕ von 25 Mill. = 5 Mill., die zusätzlich gewonnene Freizeit von 5 Stunden pro Woche für Schwarzarbeit nutzen. Das sind 25 Mill. Stunden in der Woche oder 1,2 Mrd. Stunden im Jahr, die nicht bei den mit Steuern und Abgaben überlasteten, viel zu teuren Unternehmen gekauft werden.

Diese, d. h. hauptsächlich kleine und mittlere Unternehmen, die ganz wesentlich dazu beitragen, das Steuer-, Renten- und Sozialsystem zu erhalten, werden reihenweise zusammenbrechen und die Arbeitsplätze verlorengehen. Und abgesehen davon wird dem Staat allein aus diesen 1,2 Mrd. Schwarzarbeitsstunden mindestens 12 Mrd. DM an Steuern verlorengehen und mindestens 8 Mrd. für Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherung.

Daß jeder Arbeitsplatz im Durchschnitt rund 50 000,- DM kostet, daß also 25 Mill. Arbeitsplätze einen Wert von 1,25 Billionen DM darstellen, die dann ebenfalls 5 Stunden in der Woche ungenutzt bleiben werden, sollte wohl in diesem Zusammenhang ebenfalls bedacht werden.

Die Gewerkschaften tun so, als lebten wir hier auf einer paradiesischen Insel, unabhängig vom Rest der Welt. Durch ihre Lohnpolitik haben sie es bereits unmöglich gemacht, früher begehrte deutsche Schiffe an den Weltmarkt zu verkaufen. Sie haben damit zusätzlich die Stahl- und die Kohlekrise verursacht und es der übrigen Industrie ungeheuer erschwert, auf dem Weltmarkt noch konkurrieren zu können.

Waren das nicht gar 1 Mill. Arbeitslose, die die Gewerkschaften durch die Verkürzung der Wochenarbeitszeit um 5 Std. von der Straße wegbringen wollten – ja, was soll denn dann aber mit den restlichen 1½ Mill. geschehen? Wäre es dann nicht besser, von vornherein die 28-Std.-Woche zu fordern? Dann gäbe es doch nach dieser Rechnung gar keine Arbeitslosen mehr.

H. Berghöfer, Hamburg 50

Freundesdienst

„Am Eisernen Vorhang weht das Sternenbanner“; WELT vom 1. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

das ist völkerverbindender Journalismus, das ist deutsch-amerikanische Freundschaft, das ist Kameradschaft unter Verbündeten.

Der Artikel war längst fällig, endlich positive Zeilen über die bei uns stationierten amerikanischen Soldaten. Hoffentlich wurde dieser Bericht auch von denen gelesen, die da glauben, mit Anti-Amerikanismus ihren Friedenswillen demonstrieren zu müssen.

Ein Bravo dem WELT-Journalisten Walter H. Rueb für den ausführlichen und sehr guten Bericht über die Aufgaben amerikanischer Soldaten hier in Deutschland am Eisernearn Vorhang, der Demarkationslinie zwischen Freiheit bei uns hier im Westen und kommunistischer Unterdrükkung im Osten.

Mit freundlichen Grüßen
Joseph Plempe,
Westheim/Westf.

*

Sehr geehrte Damen und Herren.

dieser Bericht kommt zur rechten Zeit. Ich möchte Ihnen dafür danken! – Gleichzeitig möchte ich eine Spendenaktion anregen, um diesen Soldaten, die durch mehrere tausend Meilen von ihren Familien getrennt hier ihr Weihnachtsfest begehen, damit unsere Freiheit erhalten bleibt, eine kleine Freude zu diesem Fest des Friedens zu machen. Bitte richten Sie ein Spendenkonto ein, oder veröffentlichen Sie die Adresse dieses Regiments in der Oberpfalz, damit man seinen Geldbetrag gleich dorthin überweisen kann.

Mit freundlichen Grüßen
F.-K. von Linden,
Waldsee/Pfalz

Dreimal lesen

„Schon der alte Bulganin drohte mit seinen Raketen“; WELT vom 1. Dezember

Sehr geehrte Redaktion

Nach der unwürdigen und unnötigen Kapitulation der tschechoslowakischen politischen Führung am 26. August 1968 in Moskau hat sich Alexander Dubcek bei seinen Freunden beschwert – und dies gleichzeitig als Rechtfertigung für seine Kapitulation verwendet – daß ihn Marschall Gretschko auf die Möglichkeit aufmerksam gemacht hätte, Prag mit einem einzigen Raketenschlag ausradieren zu können. „Was sollte ich eigentlich tun?“, war die Frage eines Politikers, dem die moralische Stärke und die politischen Fähigkeiten völlig fehlten, sich dieser sowjetischen Erpressung zu widersetzen.

Was könnte der Westen heute in folgender hypothetischer Situation tun: Die Sowjets vernichten mit ihren zielgenauen Mittelstreckenraketen die wichtigsten rein militärischen Ziele in Deutschland und greifen mit ihren konventionellen Kräften an. Gleichzeitig betonen sie, daß sie die Zivilbevölkerung verschonen möchten und schlagen einen „Frieden“ entsprechend den sowjetischen Vorstellungen vor.

Der Westen (d. h. der amerikanische Präsident) könnte nur eine der zwei Möglichkeiten wählen: Kapitulation oder ein totales atomares Inferno, verursacht durch strategische Raketen. Bei einer genauen Prüfung stellen wir fest, daß dem Präsidenten kaum etwas anderes übrigbliebe, als zu kapitulieren und dann fragen: „Was sollte ich sonst tun?“.

Bisher wurden seit 1945 Kriege ausschließlich gegen Länder geführt, die zu „atomfreien Zonen“ gehörten, wurden auf diesen Gebieten Massenmorde ausgeübt – freilich nicht mit Atombomben, sondern z. B. mit Spaten – auf den Feldern von Kambodscha.

Und wer nach diesen Erfahrungen immer noch einen Wechsel von Abschreckung zur „Sicherheitspartnerschaft“ verlangt, sollte die Worte von Axel Springer „Wer uns bedroht, kann nicht unser Partner sein“, mindestens dreimal lesen und sich endlich wieder einmal bemühen, normal menschlich zu denken!

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Ludek Pachman
Griesbach i. Rottal

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

„Ein jeder prüfe seine Gedanken: er wird sie alle mit der Vergangenheit oder mit der Zukunft beschäftigt finden. Wir denken fast gar nicht an die Gegenwart; und wenn wir daran denken, dann nur, damit wir aus ihr eine Einsicht erlangen, um über die Zukunft zu verfügen.“

Blaise Pascal, franz. Philosoph (1623–1662)

Personalien

VERANSTALTUNGEN

In Anwesenheit von 150 Gästen aus Politik und Publizistik und des libanesischen Botschafters **Mahmoud Hammoud** hat der Verein zur Förderung der deutsch-libanesischen Freundschaft seine Preise „Freund des Libanon 1983“ vergeben. Geehrt wurden der Europaparlamentarier **Kai Uwe von Hassel**, WELT-Redakteur **Jürgen Liminski**, Ressortleiter Ausland und „Stern“-Chefredakteur **Peter Scholl-Latour**. Der Generalsekretär des Vereins, der Bonner libanesische Arzt Dr. **Camille Tawil** wies bei der Preisverleihung darauf hin, daß es seiner Vereinigung darauf ankomme, Persönlichkeiten auszuzeichnen, die in besonderer Weise dazu beigetragen haben, Verständnis für die Lage seines Landes zu erwecken und somit „einen Mosaikstein in das Gesamtbild des wahren Libanon einzufügen“. In seiner Laudatio würdigte Tawil vor allem das Eintreten von Hassels für die Christen in Libanon, für die er immer wieder in Europa um Solidarität warb.

*

„Auch Botschafter, die unter dem Streß der internationalen Situation stehen, sollten sich etwas entspannen.“ So gesagt, so getan. Dr. **Dusan Spacil**, Botschafter der Tschechoslowakei, ein Freund klassischer Musik, bat eine illustre Diplomatenrunde zum Konzert mit alter böhmischer Weihnachtsmusik in seine Bonner Residenz. Zu Gast war das Ensemble Canticum Pragense mit Professoren des Prager Konservatoriums, einer Musikvereinigung, die schon mehr als 36 Jahre besteht und der zeitweise als „Amateur“ der Botschafter selbst angehört hat. Dusan Spacil widmet sich privat dem musikantischen Metier, er spielt Flöte. Unter den Gästen in der Residenz waren Norwegens Botschafter **Sverre Julius Gjellum**, Österreichs Botschafter **Willibald Pahr**, der jugoslawische Botschafter **Dragutin Rozman**, Polens Botschafter **Tadeusz Olechowski** und der Botschafter von Kuba, **Luis Garcia Peraza**. Unter den deutschen Gästen Bundesratsdirektor Dr. **Gebhard Ziller** und Nordrhein-Westfalens Landtagspräsident **John Van Nes Ziegler**. Gastgeber Dusan Spacil war langjähriger stellvertretender Außenminister in Prag, ehe er nach Bonn kam.

ERNENNUNG

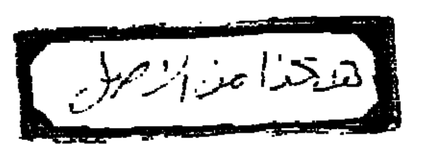
Dr. **Klaus Jürgen Citron** im Auswärtigen Amt in Bonn wird Leiter der deutschen Delegation bei der am 17. Januar in Stockholm beginnenden Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa. Der Diplomat war zuletzt Ständiger Vertreter des Beauftragten der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, von Botschafter Friedrich Ruth in Bonn. Klaus Jürgen Citron erhält den Titel eines Botschafters. Der gebürtige Berliner, Jahrgang 1929, der in Kiel und Paris Romanistik und Germanistik studierte, seinen Dr. phil. machte und zunächst Lektor an der „Grande Ecole Centrale“ in Paris und an der Universität von Bologna war, trat 1959 in den Auswärtigen Dienst ein. Auslandsstationen waren San Francisco, Neu-Delhi und Malaysia, wo der Diplomat als Ständiger Vertreter des Botschafters tätig war. 1972 bis 1974 war Citron stellvertretender Leiter des Amerika-Referats, 1974 bis 1977 Leiter der Politischen Abteilung bei der deutschen Vertretung der NATO in Brüssel. 1978 bis 1982 Leiter des Abrüstungsreferates im AA, ehe er 1982 zum Ständigen Vertreter von Botschafter Ruth ernannt wurde. Auf den Weg nach Stockholm machen sich noch weitere deutsche Diplomaten. Zu ihnen gehören der Vortragende Legationsrat **Johann Georg Dreher** und der Vortragende Legationsrat **Klaus Metscher**. Nach dem bisherigen Zeitplan für die Abrüstungskonferenz, die im Alten Reichstag in Stockholm stattfindet, dauern die Beratungen vom 17. Januar bis 16. März, vom 8. Mai bis 6. Juli, vom 11. September bis 12. Oktober und vom 6. November bis 14. Dezember nächsten Jahres. Außenminister **Hans-Dietrich Genscher** wird bereits am 16. Januar in Stockholm erwartet, um an einem informellen Treffen der NATO-Außenminister teilzunehmen.

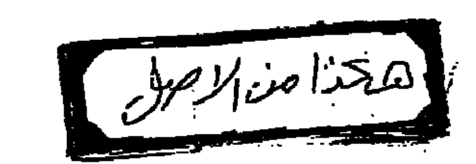


Dusan Spacil

GEBURTSTAG

Der Nestor der Thermischen Strömungsmaschinen, der emeritierte ordentliche Professor Dr.-Ing. **Karl Bammert**, wird heute 75 Jahre alt. Professor Bammert, der 1955 einen Ruf auf den Lehrstuhl und in das Institut für Strömungsmaschinen der Universität Hannover erhalten hatte, war während des Krieges an der Entwicklung der ersten Strahltriebwerke beteiligt gewesen. Nach dem Kriege setzte er zunächst diese Tätigkeit bei der britischen Royal Air Force fort, ehe er 1948 zunächst in die deutsche Industrie ging. Unter seiner Leitung entstanden die ersten kohlenstaubgefeuerten Gasturbinen und die erste Heliumturbine der Welt. Das von ihm nach 1955 aufgebaute Institut für Strömungsmaschinen in Hannover erlangte internationale Bedeutung. Im In- und Ausland veröffentlichte Karl Bammert mehr als 300 wissenschaftliche Arbeiten.





Halb Vamp, halb Kumpel: Margot Werner

Auf der Bühne ohne Netz

Sie ist ein Profi. Wie sie sich gekonnt und sicher auf der Bühne bewegt, ab und an die langen Beine hinter Robenschlitzen aufblitzen läßt, ihre rotblonde Mähne schüttelt, mal kumpelhaft-kokett, mal ein wenig verrucht, ihre Chansons ins Mikrophon mehr schmettert denn haucht, das ist für deutsches Entertainer-Niveau erstaunlich. Margot Werner, eine Frau, die weiß, was sie will, die erfolgreich und zielstrebig an ihrer zweiten Karriere gearbeitet hat. Und die Menschen folgen ihr gern.

Eine kernige Show-Person, die mit ihren Lippenbekenntnissen immer zwischen Kleinmädchen-Raffinesse und Femme-fatale-Überlegenheit pendelt, dabei aber noch genug

Konzert frei Haus – ARD, 20.15 Uhr

Schwächen spüren läßt, um nicht als wirklich gefährlich empfunden zu werden. So etwas schätzt besonders das weibliche Publikum.

Als Margot Werner 1973 endgültig die Ballettschuhe abstreifte und an den Nagel hängte, um ihr Debüt als Entertainerin in einer One-woman-Show in der „Münchner Lach- und Schießgesellschaft" zu geben, jubelte man hier „a star is born". Fortan ging die Diseuse auf Tourneen und sang. Sang auf dem Bundespresseball ebenso wie beim Opernball in der Metropolitan Opera in New York, war häufiger Gast im Fernsehen, u. a. in „Klimbim", „Dalli-Dalli", „Am laufenden Band" und im „Feuerabend". Sie erhielt den Schwabinger Kunstpreis und wurde mit dem Trude-Hesterberg-Ring ausgezeichnet. Sie schrieb ein Buch über ihr bisheriges Leben, ein Rundumschlag, mit dem sie sich mehr Feinde als Freunde bescherte.

Derzeit ist sie wieder auf Tournee, und sie scheint noch professioneller geworden zu sein, hat auch bei ihren Liedern eine Entwicklung durchgemacht. Weg von der seicht-süßen Pacher-Poesie, von Ofarims Allerwelt-Sound hin zu Deutschlands Texter-Elite, die jetzt für Margot Werner die Songs schreibt (von Michael Kunze über Thomas Woitkewitsch bis Volker Lechtenbrink). Eine Langspielplatte ist gerade erschienen, und soeben hat sie die sechsteilige internationale Fernsehserie „Lieb diese Erde" abgedreht, die im Frühjahr bei uns anlaufen wird.

Auf die Frage, ob man Margot Werner in nächster Zeit einmal in einer Operette oder einem Musical erleben wird, erhält man ein klares Nein als Antwort. „Ich will mich vorläufig an kein Haus mehr binden", erklärt sie energisch. Ihre Begründung: „Ich mußte mich jahrelang einem Ensemble unterordnen. Jetzt will ich der ‚Solitär' sein, nur ich allein will auf der Bühne ohne Netz agieren." Die gebürtige Salzburgerin, die gerade ihren 46. Geburtstag gefeiert hat, drückt sich gerne in unverblümten Wendungen aus. Auf die Frage, was sie sich für die Zukunft wünscht, kommt die prompte Antwort: „Nur kein dickes Ferkel werden."

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

KRITIK

Ein Geschenk der Erinnerung

Dieses Jahr hat uns so manchen Gedächtnistag beschert: Luther, Marx, Kafka, Wagner und Brahms wurden ausgiebig gefeiert – warum dann nicht auch einmal eine Primadonna, die Callas. Am 2. Dezember dieses Jahres wäre die 1977 verstorbene Diva 60 Jahre alt geworden, und so taten sich die Opernhäuser in Chicago, Paris, Mailand und London zusammen, um mittels Satellitentechnik eine sogenannte Ringschaltung zustandezubringen, die es auch uns erlaubte, auf dem Fernsehschirm der musikalischen Ehrung beizuwohnen. Für diese Huldigung hatte sich das ZDF (**„Immer noch Primadonna!"**) die Übertragungsrechte gesichert, und wir sind ihm dankbar dafür.

Zu Recht wurden in der Sendung nur wenige Aufnahmen gebracht, die die Künstlerin im Konzert und auf der Bühne zeigten; denn die meisten von ihnen sind ton- und bildtechnisch so miserabel, daß sie die Erinnerung derjenigen, die die Callas in ihrer Glanzzeit erleben durften, maßlos geschmälert hätte. Auch verschonte man uns glücklicherweise mit jenen persönlichen Intimitäten, von denen die Klatschkolumnen jahrzehntelang gelebt haben. Es blieb bei einem Geschenk der Erinnerung, indem man derzeitige Weltstars der Gesangskunst einen Großteil der Arien singen ließ, mit denen die Callas zu Lebzeiten ihren Ruhm begründete. So wurde Maria Callas weder mythologisiert noch entmythologisiert.

ALPHONS SILBERMANN





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.23 Die Welt der Vicki Baum
Die Goldenen Schuhe (2)
11.25 Öl und Blut für Allah
12.10 Kontraste
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Eigentum verpflichtet
Film von Thilo Koch
Vor der Entwicklung eines freien Kunstmarktes im 19. Jahrhundert war die Finanzierung und Förderung der Kunst (teilweise auch der Wissenschaften) Sache des privaten Mäzenatentums. Der klassische Maecenas, Freund und Gönner der Künste, lebt aber auch heute. Es gibt immer noch private Stiftungen und Stifter, die es ernst meinen mit dem Gebot des Grundgesetzes, Artikel 14: Eigentum verpflichtet, es soll dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
17.00 Denkste!?
Fortsetzung folgt . . .
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Konzert frei Haus
Mit Margot Werner
Sie wird u. a. folgende Titel singen: „Du lebst nur einmal auf der Welt", „Tanz auf dem Vulkan", „Das Leben fängt mit einem Lächeln an", „Ich hab' im Leben nichts bereut", „Und für jeden kommt der Tag" und „C'est l'Amour".
21.00 Report
Themen: Berlin nach Weizsäcker: Laurien oder Diepgen? / Ein Kernkraftwerk wird abgerissen – Wettlauf um den Müll / Jean Hersch: Keine Angst vor der Angst (ein Interview) / Luka Krayevic – ein Exilkroate überlebt zwei Attentate / Kühnens Neonazis: Trotz Verbot nicht tot.
21.45 Dallas
Bedrohte Hochzeit
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturweltspiegel
Mit den Themen: Neues von Béjart / Polens Musik-Avantgardist Krzystof Penderecki / Kulturszene New York / Der Flötenspieler von Kyoto.
23.45 Maier spielen die zweite Geige
24.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mosaik
Dresdner Christstollen
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Mandara
9. Mandara wird wiedergefunden
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Roger Whittaker
17.50 Alles mit Musik
Punktspiele von und mit Hans Rosenthal
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
19.00 heute
19.30 Der Mann von Suez
Letzter Teil des Fernsehfilms
21.00 heute-journal
21.20 Belgrad im Jahre 3 nach Tito
Porträt der jugoslawischen Hauptstadt von Helmut Lange
Belgrad ist eine der ältesten Städte Europas. Vierzig Mal ist es im Laufe seiner über zweitausendjährigen Geschichte zerstört worden. Kelten, Römer, Slawen, Österreicher und Türken, Serben und Jugoslawen siedelten und kämpften auf dem steilen Bergrücken am Zusammenfluß von Donau und Sawe, auf dem Belgrad im Laufe der Jahrhunderte entstand. Im Jahre 1941 wurde Belgrad Ziel verheerender deutscher Luftangriffe, und mit dem Einmarsch der Wehrmacht begann eine der blutigsten Episoden in der Stadtgeschichte. Doch seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erlebt Belgrad die längste Friedensperiode, die die Annalen der Stadt jemals verzeichneten.
22.05 5 nach 10
Mit 59 in den Ruhestand
Anschl. heute

WELT ● Videotext
täglich von 16 Uhr bis Sendeschluß (ARD und ZDF) unter den Nummern 601, 602, 603



Die 18jährige Helene (Sophie Renoir) ist Lesseps aus Liebe von Paris nach Ägypten gefolgt – „Der Mann von Suez", ZDF, 19.30 Uhr

FOTO: KÖVESDI

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Tier-Report
Zuhause am Ende der Welt
Eisbären auf Spitzbergen
21.00 Weltreise (10)
21.45 Die Kunst als Medizin
Porträt des Kölner Urologen Dr. Reiner Speck
22.15 Thema des Monats
23.00 Ludwigshafen – eine Stadt und ihr Projekt
Vor dem Start des ersten Kabelfernsehprogramms, 2. 1. 84
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
19.00 Weltwunder der Technik (5)
19.30 Ökoland (6)
20.00 Tagesschau
20.15 Der unbarmherzige Samariter
Zur Psychologie der Hilfsbereitschaft
21.00 Nahaufnahme
Das alternative Risiko
Wie Aussteiger als Unternehmer einsteigen
21.45 Juristenstammtisch
Wahrheitsfindung ohne V-Mann?
22.30 Das schwarze Kabinett
Flucht im Kreis
Franz.-It. Spielfilm, 1972
23.55 Letzte Nachrichten

HESSEN
19.00 Tier-Report
19.45 Tips für Schule und Beruf
20.00 Tagesschau
20.15 Zwischen Vaterlandsliebe und Fremdenhaß (2)
Beispiel Spanien
21.00 Drei aktuell
21.15 TV-Film nach Fontane (9)
Der Stechlin (1)

SÜDWEST
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten
19.30 Sprechstunde
Das autistische Kind
Nur für Baden-Württemberg
20.15 Forum Südwest
Nur für Rheinland-Pfalz
20.15 Mark(t) und Pfennig
21.00 Landesspiegel
Nur für das Saarland
20.15 Magazin Saar 3
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
21.15 Ehekomödie
Amerik. Spielfilm, 1941
22.40 Avanti! Avanti!

BAYERN
19.00 Gespräche mit Christen
19.30 Saitensprünge (1)
20.15 Unser Land
20.45 Rundschau
21.00 Die Sprechstunde
21.45 Z. E. N.
21.50 Die Schnüffler
Der Fall mit der Leiche im Schrank
22.35 Im Gespräch
23.35 Rundschau

40 Raketen schossen die Syrer auf US-Maschinen

Einzelheiten über den Luftangriff in Libanon

C. GRAF BROCKDORFF, **Brüssel**

Beim Angriff amerikanischer Marine-Flugzeuge auf syrische Luftabwehrstellungen in Zentrallibanon am Sonntag vor einer Woche wurden von syrischer Seite mehr als 40 Luftabwehrraketen der Typen SA-7 und SA-9 abgefeuert. Dies verlautete aus westlichen Marinekreisen. Bei dem Angriff wurden zwei amerikanische Flugzeuge von den Syrern abgeschossen.

An der Aktion beteiligt waren 28 Marine-Angriffsflugzeuge, die von zwei Trägern im Mittelmeer gestartet waren. Es habe sich um zwölf einsitzige A-7-Maschinen und um 16 Doppelsitzige A-6 gehandelt. Im Gegensatz zu vorausgegangenen Angriffen französischer und israelischer Flugzeuge habe der amerikanische Angriff direkt der syrischen Luftverteidigung gegolten, insbesondere der Ausschaltung von Gefechtsständen und schießenden Einheiten.

Nach amerikanischen Aufklärungsergebnissen sei der Angriff erfolgreich gewesen. Die 28 Maschinen hätten mehr als 150 Tonnen Munition auf die syrischen Stellungen geworfen, mit der Präzision, die amerikanischen Marine-Piloten eigen sei. Verwendet worden seien im Flug verzögerte Bomben MK 83 von 450 Kilo Gewicht und Spezialbomben mit der Bezeichnung „Rockeye". Bei der „Rockeye" handelt es sich um eine sogenannte „Cluster"-Bombe, die nach Abwurf 247 panzerbrechende Mini-Bomben ausschüttet.

Die amerikanischen Flugzeuge hätten mit der üblichen NATO-Angriffsgeschwindigkeit von 500 Knoten (900 km/h) ihre Ziele im extremen Tiefflug überflogen. Deshalb seien im Flug verzögerte Bomben mitgenommen worden, damit die Maschinen nicht in den Wirkungsbereich der eigenen Waffen geraten. Beide Flugzeugtypen besitzen nach dieser Darstellung modernste Elektronik, die beim Waffeneinsatz benutzt wird.

Meldungen, die Maschinen seien zu langsam geflogen, wurden in den Bereich laienhafter Vorstellungen verwiesen. 500 Knoten im Tiefflug seien taktisch richtig. Bei dieser Geschwindigkeit könne im Tiefflug die präzise Waffenauslösung überhaupt nur noch mit Rechnerunterstützung erfolgen.

Berichte, Syrien habe weitreichende SA-5-Raketen auf die amerikanischen Flugzeuge geschossen, wurden dementiert. Mit dieser Rakete könnten Tiefflieger nicht bekämpft werden. Die Syrer hätten nur hitzesuchende SA-7 und SA-9 abgeschossen, die sich auf das heiße Ende des Düsentriebwerks aufschalten. Eine dritte amerikanische Maschine sei mit einer Beschädigung des Düsenaustritts auf dem Flugzeugträger „Independence" gelandet.

Die SA-7 wird von einem einzelnen Mann abgeschossen. Die SA-9 mit einer Reichweite von sieben Kilometern besteht aus einem Vierfachwerfer auf einem gepanzerten Fahrzeug. Da die amerikanischen Angriffe nicht wiederholt worden seien, ergebe sich ein verschobenes Bild hinsichtlich der Verlustrate bezogen auf die Zahl geflogener Angriffe. (SAO)

US-Zusage für Salvador

Bush kritisiert Morde durch Todesschwadronen

AP/DW. **San Salvador**

Der amerikanische Vizepräsident George Bush ist in San Salvador mit führenden Politikern und Vertretern der Streitkräfte des Landes zusammengetroffen. Auf der Rückreise von Argentinien, wo er an der Amtseinführung des neuen Präsidenten Alfonsin teilgenommen hatte, legte Bush in El Salvador einen fünfstündigen Aufenthalt ein. Er bekräftigte die Entschlossenheit der USA, „der kommunistischen Aggression" in El Salvador zu widerstehen. Aus Regierungskreisen in Washington war zuvor verlautet, Bush werde in San Salvador darauf drängen, daß die rechtsgerichteten Todesschwadronen ihre offenbar unter Duldung von Teilen der Sicherheitskräfte begangenen Morde einstellen.

Allein in der vergangenen Woche haben diese Todesschwadronen wieder neun Menschen ermordet, wie der Erzbischof von San Salvador, Arturo Rivera y Damas, in einer Sonntagspredigt mitteilte. Unter den Opfern der rechtsradikalen Gruppen befand sich auch der Universitätsprofessor José Alonso Escobar, der vor zwei Wochen verschleppt worden war.



Premier Gonzalez wird zum Anwalt der NATO

Schwierige Lage für Madrid nach dem Athener Gipfel

ROLF GÖRTZ, Madrid

Das Fiasko des Athener Europagipfels – im Spanischen noch kräftiger klingend als „Fracaso" beurteilt – hat in Madrid eine Entwicklung ausgelöst, die zu einem verzweifelten Wettlauf zwischen Regierungsspitze und der vielschichtigen pazifistischen Bewegung führen kann – wenn nicht die Frühjahrssitzung der Europäischen Gemeinschaft für die Beitrittsaspiranten Spanien und Portugal eine deutliche Wende zum Besseren erkennen läßt. Ausgangspunkt ist das im spanischen Bewußtsein fest verankerte Junktim zwischen Europäischer und Atlantischer Gemeinschaft. Auf einen Nenner gebracht heißt das: ohne EG keine NATO.

Längst haben die Verteidiger der NATO in der Regierungsmannschaft – vor allem die Troika: Felipe Gonzalez (Ministerpräsident), Miguel Boyer (Superwirtschaftsminister) und Narcis Serra (Verteidigung) – die Unhaltbarkeit dieser These erkannt. Allein das Junktim bestimmt nun einmal das politische Empfinden auch der bürgerlichen Opposition. So klang denn die Enttäuschung über Athen am deutlichsten aus dem Munde christdemokratischer Politiker: „Also eben doch nur eine Marktgemeinschaft die um Tomatenpreise feilscht", (Alvarez de Miranda, der erste gewählte Parlamentspräsident).

Das Empfinden der weit überwiegenden Mehrheit der Spanier – und das Handeln derer, die daraus ihren politischen Nutzen ziehen können – läßt sich nur aus der Geschichte erklären. Als 1962 die damalige Regierung einen Antrag zur Assoziation an die Europäische Gemeinschaft stellte, war das gleichbedeutend mit dem Wunsch nach dem Ende einer Jahrhunderte währenden Isolierung Spaniens auch im konservativen Lager.

Historische Ansätze zur Überwindung der Pyrenäen, zur geistigen und politischen Vereinigung mit Europa hat es im vergangenen und in diesem Jahrhundert mehrfach gegeben. Die EG, wie sie sich in Rom konstituierte, bot endlich die Gelegenheit, das nachzuholen, was diesem Lande bisher versagt blieb.

Starker Widerspruch der linken Opposition

Der spanische Wunsch der Europäischen Gemeinschaft beizutreten war also nicht nur politischer oder wirtschaftlicher Natur. Als deshalb Spanien 1981 der Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft beitrat geschah dies vor allem um den emotionell ersehnten Beitritt zur EG zu beschleunigen und zu erleichtern.

Der in Spanien als eine Art Vorleistung empfundene Beitritt zur NATO fand damals den starken Widerspruch der linken Opposition, so wie auch der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens (PSOE), die heute an der Regierung ist. Ihr Außenpolitiker, der heutige Außenminister Fernando Moran, träumte von einer „sozialistischen Außenpolitik" und nannte das Atlantische Bündnis „kapitalistisch". Als Generalsekretär der PSOE versprach Felipe Gonzalez damals seiner Partei und den Kommunisten, mit denen man gemeinsam die Rathäuser eroberte: Der vollzogene NATO-Beitritt wird durch eine Volksabstimmung revidiert.

Nach einem Jahr in der Regierungsverantwortung hat sich Felipe Gonzalez zum vielleicht wichtigsten Verfechter der NATO in Spanien gewandelt: „Wir müssen den Realitäten auf wirtschaftlicher, politischer, technologischer und militärischer Ebene folgen", verteidigte er vor dem Fernsehen Spaniens Zugehörigkeit zur NATO: Eine neutralistische Politik gebe es für Spanien nicht. Und ohne auf das skandinavische Balance-System einzugehen erinnerte er seine Landsleute daran, daß „selbst das Schweden Olof Palmes" seine Neutralität mit doppelt so hohen Verteidigungsausgaben bezahlen muß wie sie etwa Spanien aufbringt. „Schwächeerscheinungen des Westens sind angesichts der sowjetischen Strategie des Drucks geeignet, einen Krieg zu provozieren. Die Blöcke mögen unerwünscht sein – sie sind nun einmal da." Und konsequent zu dieser Einstellung ließ der spanische Ministerpräsident erkennen, daß die Volksbefragung – wenn sie stattfindet – bestenfalls das Wie bei der Zugehörigkeit zur NATO regeln wird.

„Wir halten am Beitrittswunsch fest"

Nun hat sich aber in Spanien die pazifistische Opposition – ohne jeden Straßenkrawall – auch in der Regierungspartei zu einem so starken Block ausgeweitet, daß die NATO-Mitgliedschaft heute – im Dezember 1983 – bei einer Volksbefragung glattweg abgelehnt würde. Dafür sorgte schon das Fernsehen. Weil dies auch Gonzalez längst bewußt ist, stellte er mit den NATO-Befürwortern in seiner Regierungsmannschaft – es gibt auch Gegner wie den Vizepräsidenten Guerra – einen Zeitplan auf, in dem der Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft als ein Psychologon fest mit eingeplant ist. Nach diesem Plan sollten die Beitrittsverhandlungen mit der EG Ende 1984 positiv abgeschlossen sein. Erst danach verspricht man sich einen Erfolg von einer Informationskampagne zur Klärung des NATO-Beitrittes. Als notwendig erachten die NATO-Befürworter sogar ein Aufstellungsverbot von Raketen in Spanien (wovon ohnehin nicht die Rede war).

Die Madrider Zeitung „ABC" zitiert voller Sorge spanische Minister, die nicht genannt werden wollen: „Es wird jedesmal schwieriger dem spanischen Volk zu erklären, daß unser Beitrag zur westlichen Verteidigung keine Ergänzung in der wirtschaftlichen und politischen Integration in Europa findet." So konnte denn die Reaktion spanischer Regierungssprecher auf den „Fracaso" von Athen – Gonzalez: „Wir halten an unserem Beitrittswunsch fest" – nicht im entferntesten die schwere Sorge und die Enttäuschung ausdrücken, die die spanischen Politiker in Regierung und Opposition in Wirklichkeit empfinden. (SAD)

Frankreichs Linke erlitt Verluste bei Nachwahlen

Trend setzt sich fort / Erfolg auch für die „Front"

A. GRAF KAGENECK, Paris

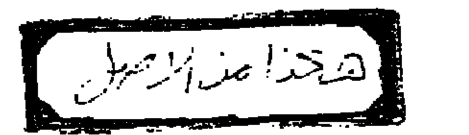
Die Serie hoher Wählerverluste für die beiden linken Regierungsparteien bei allen Teil- und Nachwahlen in Frankreich setzte sich am Wochenende fort. In zwei Wahlkreisen, in Mittelfrankreich und in der Bretagne, deren Abgeordnete im Oktober in den Senat gewählt worden waren, mußten am Sonntag neue Vertreter für die Nationalversammlung, in mehreren General- und Kommunalräten neue Sitze bestellt werden. In allen elf Wahlen mit nur einer Ausnahme konnten die Kandidaten der Rechten oder der gemäßigten Linken ihre sozialistischen oder kommunistischen Gegner haushoch schlagen, wobei diese bis zu 50 Prozent Stimmenverluste im Vergleich zur letzten Befragung hinnehmen mußten.

Die vernichtendste Niederlage für die Linke ergab sich im Departement Morbihan in der Bretagne, wo der Nachfolger des in den Senat abgewanderten früheren Innenministers Christian Bonnet für das Palais Bourbon bestellt werden mußte. Die drei Kandidaten der Giscard-Partei UDF, der auch Bonnet angehört (ein Offizieller und zwei „Rebellen"), erzielten im ersten Wahlgang insgesamt 65 Prozent der Stimmen. Da keiner der drei auf sich allein die absolute Mehrheit vereinigen konnte, macht die Rechte die Stichwahl am nächsten Sonntag unter sich allein aus. Die beiden Linkskandidaten, der Sozialist Baudic und der Kommunist Mory, kamen zusammen auf nur 21 Prozent der Stimmen (16 plus fünf), wobei der Sozialist gegenüber den Legislativwahlen von 1981 17,5 Prozent seines Stimmenpotentials einbüßte.

Am vielleicht bemerkenswertesten aber an dem Wahlergebnis in diesem bretonischen Wahlkreis ist der neue „Durchbruch" der rechtsextremen Gruppierung „Nationale Front" des ehemaligen Abgeordneten Jean-Marie Le Pen. Le Pen hatte sich diesmal als Kandidat in seinem Heimatwahlkreis selbst aufstellen lassen. Er erzielte mit 12,02 Prozent Stimmen das bisher höchste Ergebnis in den vier Teilwahlen dieses Jahres, an denen sich die „Front" beteiligt hatte. Während aber in den drei anderen, die sämtlich im Raum Paris stattgefunden hatten, die Probleme der Überfremdung durch Gastarbeiter den Rechtsextremisten Erfolge gebracht hatten, kann diesmal in einem rein ländlichen Kreis über die Popularität des Lokalkandidaten hinaus nur die allgemeine Unzufriedenheit der Wähler mit dem Linksregime und einer in zwei Familien (Giscardisten und Chiracisten) getrennten Opposition ausschlaggebend gewesen sein. Eine erste Wahlanalyse ergibt, daß viele, die 1980 links gewählt hatten, diesmal für Le Pen stimmten.

Im Departement Lot, wo der populäre Linksradikale Maurice Faure in den Senat abgewandert ist und ersetzt werden mußte, konnte unter den linken Kandidaten der Faure-Freund und linksradikale Charles den Sozialisten und den Kommunisten haushoch abschlagen. Das größte Ergebnis erzielte jedoch der Gaullist Carle, der aber bei der Stichwahl am nächsten Sonntag keine Chance haben dürfte. Maurice Faure selbst hatte die Parole ausgegeben, daß es darum gehe, den Sozialisten zu schlagen.

Seite 2: Warnungen in Serie



EISHOCKEY / 5:5 gegen Kanada ein Erfolg

Spielerisch stärker, Kühnhackl verpaßte Sieg

sid, Calgary

46mal sind die deutschen Eishockeyspieler in den letzten Jahren gegen Kanada angetreten, meist um sich letztlich doch nur deftige Niederlagen abzuholen. Sie wollten lernen und die eigenen Fähigkeiten testen. Was unter dem Strich übrigblieb, waren lediglich vier Siege und allzuoft die resignierende Erkenntnis, daß die Kanadier selbst mit neuformierten Teams immer noch besser sind. Jetzt, im 47. Versuch und nach insgesamt 82:277 Toren, konnten sich deutsche Spieler endlich wieder ein paar Streicheleinheiten abholen. 5:5, zum ersten Mal unentschieden, spielte das Team von Bundestrainer Xaver Unsinn in Calgary.

Die deutschen Spieler trugen denn auch gleich neues Selbstwertgefühl zur Schau. So meinte der Rosenheimer Ernst Höfner: „Jetzt haben die Kanadier wohl endgültig gemerkt, daß wir ein ernsthafter Gegner sind und nicht mehr zum Spielen in die Prärie geschickt werden dürfen, wie das früher immer der Fall war."

Es wäre sogar ein Sieg möglich gewesen, wenn der Landshuter Erich Kühnhackl im entscheidenden Moment stärkere Nerven besessen hätte. Mit 4:2 nämlich führte die deutsche Mannschaft im zweiten Drittel, als Kühnhackl in der 26. Minute die große Möglichkeit geboten wurde, den Vorsprung auf drei Tore auszubauen. Obwohl Dieter Medicus (Kaufbeuren) gerade eine Strafe auf der Bank absitzen mußte und die deutsche Mannschaft in der Unterzahl war, erkämpfte sich Erich Kühnhackl den Puck und fuhr ungehindert auf das kanadische Tor zu. Doch er konnte die Chance nicht nutzen, er schoß neben das Tor. Später ärgerte sich der Mannschaftskapitän: „Daß ich in solch einer Situation das Tor verfehle, ist mir noch nie passiert."

Dave King, Trainer des kanadischen Olympiateams, gab nach dem Spiel zu: „Einen Drei-Tore-Rückstand hätten wir nicht mehr aufgeholt." Nach Kühnhackls Fehlschuß schafften die Kanadier im Gegenzug das 3:4 und gingen nach 41 Minuten sogar mit 5:4 in Front, ehe Dieter Hegen mit seinem zweiten Treffer den Gleichstand in diesem spannenden Spiel schaffte. „Hegen besitzt einen unnachahmlichen Torinstinkt", urteilte Xaver Unsinn über den 21 Jahre alten Mittelstürmer aus Kaufbeuren, der sehr wirkungsvoll mit den Mannheimern Jürgen Adams und Peter Obresa harmonierte.

„Trainer, lassen Sie mich noch einmal aufs Eis. Ich hau' noch einen rein", drängte Hegen in der Schlußphase auf seine Einwechslung. Ein Beweis dafür, wie stark die deutschen Spieler motiviert waren.

Doch Xaver Unsinn mußte noch einige bange Minuten überstehen; denn im schon für das Olympia-Turnier 1988 errichteten „Shaddledome", dem wohl schönsten Eisstadion der Welt, wurden nun die 6000 Zuschauer wach und feuerten ihr „Team Canada" an. So sehr sich jedoch auch der Mann an der in Nordamerika üblichen Hammondorgel bemühte (sein Repertoire reichte von der „Liechtensteiner Polka" über den „Fiddler on the roof" bis hin zum „Ententanz"): Die deutsche Mannschaft hielt mit ihrem starken Torwart Bernd Engelbrecht das 5:5.

Das Unentschieden sei für seine Mannschaft sehr schmeichelhaft, meinte Kanadas Trainer Dave King nach dem Spiel. Und weiter: „Die Deutschen waren spielerisch stärker und hätten bei einem europäischen Schiedsrichter, der nicht so großzügig pfeift, wahrscheinlich gewonnen." Wie schon am Tag zuvor bei der 1:4-Niederlage wurde der Kölner Udo Kießling mit dem Ehrenpreis ausgezeichnet. Kießling: „Wir sind auf dem richtigen Weg. Es läuft immer besser. In Sarajewo müßten wir wieder ein starkes Team haben."

SEGELN / Ehrgeiziges Projekt eines 12er-Syndikats aus Hamburg ist geplatzt

„Made in Germany" gab Kampf um den America's Cup mit „wehem Herzen" auf

INGA GRIESE, Hamburg

Gestern abend wurde bei „Tonio" in Hamburg-Bahrenfeld der Leichenschmaus für das Hochseesegel-Projekt „Made in Germany" verzehrt. Das 12er-Syndikat unter Vorsitz des Hamburger Yachtmaklers Michael Schmidt hat seine Herausforderung um die begehrteste Trophäe in der Hochseesegler-Szene, den „America's Cup", zurückgezogen. Das Ende des ehrgeizigen Planes, als erstes deutsches Team den verschnörkelten Silbertopf zu gewinnen, war bereits absehbar, als die „Australia II" am 26. September nach 132 Jahren den amerikanischen Titelverteidigern die Trophäe entriß.

Am Montag letzter Woche einigten sich Sponsors und 12er-Syndikat darauf, nicht mehr weiterzumachen. Nach dem Sieg der australischen Yacht hatte es zahlreiche Gespräche über die Konsequenzen zwischen den Sponsors – Unternehmen aus Industrie und Wirtschaft – und den sieben Syndikats-Mitgliedern gegeben. Zwei wesentliche Punkte im Konzept hatten sich verändert: Die Einmaligkeit des Triumphes über die Amerikaner nach so vielen Jahren war nicht mehr gegeben. „Den Mount Everest als zweiter zu besteigen, war auch nicht mehr so spektakulär", zieht Michael Schmidt einen Vergleich. Der Cup ist als Sporttrophäe zwar weiterhin bekannt und begehrt, doch der Mythos und das besondere Flair, die ihn umgaben, sei verschwunden.

Zum zweiten kann der amerikanische Markt nicht mehr werbemäßig so ausgenutzt werden wie ursprünglich geplant. In den Staaten füllt das Segelereignis, das bisher alle drei Jahre vor Newport (in Zukunft alle vier Jahre) ausgetragen wurde, Funk, Fernsehen und Titelseiten. Da die Wettfahrten nun aber aller Voraussicht nach nach Australien verlegt werden, verliert der Werbeeffekt an Wirkung.

Hinzu kommt, daß sich Amerikaner und Australier noch nicht über den neuen Austragungsmodus einigen konnten. Werden die Ausscheidungsregatten noch vor der amerikanischen Küste gesegelt oder ebenfalls in Australien?

Die Unschlüssigkeit der Sieger und Besiegten erzeugte weitere Unsicherheit auf deutscher Seite. „Für mich persönlich war das Thema bereits im September zu Ende, allerdings hielt ich es für sinnvoller, Optimismus auszustrahlen und alles mögliche zu versuchen", erklärt Michael Schmidt. Im Laufe der Gespräche zwischen Syndikat und Sponsoren, die rund 12 Millionen Mark aufbringen sollten, zeigte sich das Lager geteilt. Einige Firmen fragten, Ob es wert habe weiterzumachen, andere wollten dabeibleiben, aber mit weniger Geld.

„Für uns war aber von vornherein klar, daß die Finanzierung bis zum Ende gesichert sein mußte. Denn wenn wir schon unter dem Namen ‚Made in Germany' starten, mußte auch die Aussicht auf Sieg gegeben sein. Mit weniger Geld wäre die optimale Vorbereitung aber nicht möglich gewesen", sagt Schmidt.

Gemeinsam ist man also zu dem Schluß gekommen, daß es keinen Zweck hat, mit beschränkten Mitteln anzutreten, denn die beteiligten Firmen wie Lufthansa, Porsche, BMW, Blaupunkt, VDO, Dresdner Bank könnten sich ein Debakel nicht erlauben. „Uns wäre es auch unseriös erschienen, ohne klares Finanzierungskonzept zu arbeiten. Und eine andere Form der Finanzierung als durch Industrie und Wirtschaft, etwa auf Breitenbasis durch kleine Beiträge von Seglern, lehnen wir als zu unsicher ab", sagt Schmidt.

Mit wehem Herzen auf allen Seiten sei die Entscheidung gefallen, „Made in Germany" sterben zu lassen. „Hätten die Australier nicht gewonnen, hätten wir die volle Unterstützung von Industrie und Wirtschaft gehabt", betont Schmidt die freundschaftliche Zusammenarbeit mit den Firmen. Auch von seiten der Sponsoren hört man nur Positives über die bisherige Arbeit des 12er-Syndikats, das am 7. August 1981 in Cowes (Südengland) ins Leben gerufen worden war. Rund 700 000 Mark sind bisher in das Projekt geflossen. Regreßansprüche der Firmen an das Syndikat wird es nicht geben. „Die Firmen haben sich ohnehin immer kulant gezeigt. Darüber hinaus hatten wir klare Ein-Jahres-Verträge mit festen Etats und Gegenleistungen von unserer Seite", erklärt Schmidt.

Die sieben Syndikats-Mitglieder Michael Schmidt, Rolf Vrolijk, Erik von Krause, Peter Neumann, Wilfried Reiners, Friedrich Judel und Rudi Magg werden ihren eingetragenen Verein auflösen. Der Zwölfer „Blaupunkt", der im letzten Jahr erworben worden war, steht zum Verkauf. „Einen Käufer werden wir sicherlich finden, denn im nächsten Jahr gibt es ja vor Sardinien die erste Zwölfer-Weltmeisterschaft", sagt Schmidt. In Schmidts Büro liegen auch fertige Konstruktionspläne für Zwölfer. „Vielleicht kommt ja einer und sagt, er übernimmt alles", meinte Schmidt auf die Frage, ob die von den Australiern und Amerikanern gefürchteten deutschen Segler nun endgültig zu Hause bleiben.

PROFIBOXEN

Larry Holmes gab seinen Titel freiwillig ab

sid/dpa, Los Angeles

Nach monatelangem Streit mit dem World Boxing Council (WBC) hat Schwergewichts-Weltmeister Larry Holmes (USA) seinen Titel freiwillig zurückgegeben. Holmes paßte es nicht, daß er für drei Millionen Dollar (rund acht Millionen Mark) seinen Titel gegen den anerkannten Herausforderer Greg Page (USA) verteidigen sollte. Dieser Entschluß bedeutet aber keineswegs den Abschied vom Ring. Holmes will jetzt Mitglied der neugegründeten „International Boxing Federation" (IBF) werden. Mit diesem Verband gibt es jetzt vier Dachorganisationen – das Durcheinander ist komplett.

Bob Lee, Präsident des neuen Verbandes, will den WBC-Exchampion sogleich als Weltmeister anerkennen. Im Gespräch ist bereits eine Titelverteidigung gegen John Tate (USA). Holmes strebt aber auf jeden Fall einen Titelkampf mit dem Südafrikaner Gerrie Coetzee an, der im September Weltmeister des World Boxing Association (WBA) wurde. Es wird sogar vermutet, daß die Aussicht auf eine „100-Millionen-Dollar-Gage" (Holmes) gegen Coetzee ausschlaggebend dafür war, daß Holmes gegen den starken Page nicht antreten wollte. Page soll nun am 24. Februar 1984 um die vakante WBC-Meisterschaft gegen Tim Witherspoon (USA) boxen.

Larry Holmes begründete seinen Entschluß so: „Don King will, daß ich für den Rest meiner Karriere bei ihm boxe. Das kann ich nicht. Ich habe mich bereits in den letzten zwei Jahren prostituiert." King, der umstrittene US-Promotor, bei dem Holmes einen Vertrag für den Kampf gegen Page bereits unterschrieben hatte, reagierte ziemlich gleichgültig: „Holmes kann meinetwegen machen, was er will." Am Sonntag hat King selbst auf die Einhaltung des Vertrages verzichtet. 17 mal hatte Holmes, der 34 Jahre alt ist, seinen Titel seit 1978 aufs Spiel gesetzt.

SCHWIMMEN

Großer Sprung in die Weltspitze: Stefan Pfeiffer

sid, Wuppertal

Wenn Michael Groß eine Weltbestzeit schwimmt, ist das fast schon alltäglich. In Wuppertal, bei den deutschen Mannschafts-Meisterschaften, tat er es wieder: 1:56,0 Minuten über 200 m Schmetterling, die alte Bestmarke hielt er selbst, sie lag um eine Zehntelsekunde höher. Plötzlich ist Michael Groß aber nicht mehr allein, wird ein anderer Name vor dem des „Sportler des Jahres" genannt: Stefan Pfeiffer.

Pfeiffer, 18 Jahre alt, Schüler aus Hamburg, sprang mit einem gewaltigen Satz in die Weltklasse. Er steigerte den deutschen Rekord über 1500 m gleich um 20,2 Sekunden auf 14.53,7. Das ist die viertbeste Zeit, die jemals geschwommen wurde. Nur der unbesiegbar erscheinende Sowjetrusse Wladimir Salnikow (Weltrekordhalter mit 14:37,60), der Amerikaner Kostoff und Salnikows Landsmann Semjonow waren schneller.

Pfeiffers Trainer Jürgen Greve sagt zu diesem Leistungssprung: „Das war eigentlich ganz einfach. Ich hatte Stefan die Marschroute gegeben, möglichst nahe an die 15-Minuten-Grenze heranzukommen, also die 100 m beständig um eine Minute zu schwimmen. Daß er dann pro 100 Meter 0,1 Sekunden schneller war, liegt ganz allein an ihm." Und noch einmal Jürgen Greve: „Nach meinem Trainingsaufbau müßte Stefan eigentlich noch schneller schwimmen können."

Schon bei den Europameisterschaften in Rom hatte Pfeiffer seine Möglichkeiten angedeutet. Damals stieg er aus dem Wasser und sagte: „Der Salnikow ist wohl erst zu schlagen, wenn er mit dem Schwimmen aufgehört hat." Jetzt sieht es so aus, als könnte er den Russen beim Europacup am Wochenende in Ankara bereits im Blickfeld behalten und Platz zwei erreichen.

Stefan Pfeiffer, ein Mann für die Zukunft – Michael Groß mußte diesmal Schlagzeilen mit ihm teilen.

SPORT-NACHRICHTEN

Neuer Nationaltrainer

Moskau (sid) – Der sowjetische Fußball-Nationaltrainer, Valeri Lobanowski (46), ist nach dem Scheitern seiner Mannschaft in der Qualifikation zur Europameisterschaft zurückgetreten. Er wird wieder Klubtrainer von Dynamo Kiew. Nachfolger wird Eduard Malofejew (41), der Dynamo Minsk zum Meistertitel führte und derzeit erfolgreich die Olympiaauswahl der UdSSR betreut.

Military ohne Europäer?

Hamburg (dpa) – Lediglich europäische Profireiter können es sich leisten, 1986 an der Military-Weltmeisterschaft teilzunehmen. Auf Wunsch von Prinz Philip, Präsident des internationalen Verbandes, wurden die Titelkämpfe nach Australien vergeben. Das Land beharrt aber auf seinen Quarantäne-Bestimmungen für Pferde. Danach müßten europäische Pferde mindestens zweieinhalb Monate vor dem WM-Termin nach Australien transportiert werden. Dressur-Weltmeister Reiner Klimke und Dietmar Specht aus Warendorf, die deutschen Delegierten bei der Verbands-Generalversammlung in Amsterdam, stimmten gegen die Entscheidung.

Wieder ein Remis

London (dpa) – Wassili Smyslow (UdSSR) und Zoltan Ribli (Ungarn) trennten sich in der neunten Partie des Halbfinales im Schach-Kandidatenturnier nach 28 Zügen remis. Smyslow führt 5,5:3,5 und braucht aus den drei letzten Partnten noch einen Sieg oder zwei Unentschieden zum Einzug ins Finale.

Schuster sehr stark

Salamanca (sid) – Bernd Schuster war nach einer achtwöchigen Verletzungspause (Muskelfaserriß) bester Spieler beim 3:1-Sieg des FC Barcelona über Union Salamanca. Der deutsche Fußball-Nationalspieler hielt die vollen 90 Minuten durch.

Boxer liegt im Koma

Mailand (sid) – Der italienische Boxer Salvatore la Serra liegt im Koma. Er hatte einen Bantamgewichts-Kampf gegen seinen Landsmann Maurizio Lupini nach Punkten gewonnen und war danach zusammengebrochen. Dem 25jährigen wurde ein Blutgerinnsel im Gehirn entfernt.

Belgier Europameister

Bendorf (sid) – Der 42 Jahre alte Belgier Leo Corin wurde in Bendorf bei Koblenz Billard-Europameister im Kunststoß. Der amtierende Weltmeister erreichte 320 Punkte. Bester Deutscher: Gert Tiedtke (229 Punkte) auf Platz sieben.

158 Teilnehmer

Unna (sid) – 158 Teilnehmer haben sich für die deutschen Eiskunstlauf-Meisterschaften gemeldet, die morgen in Unna beginnen. Alle Titelverteidiger sind dabei: Heiko Fischer (Stuttgart), Manuela Ruben (München), Claudia Massari/Leonardo Azzola (Rießersee/Stuttgart) bei den Paaren und Petra Born/Rainer Schönborn (Würzburg) bei den Eistänzern.

ZAHLEN

SKI ALPIN

Weltcup-Riesenslalom der Herren in Les Diablerets: 1. Julen (Schweiz) 3:17,68 Min., 2. Zurbriggen (Schweiz) 3:18,27, 3. Franko (Jugoslawien) 3:19,33, 4. Enn (Österreich) 3:19,43, 5. Mader (Österreich) 3:19,77, 6. Bürgler (Schweiz) 3:19,84, 7. Stenmark (Schweden) 3:20,15, 8. Strolz (Österreich) 3:20,19, 9. Hangl (Schweiz) 3:20,66, 10. Hinterseer (Österreich) 3:20,73.

SCHWIMMEN

Deutsche Mannschafts-Meisterschaft, Herren: 1. Nikar Heidelberg 62 825 Punkte, 2. SG Bochum/Wattenscheid 61 881, 3. SG Hamburg 60 900, 4. SSF Bonn 60 453. – Damen: 1. SSF Bonn 54 223, 2. Nikar Heidelberg 53 115, 3. SGS Hannover 52 145.

HANDBALL

B-Weltmeisterschaft der Frauen in Polen, Gruppe A: Rumänien – Dänemark 18:17, Schweden – Spanien 21:12. – Gruppe B: Norwegen – Holland 23:14, Polen – Österreich 27:21.

GEWINNZAHLEN

Toto, 6 aus 45: 3, 11, 12, 29, 30, 31. – Zusatzspiel: 19. (Ohne Gewähr).

SKI ALPIN

Julen vorn, Stenmark weit zurück

sid, Les Diablerets

Im olympischen Ski-Winter setzte sich beim neunten Weltcup-Rennen die Siegesserie der Schweizer Läufer fort. Der Doppelsieg von Max Julen vor seinem Freund Pirmin Zurbriggen beim ersten Riesentorlauf in Les Diablerets im Kanton Wallis bedeutete bereits den fünften Sieg für das Schweizer Team.

Zu den Besiegten zählten die beiden Stars Ingemar Stenmark (Schweden) und Phil Mahre (USA). Doppel-Olympiasieger Stenmark fiel im zweiten Durchgang, als die Konkurrenz mit dem gewohnten Angriff des Schweden rechnete, vom vierten auf den siebten Rang zurück. Weltcupsieger Phil Mahre stufte seine Leistung als anfängerhaft ein: „Ich bin gefahren, als hätte ich das erte Mal auf Skiern gestanden." Im Gesamtklassement kam der Amerikaner nicht unter die besten zwanzig. Besser plazierte sich sogar noch Frank Wörndl aus Sonthofen, der auf dem 21. Platz landete.

Für den 22 Jahre alten Max Julen war der erste Weltcupsieg auch ein erfolgreicher Kampf gegen sein Image des „ewigen Zweiten". Fünfmal hatte der Sohn von Martin Julen, einem bekannten Zermatter Rennläufer vor der Einführung des Weltcups, in der letzten Saison den undankbaren zweiten Platz im Riesenslalom belegt. Max Julen: „Ich bin froh, daß mir dieser Erfolg endlich gelungen ist. Sonst hätte ich wohl zuviel über die zweiten Plätze nachdenken müssen."

Die Schweizer Überlegenheit spiegelt sich auch im Gesamstand des Weltcups wider, wo Pirmin Zurbriggen mit 60 Punkten zu seinem führenden Landsmann und Abwehrspezialisten Franz Helnzer (65 Punkte) aufgeschlossen hat.

Wie Daume sich aus der Affäre zog ...

Wenn eine Gruppe als „Sportler für den Frieden" auftritt, wie dies in der Dortmunder Westfalenhalle geschah, so stellen sich zwei Fragen. Erstens: Wieso „Sportler"? Wenn die Staatsbürger Willi Wülbeck und Cornelia Hanisch bestimmte politische Standpunkte verkünden wollen, so ist ihnen das unbenommen, was immer man von diesen Standpunkten halten mag. Aber deswegen, weil sie besser laufen oder fechten können als andere, sind sie doch wohl kaum größere militärwissenschaftliche Autoritäten als Bernard Rogers oder Helmut Kohl oder der Kioskbesitzer Emanuel Piepenbrinck aus Buxtehude-Süd, die allesamt die Latte schon bei einem Meter reißen. Zweitens: Wieso „für den Frieden"? Per Umkehrschluß unterstellen sie damit ihren Sportkameraden, die ihren Standpunkt ablehnen, daß diese gegen den Frieden seien.

Ob Politik überhaupt im Sport etwas zu suchen hat, darüber gehen die Meinungen auseinander. Einhellig gilt dagegen, daß der Sport zur Fairneß erziehen soll. Wenn

STAND PUNKT

Sportler schon glauben, sich an einer vom „Krefelder Appell" der DKP inszenierten und allein gegen Pershings und Cruise Missiles gerichteten Sache beteiligen zu müssen, sollten sie sich auch fairerweise als „Sportler für einseitige westliche Abrüstung" deklarieren. Es war schon zu komisch, wie Ex-Olympiasieger Horst Meyer gegen den Mißbrauch des Sports für politische Zwecke protestierte – womit er keineswegs dies von ihm mit organisierte Festival meinte, sondern den Olympia-Boykott 1980 gegen Moskau.

NOK-Präsident Willi Daume zog sich schlau aus der Affäre: Junge Leute müßten auch mal Fehler machen dürfen. Er distanzierte sich, aber er war dabei – auch das ist gute deutsche Tradition, nicht erst seit den nicht boykottierten Spielen von 1936. Es waren auch Ausländer dabei, besonders Emil Zatopek wurde gefeiert. Seine Rolle in Prag 1968 ist der heutigen Generation ja nicht bekannt. Afghanische Sportler freilich waren nicht dabei. Um Afghanistan ging es beim Boykott 1980. Aber was fragen „Sportler für den Frieden" schon nach dem Frieden in Afghanistan?

ENNO v. LOEWENSTERN

Fernfahrer aus „DDR“ unter Spionageverdacht

BERND HUMMEL, Eschwege

Unter dem Verdacht nachrichtendienstlicher Tätigkeiten für die „DDR“ sind am Grenzübergang Herleshausen zwei Fernfahrer des „DDR“-Speditionsunternehmens „Deutrans“ festgenommen worden. Gegen die beiden 43 und 53 Jahre alten Männer lag ein Haftbefehl vor. Die beiden Fernfahrer sollen in der Nähe von Bundeswehrkasernen militärische Objekte fotografiert und sich, mit einer Kamera in der Hand, auch für Panzermodelle neueren Typs interessiert haben.

Bei ersten Vernehmungen bestritten die Männer jetzt jede Verbindung zum Ostberliner Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Die Ermittlungsbehörden gehen aber davon aus, daß die Fernfahrer, die seit einigen Jahren zwischen der „DDR“ und der Bundesrepublik fahren, seit längerer Zeit für den Staatssicherheitsdienst arbeiten. Sie sollen aufgrund einer Geldstrafe, die in der Bundesrepublik Deutschland gegen sie verhängt und vom Staatsbetrieb Deutrans beglichen worden war, nach ihrer Rückkehr in die „DDR“ zur Mitarbeit beim MfS gezwungen worden sein.

Walesa brachte der Madonna die Medaille

AP, Warschau

Danute Walesa, die Frau des Arbeiterführers und Friedensnobelpreisträgers Lech Walesa, ist gestern mit ihrem ältesten Sohn Bodgan von der Preisverleihung aus Oslo wieder nach Polen zurückgekehrt. Auf dem Warschauer Flughafen, der von einem starken Polizeiaufgebot abgeschirmt war, wurde sie von ihrem Mann und rund 150 Freunden herzlich begrüßt. Die Sicherheitskräfte sollten offenbar Sympathiekundgebungen für die verbotene Gewerkschaft „Solidarität“ verhindern.

Unmittelbar nach der Ankunft Frau Walesas begab sich die Familie des Arbeiterführers in den Marienwallfahrtsort Tschenstochau in Südpolen, um die goldene Friedenspreis-Medaille der Schwarzen Madonna von Tschenstochau zu widmen. Die Nobelpreissumme (rund eine halbe Million Mark) will Walesa dem von der katholischen Kirche- geplanten Fonds zur Förderung der privaten Landwirtschaft stiften. Die polnische Presse richtete gestern wieder scharfe Angriffe gegen Walesa.

Prozeßwelle gegen Kommunisten in Iran

Wollen Schiiten totalen Bruch mit Kreml?

dpa/DW. Paris

In Iran rollt eine neue Welle von politischen Prozessen an. Rund 30 000 Mitglieder und Sympathisanten der moskautreuen, verbotenen kommunistischen Tudeh-Partei, darunter 23 führende Vertreter, warten in Gefängnissen auf ihr Verfahren, mindestens drei Prozesse laufen schon. Viele müssen mit dem Tod durch Erschießung rechnen. Der Islamische Revolutions-Staatsanwalt Ayatollah Hossein Moussavi-Tabrizi ist entschlossen: „Wir werden unser Land von der Geißel des Kommunismus ein für allemal säubern.“

Unter den Verhafteten sind auch 1500 Offiziere der Revolutionsgarden und der Marine. Ein ehemaliger Marine-Kommandeur, Kapitän Bahram Afzali, hat sich vor einem Revolutionsgericht bereits der „Spionage für die UdSSR“ schuldig bekannt.

Der Rundumschlag gegen die Tudeh-Partei, die seit der Islamischen Revolution von 1978 enthusiastisch für den Führer Ayatollah Khomeini eintrat, begann im vergangenen Januar, nachdem Iran aus westlichen Geheimdienstquellen Beweise zugespielt worden waren, daß Moskau Aktionen plane, falls das iranische Regime zusammenbrechen sollte. Am 5. Februar wurde ihr Generalsekretär Nureddin Kianuri festgenommen, als er in der Verkleidung einer verschleierten Moslem-Frau ins benachbarte Afghanistan zu fliehen versuchte. Wegen Spionage angeklagt, hat er in einer Reihe von Fernsehauftritten bereits „gestanden“ und um Vergebung gebeten.

„Wir wollten keinen Putsch“

Überzeugt von der verräterischen Rolle der Tudeh-Partei wurde Teheran durch die Informationen des früheren Residenten des sowjetischen Geheimdienstes (KGB) in Teheran, Wladimir Kusitschkin, der im Juni 1982 zu den Briten überlief. Seine Enthüllungen führten zur Ausweisung von 18 sowjetischen Diplomaten und rund 400 Technikern aus der Sowjetunion und anderen Ostblockstaaten.

Sprecher der Tudeh-Partei im Exil haben die Spionage-Vorwürfe des Khomeini-Regimes verneint. Siamak Ruzbeh, ein Tudeh-Sprecher in Paris: „Wir wollten niemals einen Putsch. Wir haben uns nur vorbereitet, falls es nach dem Tod von Imam Khomeini zu einem imperialistischen Komplott kommt.“

Moskaus Reaktion auf das Vorgehen gegen seine Schützlinge – immerhin die größte moskautreue kommunistische Partei im Nahen Osten – war bisher milde und maßvoll. Möglicherweise fürchtet man, den Inhaftierten durch ein übereifriges Eintreten für sie zu schaden. Ohne Widerhall blieb denn auch die Behauptung Kianuris in einem seiner Fernsehauftritte, er habe in Afghanistan „dringende Konsultationen“ – anscheinend mit sowjetischen Vertretern – führen wollen.

Was Moskau will

Kianuri war 1978 Tudeh-Generalsekretär geworden, nachdem seine Fraktion in einer internen Diskussion über jene, die die schiitische Geistlichkeit als reaktionär ansah, den Sieg davongetragen hatte. Die Partei war 1942 gegründet worden, als sowjetische Truppen den Norden Irans besetzt hielten. Mindestens bis in die 50er Jahre bestand die Führung der Partei ausschließlich aus in Moskau sorgfältig ausgesuchten Aktivisten, die zum Teil nicht einmal iranische Staatsbürger waren. Etwas mehr nationale Identität entwickelte sich später im „DDR“-Exil mit dem Hauptsitz der Partei in Leipzig. Ihr „harter Kern“ soll rund 5000 Mitglieder umfaßt haben, von denen die meisten jetzt im Gefängnis sitzen.

Nach Meinung von Beobachtern will zumindestens eine Fraktion der herrschenden schiitischen Geistlichkeit in Iran mit einem scharfen Vorgehen gegen die Tudeh-Partei einschließlich Hunderter von Exekutionen Moskau zu einem Bruch mit Iran provozieren. Zu dieser Politik gehören auch Rundfunkprogramme, die erstmalig für Hörer in den asiatischen Sowjetrepubliken ausgestrahlt werden, in denen bis zu 90 Prozent der dort wohnenden Bevölkerung Schiiten sind. Darin werden die „unterdrückten asiatischen Völker“ aufgefordert, sich von der Vorherrschaft Moskaus loszusagen.

Kohl: Die Rückschläge verkraftet. Berechenbarkeit unser Gütesiegel

Kanzler vor CDU-Bundesausschuß: Der Wirtschafts-Aufschwung ist eingeleitet

GISELA REINDERS, Bonn

Mit Dank an alle Mitarbeiter in Partei, Regierung und Fraktion eröffnete Bundeskanzler Helmut Kohl gestern in Bonn die Bundesausschußsitzung der CDU. Sie sollte, wie Fraktionschef Alfred Dregger zu Beginn der Aussprache sagte, die Stimmung der guten Lage annähern. Da alle Daten positiv seien, könne man sich gute Stimmung leisten. Die werde auch gebraucht für die bevorstehenden Wahlen im Frühjahr.

Die Bilanz sei erfreulich, sagte der Kanzler. Vieles sei gelungen, manches auch nicht. Doch sei die Talfahrt der Wirtschaft gestoppt, der Trend umgekehrt, der Aufschwung eingeleitet und das Bündnis gestärkt. Vertrauen und Verläßlichkeit seien wiederhergestellt. Auf EG-Ebene glaube er trotz des Rückschlags von Athen an ein gutes Ende der Verhandlungen unter französischem Vorsitz.

Die Berechenbarkeit der Politik sei zum Gütezeichen dieser Regierung geworden, betonte Kohl. Mit den Zahlen der Demoskopen könne man zufrieden sein. Die CDU liege in der Wählergunst bei mehr als 50 Prozent. Allerdings habe man auch Rückschläge wie den in Hessen verkraften müssen. Die Folgen seien schmerzlich: Nun müsse man den „abenteuerlichen Umarmungsversuch“ von SPD und Grünen betrachten. Dregger bezeichnete später die Annäherung von SPD und Grünen in Hessen als „schamlos“.

Zur Wirtschafts- und Sozialpolitik kündigte der Kanzler eine Reform des Lohn- und Einkommensteuertarifs an mit einer familienfreundlichen Komponente. Die Familien mit Kindern müßten aus dem „sozialpolitischen Abseits“ geholt werden. Zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit bleibe noch viel zu tun. Das werde noch „viel Kraft und Durchstehvermögen kosten“. Der Kanzler ließ auch keine Zweifel daran, daß die Anstrengungen zur Unterbringung der Lehrstellenbewerber 1984 und 1985 wiederholt werden müßten. Keine andere Aufgabe sei so wichtig wie die, Solidarität mit der jungen Generation zu zeigen. „Papiere“ könnten immer Diskussionsbeiträge sein. Gelassen und vernünftig müsse man miteinander reden. Niemand sei ein Verräter, aber niemand habe auch das Erbe von Ludwig Erhard für sich gepachtet.

Auch Finanzminister Stoltenberg bezeichnete die Steuerreform mit Familienkomponente als das „nächste große Ziel“. Über einen Zeitpunkt des Inkrafttretens sagte er jedoch nichts. Daß es in Stufen geschehe, wollte er nicht ausschließen.

Arbeitsminister Blüm hatte, so Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht, bevor er ihm das Wort erteilte, den schwersten Part im vergangenen Jahr. Blüm machte klar, daß es keine isolierte Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik geben könne. Er wies darauf hin, daß die Arbeitslosenzahl weit von den Prognosen der SPD entfernt liege, daß die gesunkene Inflationsrate so gut sei wie eine Lohn- und Rentenerhöhung und daß ohne Sparen die Rentenversicherung zahlungsunfähig wäre. Die von ihm auf den Weg gebrachte Vorruhestandsregelung sei schon jetzt ein voller Erfolg. Die Tarifpartner, die bei der Diskussion über Arbeitszeitverkürzung erstarrt gewesen seien „wie Eidechsen im Wettbewerb in Bewegungslosigkeit“, seien jetzt zu Argumenten gezwungen. Wenn der Mittelstand meine, sie sei der Ruin für ihn, könne er nur sagen, die 35-Stunden-Woche sei mit Sicherheit der Ruin.

„Zivilschutz gilt realen Gefahren“

Zimmermann gegen Überschätzung der Bedrohung durch den Atomkrieg

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Zivilschutz, die staatliche und private Vorsorge gegen die durch Katastrophen oder Krieg verursachten Schäden, hat sich auf realistische Gefährdungen einzustellen, nicht auf den „alles vernichtenden Atomkrieg“. Diese Auffassung vertrat Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann bei einem Festakt anläßlich des 25jährigen Bestehens des Bonner Bundesamtes für Zivilschutz. Der Minister wandte sich energisch gegen solche, die so täten, als ließe sich der Krieg mit Kernwaffen mit Sicherheit vorhersagen. Namentlich kritisierte Zimmermann in diesem Zusammenhang das Manifest des Bundes Deutscher Architekten gegen den Schutzraumbau sowie den Aufruf von Ärzten, die Aus- und Weiterbildung in der Katastrophenmedizin zu verweigern.

Weder Über- noch Unterschätzung von Gefahren sei am Platze, meinte Zimmermann. Dies würde nur das Bemühen um Abwendung und Linderung möglichen Leids lähmen. Wichtig sei daher die realistische Beurteilung von Gefahren. Erst Wissen verdränge irrige Vorstellungen und Wunschdenken über die Gefahren von Krieg und Katastrophen.

Mit Blick auf den Zivilschutz folgerte der Minister daraus: „In dem weiten Spektrum von Ereignissen zwischen dem Frieden für alle Zeiten und der totalen Zerstörung läßt sich leider nicht mit letzter Sicherheit sagen, daß eine bewaffnete Auseinandersetzung in Mitteleuropa für alle Zeit auszuschließen ist. Für diesen Fall ist es dann ein zwingendes Gebot der Menschlichkeit, schon heute die notwendigen Vorsorgemaßnahmen für das Überleben zu veranlassen.“ Wer dagegen den Zivilschutz bewußt vernachlässige, weil er glaube, damit dem Frieden zu dienen, mache sich selbst zum Opfer der Illusion und handele verantwortungslos, fügte der Minister hinzu.

Zimmermann nannte mehrere Bereiche des Zivilschutzes, in denen „noch vieles zu tun“ sei, so insbesondere den Bau von Schutzräumen, die Konsolidierung des Katastrophenschutzes sowie die Vereinfachung und Fortentwicklung des Rechts über den Zivilschutz. Beim Schutzraumbau, meinte der Minister, müsse die „Mitwirkung der Bürger zum Zuge kommen, soweit es geht“. Die staatliche Finanzkraft reiche dafür nicht aus.

Auch Bundespräsident Karl Carstens unterstrich die humanitäre Aufgabe des Zivilschutzes und lobte im Rückblick auf ein Vierteljahrhundert des dafür zuständigen Bundesamtes vor allem den Idealismus der Helfer in den zahlreichen Organisationen. Sie gäben ein Beispiel dafür, wie man sich für das Gemeinwohl einsetzen könne. Besonders.

Brandt zieht für die SPD positive Bilanz

p. p. Bonn

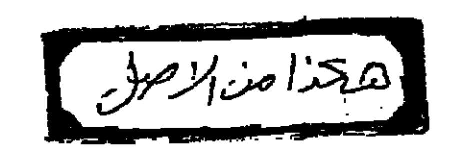
Das SPD-Präsidium hat der Partei empfohlen, bei der Bundespräsidentenwahl im Mai 1984 keinen eigenen Kandidaten gegen Richard von Weizsäcker aufzustellen. Wie der SPD-Vorsitzende Willy Brandt in einer Jahresbilanz gestern vor dem Parteivorstand in Bonn allerdings betonte, solle man daraus „keinerlei falsche Folgerungen ableiten“. Damit bezog er sich offensichtlich auf Gedankenspiele über eine große Koalition. Brandt stellte klar: „Als Sparringspartner für Machtkämpfe der Herren Strauß und Kohl um die Existenz der Genscher-FDP stehen wir nicht zur Verfügung.“

Die SPD habe nach der Niederlage vom 6. März wieder Tritt gefaßt. Zu der „Vorwärtsstrategie“ für das kommende Jahr gehört nach Brandts Worten vor allem das Bemühen um sozialdemokratische Alternativen in der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. Brandt lobte ausdrücklich Fraktionschef Hans-Jochen Vogel, unter dessen Führung „unsere Bundestagsfraktion innerhalb eines Jahres mehr an Substanz angesammelt hat als andere vor ihr in dieser Rolle im Laufe eines Jahrzehnts“.

Gespräche mit Laurien und Diepgen

ms. Bonn

Der CDU-Vorsitzende Bundeskanzler Helmut Kohl möchte sich aus dem Konkurrenzkampf zwischen den CDU-Pokitikern Frau Hanna-Renate Laurien und Eberhard Diepgen um das Amt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin einstweilen heraushalten. Kohl sprach gestern am Rande des CDU-Bundesvorstandes mit beiden Politikern, um sich von ihnen die Situation schildern zu lassen. Öffentlich erklärte Kohl, es sei nicht seine Aufgabe als Parteivorsitzender, „jetzt das Problem in Berlin zu lösen“, das mit dem Weggang von Richard von Weizsäcker entstanden sei. Er gehe davon aus, daß dies die Berliner CDU in einem „fairen und vernünftigen Ausgleich“ tun werde. Kohl flog gestern nach Berlin, wo er mit weiteren CDU-Politikern sprechen wollte. Frau Laurien sagte im Norddeutschen Rundfunk, daß Kohl ihr gesagt habe, daß er es gut finde, wenn es zwei Kandidaten gebe, „die beide zum Vorzeigen sind“.



Macht-Option

Wb. – Arbed Saarstahl kommt nicht zur Ruhe. Wie aus dem Saarland zu hören ist, bemüht sich die Landesregierung jetzt erneut um Möglichkeiten zur stärkeren Einflußnahme auf das Unternehmen. Ziel ist es dabei, Bund und Land, bei denen Saarstahl insgesamt mit rund drei Milliarden Mark in der Kreide steht, auch de jure zu einer Position zu verhelfen, die sie de facto eigentlich schon haben: der des Eigentümers. Da aber das Kapital des Dauerkrisenbetriebs fast 100prozentig bei der luxemburgischen Arbed S. A. liegt, ist diese zunächst einmal der Adressat des neuen, gar nicht weihnachtlichen Wunschzettels.

Nach den Saarbrücker Vorstellungen soll das Saarland zunächst einmal eine Option auf gut drei Viertel des Saarstahl-Kapitals erhalten. Gleichzeitig sollen die Luxemburger aber auch schon auf ihre Mehrheitsrechte bei der mißratenen Tochter verzichten.

Um ihren Wunsch durchzusetzen, haben Bund und Land nach wie vor – und im wahrsten Sinne des Wortes – ein gewichtiges Pfand in der Hand: den Eschweiler Bergwerksverein (EBV); die Arbed hatte für das öffentliche Engagement den größten Teil ihres deutschen Besitzes verpfänden dürfen und bemüht sich jetzt um Freigabe des EBV. Aber auch ohne Druck sind die Luxemburger im Zweifel nicht abgeneigt, die Verantwortung für das schlingernde Schiff abzugeben.

Kommt es dazu, dann bleibt mit einiger Sicherheit auch die Geschäftsführung von Saarstahl nicht mehr unangetastet. Wichtig wäre aber, daß das Unternehmen endlich einmal für eine gewisse Zeit zur Ruhe kommen könnte.

Resolutionen

Ha (Brüssel) – Nicht viel geblieben ist von den Plänen der EG-Kommission für ein Gemeinschaftsprogramm gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Die Entschließung, auf die sich die zuständigen Minister jetzt nach langem Hin und Her verständigt haben, enthält nur Selbstverständlichkeiten und verpflichtet zu nichts. Herausgefallen aus dem Text ist zum Beispiel ein Passus, der als Ziel die Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit auf die durchschnittliche Erwerbslosenrate in der EG vorsah und dies innerhalb von fünf Jahren. Die einen Minister meinten, statt präzise Ziele für die Verringerung der Arbeitslosigkeit zu setzen, sei es sinnvoller, die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu fordern. Andere Regierungen (wie die deutsche) fürchten, daß quantitative Aussagen auf EG-Ebene eher zum Nachlassen der Bemühungen um neue Arbeitsplätze führen könnten, da im eigenen Land das Gemeinschaftsziel längst erreicht ist. Für die Betroffenen ist dies alles ein Streit um des Kaisers Bart. Durch Resolutionen solcher Art ist schließlich noch nirgendwo ein Arbeitsloser von der Straße gekommen.

Stahl braucht Lohnpause

Von JOACHIM GEHLHOFF

Für 1984, das zehnte Jahr ihrer europaweiten Branchenkrise, könne die deutsche Stahlindustrie neue tarifliche Regelungen mit der Folge weiterer Personalkostenerhöhung überhaupt nicht mehr verkraften. Das gelte für die Arbeitszeit wie für den Lohntarif. Einstimmig postulierte diese „Nullrunde" für die nächstjährige Tarifpolitik beim Stahl der Vorstand des Arbeitgeberverbandes Eisen- und Stahlindustrie.

Sicherlich geschah es nicht zur Freude der IG Metall. Denn Einstimmigkeit im Vorstand des Arbeitgeberverbandes dieser montanmitbestimmten Branche heißt, daß auch die Arbeitsdirektoren, allesamt Gewerkschaftler und mit einem Drittel an den Vorstandssitzen dieses Verbandes beteiligt, der „Nullrunde" zugestimmt haben. Und das paßt natürlich wie die Faust aufs Auge zum heraufziehenden Arbeitskampf, den die große IG Metall, von den blühendsten Autoproduzenten bis zu den extrem kranken Stahlherstellern für alles und alle in der Metallindustrie zuständig, nun um den Einstieg in die 35-Stunden-Woche notfalls entfesseln will.

Überraschend wäre es, wenn das einhellige Stahl-Veto zu solcher Konfrontation irgendwo noch Überraschung auslöste. Über den lebensbedrohlichen Krankheitsstand vieler deutscher Stahlunternehmen gibt es längst keinen Zweifel mehr. Schwer fällt es gleichwohl und offensichtlich der IG Metall, da von liebgewordenen Traditionen Abschied zu nehmen. Jahrzehntelang war die Stahlindustrie im riesigen Tarifbereich dieser Gewerkschaft die Speerspitze zum Vormarsch ins Neuland. Als erster unter allen Industriebranchen gelang der Gewerkschaft hier schon 1959 der Sprung in die Nähe der 40-Stunden-Woche. Und ein halbes Dutzend Jahre später schaffte sie beim Stahl die Pioniertat der tariflichen Absicherung des 13. Monatseinkommens auch in der Industrie.

Tempi passati. Stumpf wurde diese Speerspitze schon, als die Gewerkschaft ausgerechnet in dieser Branche und unter Mißachtung der bereits evidenten Krisenlage der Unternehmen um die Jahreswende 1978/79 den großen Streik zum Einstieg in die 35-Stunden-Woche anzettelte. Dieser seit einem halben Jahrhundert erste deutsche Stahlarbeiterstreik wurde für die IG Metall zu einer teuren und erfolglosen Angelegenheit.

Seitdem hat der Stahlbereich für die IG Metall hohen Lästigkeitswert. Drastisch und mit vollem Einblick der Mitbestimmer in die wahre Ertragslage der Unternehmen läßt sich hier demonstrieren, daß die über alle Metallbranchen hinweg tunlichst einheitliche Tarifpolitik der IG Metall am Ende ist. Noch nicht einmal die in den letzten beiden Tarifrunden praktizierten „Stahlabschläge" von der allgemeinen Tarifbewegung sind jetzt noch möglich. Erst recht nicht die Arbeitszeitverkürzung auf 35 Wochenstunden mit vollem Lohnausgleich, die nach den Berechnungen auch der Stahl-Arbeitgeber einen Personalkostenschub von mindestens 18 Prozent bringen würde.

Niemand bestreitet, daß bei heutiger Lage weitere Personalkostenerhöhung vielen Stahlunternehmen das Lebenslicht auspusten würde. Dennoch hat die IG-Metall auch beim Stahl den Arbeitszeit-Manteltarifvertrag zum Jahresende gekündigt. Und sicherlich wird auch der noch bis Ende März 1984 laufende Lohntarifvertrag fristgerecht gekündigt.

Klügeres Verhalten könnten die nun den Stahl in ihrem Tariftroß trutzig mitschleppenden Metallgewerkschafter beim Blick über die Landesgrenzen lernen. Einerseits den in etlichen und gleichfalls krisengeplagten Stahlzentren, besonders in den USA, zwecks Sicherung der Arbeitsplätze schon praktizierten Teilverzicht der Gewerkschaften auf das bisherige Lohnniveau. Andererseits die Konsequenz, daß der Abstieg von der 40-Stunden-Woche, wie in Belgien, England und Frankreich bereits eingeleitet, überhaupt keine neuen Arbeitsplätze bringt, sondern nur die Schwierigkeiten der Stahlunternehmen potenziert.

Die EG-Nachbarn der Deutschen gleichen das mit um so höheren Staatssubventionen für ihre kranken Stahlunternehmen aus. Das darf niemand vergessen, wenn demnächst die IG Metall zum Arbeitskampf blasen sollte. Beim Stahl wäre es ein Streik um eine Stundenlohnerhöhung, die aus der Staatskasse bezahlt werden soll.

TANKSTELLENGEWERBE / Kraftstoffabsatz hat sich wiederum leicht erhöht

Zahl der Betriebe wird auch in den kommenden Jahren weiter zurückgehen

DOMINIK SCHMIDT, Minden

Das Tankstellennetz in der Bundesrepublik Deutschland hat sich im Jahr 1983 weiter gelichtet. Nachdem bereits im Vorjahr die Zahl der Betriebe um 1650 auf 22 950 gesunken ist, geht der Bundesverband des Deutschen Tankstellen- und Garagengewerbes (BTG) in Minden für 1983 erneut von einem Rückgang um rund 10 Prozent aus. BTG-Geschäftsführer Hubert Brockmeier rechnet für die kommenden Jahre mit einem Anhalten des „Ausdünnungsprozesses", wenngleich die Reduzierung der Netze, die von den großen Mineralölfirmen vorgenommen wird, zu einem Teil durch Newcomer aufgefangen wird.

Mit einiger Sorge beobachtet das Tankstellengewerbe die Querelen um die Aral AG, die nach Brockmeiers Ansicht ihre Ursache vor allem in Management-Problemen bei einem der Großaktionäre haben. Die Ankündigung des größten deutschen Tankstellenbetreibers, im Rahmen der Rationalisierung das Netz von derzeit knapp 5000 Stationen auf 3500 abzubauen, bedeute einen empfindlichen Schlag. Brockmeier weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß in der Vergangenheit bereits einige klangvolle Namen ganz vom Markt verschwunden sind.

Im Gegensatz zur Entwicklung der Betriebszahlen hat sich der Kraftstoffabsatz, der bereits 1982 angestiegen war, im laufenden Jahr noch einmal erhöht. In den ersten neun Monaten ergab sich bei Superkraftstoff gegenüber der gleichen Vorjahreszeit ein Zuwachs von 2,9 Prozent und bei Diesel ein Plus von 2,3 Prozent. Lediglich der Verbrauch von Normalbenzin verringerte sich um 0,5 Prozent. Dadurch stieg der Anteil des Superkraftstoffs am gesamten Benzinabsatz auf 55,6 (54,4) Prozent. Insgesamt dürfte 1983 der Kraftstoffabsatz um deutlich über 2 Prozent zunehmen.

Mittelfristig allerdings, so Brockmeier, sind die Aussichten der Branche als „nicht sehr rosig" einzuschätzen. Vor dem Hintergrund geringerer Fahrleistungen und kraftstoffsparender Motoren müsse davon ausgegangen werden, daß der Verbrauch von Vergaserkraftstoffen, der 1983 gut 23 Mill. t erreichen dürfte, sich in einigen Jahren bei 18 Mill. t einpendeln wird.

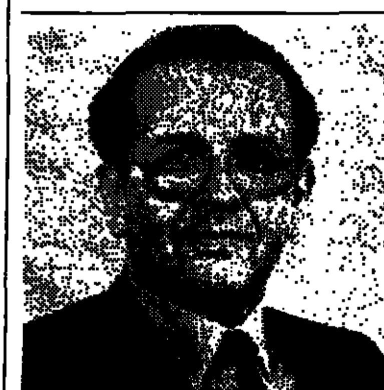
Völlig unbefriedigend sei die Ertragssituation. Dies gelte um so mehr, wenn die wöchentliche Arbeitszeit zugrundegelegt werde. Brockmeier zufolge arbeitet der Tankstelleninhaber oder -pächter im Durchschnitt 70 Stunden pro Woche. Bei Provisionen von 2,8 bis 3,5 Pfennig pro Liter – Aral zum Beispiel hat die Provision seit Februar 1983 um 0,7 Pfennig gekürzt – ergeben sich bei Selbstbedienungstankstellen durchschnittliche Provisionserlöse von gut 62 000 Mark pro Jahr.

Im Gegensatz zur landläufigen Meinung ist das Warengeschäft in den Verkaufsshops wenig ertragreich. Dies habe eine Untersuchung ergeben, an der das Bundeswirtschaftsministerium beteiligt war. Dagegen gewinnen die „Dienstleistungen rund ums Auto" immer mehr an Bedeutung. Vor allem die Waschanlagen arbeiteten überaus rentabel. Inzwischen ließen 44 Prozent der Autofahrer ihr Fahrzeug waschen; daraus errechne sich ein Umsatz von 1,4 Milliarden Mark.

Das Warengeschäft, das einen Umsatz von rund 2,5 Milliarden Mark repräsentiert, leidet nach den Worten Brockmeiers vor allem unter den Ausschließlichkeitslieferungen, die die großen Mineralölfirmen für ihre Ketten vereinbaren. Dieses Thema beschäftige derzeit das Bundeskartellamt. Nach Ansicht des Tankstellengewerbes muß diese Vertriebsbindung fallen. Mit einer Aufhebung der bislang praktizierten Markenbindung bei Schmiermitteln rechnet Brockmeier in zwei bis drei Jahren, nachdem die EG-Kommission eine entsprechende Empfehlung bereits im Mai ausgesprochen hat. Allerdings gebe es erhebliche Widerstände, weil Schmiermittel besonders hoch kalkuliert seien.

Heftige Kritik übt das Gewerbe an den dauernden Preisänderungen. Im Jahresdurchschnitt mußten die Tankstellen alle drei bis vier Tage die Preise neu auszeichnen.

AUF EIN WORT



„Die viel beschworene höhere Produktivität japanischer Unternehmen beruht wesentlich auf der konsequenten Anwendung logistischer Methoden. Deshalb darf sich die deutsche Wirtschaft nicht hinter der vielzitierten Arbeitsmoral und dem ungeheuren Fleiß der Japaner verstecken. Vielmehr müssen eigene Wege gefunden werden, um vor allem durch moderne Logistik die Konkurrenzfähigkeit deutscher Produkte auf dem Weltmarkt zu erhalten."

Hermann Stübig, Produktionsvorstand der Audi-NSU Auto Union AG, Ingolstadt FOTO: DIE WELT

„Die Lufthansa privatisieren"

AP, Bonn

Der Verkauf wesentlicher Bundesanteile am Energiekonzern Veba ist nach Meinung des wirtschaftspolitischen CDU/CSU-Fraktionssprechers Matthias Wissmann nur ein erster großer Schritt im Rahmen einer umfassenden Privatisierungsaktion, in deren Verlauf auch die Deutsche Lufthansa zum Verkauf stehen könnte. Das erklärte Wissmann in einem Interview der „Kölnischen Rundschau". Das Lufthansa-Aktienkapital von 600 Millionen Mark befindet sich zu 74,31 Prozent im Besitz des Bundes.

KONJUNKTUR

Gute Ausgangsbasis für einen Aufschwung 1984

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die bisherige wirtschaftliche Erholung dürfte im späteren Verlauf des Jahres 1984 in einen Aufschwung einmünden. Nach Ansicht des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes bietet die konjunkturelle Lage zum Jahreswechsel eine gute Ausgangsbasis dafür. Die gestiegenen Auftragseingänge verbesserten in den kommenden Monaten die Kapazitätsauslastung. Dazu trügen auch die wachsenden Aufträge für Investitionsgüter auch aus dem Ausland bei. Die Produktion habe sich auf höherem Niveau stabilisiert. Die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit sinke erstmals seit langem über mehrere Monate hinweg.

Der Verband geht von einem weiteren Abbau der staatlichen Nettokreditaufnahme aus. Bereits jetzt sei abzusehen, daß die Gewinnausschüttung der Bundesbank, die mit 8,5 Milliarden Mark im Haushalt eingestellt ist, sich 1984 wieder wie in den beiden vorangegangenen Jahren auf einen zweistelligen Milliardenbetrag belaufen wird. Die Neuverschuldung des Bundes, die jetzt mit 33,6 Milliarden eingeplant ist, dürfte auf unter 32 Milliarden zurückgeführt werden können.

Risiken sieht der Verband in der Entwicklung des D-Mark-Wechselkurses gegenüber dem Dollar. Die anhaltende Überbewertung der amerikanischen Währung eröffnet zwar der deutschen Exportwirtschaft zusätzliche Absatzchancen. Dies führe jedoch nicht unbedingt zu erhöhten Ausrüstungsinvestitionen, weil die Dauerhaftigkeit des Wettbewerbsvorteils unsicher sei. Ferner würden dadurch protektionistische Tendenzen geschürt. Der hohe Dollarkurs verteuere auch die importierten Rohstoffe und Energieträger.

BADEN-WÜRTTEMBERG

Metallindustrie registriert deutliches Auftragsplus

WERNER NEITZEL, Fellbach

„Wir sind gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit mit dem Rasenmäher für alle und jeden", resümierte Hans Peter Stihl, Vorsitzender des Verbandes der Metallindustrie Baden-Württemberg, in Fellbach über seine Eindrücke aus der Stimmungslage vor Beginn der nächsten Tarifrunde.

Dabei ließ er keinen Zweifel daran, daß die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden von allen Firmen abgelehnt werde. Statt dessen favorisiere man auf Arbeitgeberseite ein Programm mit flexiblen Arbeitszeitregelungen, mehr Teilzeitarbeit und einer Vorruhestandsregelung.

Allein mit den beiden letztgenannten Maßnahmen könnten bundesweit über mehrere Jahre hinweg bis zu 175 000 Arbeitssuchende einen Arbeitsplatz bekommen. In der Metallindustrie der Bundesrepublik, die rund 3,8 Millionen Beschäftigte zählt, gibt es derzeit rund 370 000 Arbeitslose.

Die metallverarbeitende Industrie Baden-Württembergs registriert anhaltende konjunkturelle Erholungstendenzen. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes lagen die Auftragseingänge im Südwesten im Oktober 1983 um 12,3 Prozent über dem Vorjahr.

Bemerkenswert dabei ist, daß nicht nur der Fahrzeugbau (plus 15,1 Prozent), sondern erstmals auch der Maschinenbau (plus 14,9 Prozent) eine deutliche Nachfragesteigerung verbuchten. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres lag das gesamte Auftragsvolumen um vier Prozent über der entsprechenden Vorjahreszeit. Der Industriezweig zählte Ende Oktober 884 700 Beschäftigte (minus ein Prozent). Die Arbeitslosenquote lag hier im November bei 5,8 Prozent.

GÜTERVERKEHR

Industrie verlangt weniger staatliche Vorschriften

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Eine Entbürokratisierung des Güterverkehrs ist im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft dringend notwendig. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) weist jetzt in einer „Schwachstellenanalyse der bestehenden Verkehrsmarktordnung im Straßengüterverkehr" darauf hin, daß ein ausländischer Anbieter, der nicht an den Reichs-Kraftwagentarif (RKT) gebunden ist, trotz größerer Entfernungen auf dem deutschen Markt mit einem geringeren Frachtaufwand kalkulieren kann als seine deutschen Mitbewerber.

BDI-Umfragen zeigen, daß das inländische Tarifniveau im Straßengüterfernverkehr bei gleichen Relationen und Gewichten bis zu 100 Prozent über dem Niveau im grenzüberschreitenden Verkehr liegt. Ein Beispiel: Für den Transport von Malz über 473 Kilometer müssen nach dem innerdeutschen Ausnahmetarif 6,98 DM je 100 Kilogramm gezahlt werden. Nach dem deutsch-französischen Straßengütertarif sind es 4,94 Mark. Die Differenz steigt von 2,04 sogar noch auf 3,34 Mark, wenn die Fracht in Franc zum Tageskurs umgerechnet wird.

Um dem hohen deutschen Preisniveau auszuweichen, bieten die Transportunternehmen dort, wo die verkehrlichen Abläufe dies zulassen, Transporte über Auslandsstrecken zu günstigeren EG-Tarifen an. So werden innerdeutsche Verkehre zunächst in den Benelux-Raum geleitet und von dort zu dem günstigeren Tarif zu dem deutschen Empfangsort zurück.

Als Ausweg fordert der BDI, daß nur noch die Obergrenze des Reichs-Kraftwagentarifs heraufgesetzt, die Untergrenze aber beibehalten werden sollte. Überdies wird eine größere preispolitische Beweglichkeit empfohlen.

Eine andere Schwachstelle ist der Tarifsprung beim Übergang vom Güternah- zum Güterfernverkehr. Dazu schreibt ein Betroffener: 25 Tonnen Raps kosten im Nahverkehr über 120 Kilometer 563,22 Mark. Da er jetzt fünf Kilometer weiter fahren muß, müßte er seinem Kunden 798,34 Mark berechnen. Damit wäre er, wie er meint, gezwungen, entweder als Spediteur auszuscheiden oder eine falsche Berechnung vorzunehmen.

Der BDI wertet all dies als Beweis dafür, daß immer stärkere Eingriffe in das Marktgeschehen zwangsläufig sind, wenn der Staat an irgendeiner Stelle mit dem Dirigismus begonnen hat. Das Marktordnungssystem im Güterverkehr induziere wegen seiner perfekten Abschirmung über Tarif- und Mengenbeschränkungen Ausweichreaktionen, die kaum noch nachvollziehbar sind. Es verlange bei den Unternehmen einen Prüfaufwand für eingehende Frachtberechnungen, der häufig bis zu einem Drittel der gesamten Verkehrsabteilung bildet.

Die Forderung des BDI: Weniger Staat und mehr unternehmerische Verantwortung, weniger Perfektionierung und mehr Marktflexibilität, weniger isolierte Verkehrsträgerpolitik und mehr gesamtwirtschaftlich orientierte Verkehrspolitik.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Geldmengen-Zielkorridor für 1984 vorgeschlagen

Frankfurt (AP) – Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank legt in seiner Sitzung am kommenden Donnerstag das Geldmengenziel für das nächste Jahr fest. Wie aus Kreisen der Bundesbank zu erfahren war, hat das Direktorium dem Zentralbankrat vorgeschlagen, für die Ausweitung der Zentralbankgeldmenge einen Zielkorridor von vier bis sechs Prozent anzusteuern. In den vergangenen drei Jahren hatte die Bundesbank jeweils ein Geldmengenziel von vier bis sieben Prozent genannt, wobei in den beiden letzten Jahren der obere Rand dieses Korridors angepeilt wurde. Angesichts der Ausweitung der Geldmenge um etwa fünf Prozent in den letzten Monaten wird der vom Direktorium vorgeschlagene Zielkorridor in Bankenkreisen als Bemühen der Bundesbank um Stetigkeit in ihrer Geldpolitik interpretiert. Über das ganze Jahr gesehen dürfte sich die Zentralbankgeldmenge aber um rund sieben Prozent vergrößert haben.

Vorruhestand abgelehnt

Bonn (rtr) – Die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU lehnt die Vorruhestandsregelung in der von der Bundesregierung beabsichtigten Form ab. Der Bundesvorsitzende der Organisation, der saarländische Finanzminister Gerhard Zeitel, erklärte, weitaus gefährlicher schätze er jedoch noch die Gewerkschaftsforderung einer Arbeitszeitreduzierung auf 35 Stunden in der Woche ein, der seine Vereinigung „entschiedenen Widerstand" entgegensetze. Zur Vorruhestandsregelung forderte Zeitel, das Prinzip absoluter Freiwilligkeit und spezielle „Mittelstandspräferenzen" zu verankern. Ohne eine derartige „Revision" wollte Zeitel eine Ablehnung der Regierungspläne durch die Mittelstandsvereinigung nicht ausschließen. Mit „einigem guten Willen", für den es in der Regierung durchaus Anzeichen gebe, seien diese Probleme aber auszuräumen, sagte der Landesminister.

Ehrung für Nixdorf

Paderborn/Bonn (dpa/VWD) – Für seine Verdienste als Unternehmer und sein Engagement für Staat und Gesellschaft soll der Paderborner Computer-Unternehmer Heinz Nixdorf (58) mit der Ludwig-Erhard-Medaille ausgezeichnet werden. Dafür hat sich die Ludwig-Erhard-Stiftung in Bonn einstimmig ausgesprochen. Bisherige Träger der Ludwig-Erhard-Medaille sind Professor Alfred Müller-Armack, der frühere österreichische Finanzminister Professor Reinhard Kamitz und der Gründungsherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Professor Erich Welter.

Gegen Tarif-Liberalisierung

Duisburg (VWD) – Für das Festhalten an der gegenwärtigen Frachtenregelung im innerdeutschen Binnenschiffsverkehr hat sich der Bundesverband der deutschen Binnenschiffahrt (BdB) ausgesprochen. Nur so könnten eine weitere Verschlechterung der ohnehin schwierigen Lage dieses Verkehrsträgers und ein ruinöser Wettbewerb verhindert werden.

Weltbank-Kredit für Manila

Manila (AFP) – Die Weltbank hat der Auszahlung einer neuen Tranche des im April den Philippinen gewährten 302-Millionen-Dollar-Kredits für strukturelle Anpassungen in Höhe von 83 Millionen Dollar genehmigt. Dies wurde in Manila offiziell bekanntgegeben.

Dollarkurs auf Rekordhöhe

Frankfurt (AP) – Der Kurs des US-Dollars hat am Montag seinen Höhenflug fortgesetzt und an der Frankfurter Devisenbörse die neue Rekordmarke von 2,7515 Mark gegenüber 2,7497 Mark am Freitag erreicht. Das ist der höchste Stand seit dem 8. Februar 1974, als der Dollar mit 2,7530 Mark notierte. Die Bundesbank intervenierte beim Fixing mit 35 Millionen Dollar, nachdem sie bereits am Freitag 97 Millionen Dollar zur Stützung der Mark aufgebracht hatte. Devisenhändler führten den weiteren Auftrieb des Dollarkurses auf die unsichere Lage im Nahen Osten, insbesondere auf die Bombenanschläge in Kuwait, zurück.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Minister über Verbot der irreführenden Werbung einig

WILHELM HADLER, Brüssel

Die EG entdeckt die Verbraucher. Ein Vierteljahrhundert nach Gründung der Gemeinschaft (und rechtzeitig vor der nächsten Europawahl) haben sich gestern zum erstenmal die für Verbraucherfragen zuständigen Minister zu intensiven Beratungen in Brüssel getroffen.

Die gestrige Beratung erstreckte sich auf eine Reihe von Kommissionsvorschlägen, die zuvor schon in anderen Fachministerräten diskutiert worden sind. Dabei überraschte, daß die Widerstände gegen gemeinschaftliche Regelungen offenbar eher auf nationale „Eigenbrötlerei" zurückzuführen sind als auf wirtschaftliche Interessengegensätze.

So haben die europäischen Verbraucherorganisation BEUC und der europäische Verband für den Direktverkauf (FEVSD) gemeinsam an die Regierungen appelliert, die seit 1977 diskutierte EG-Richtlinie über „Haustürgeschäfte" zu verabschieden. Auch über die Vorlage über das Verbot irreführender Werbung in der Gemeinschaft gibt es unter den Betroffenen (Produzenten, Werbewirtschaft und Verbrauchern) kaum noch Meinungsgegensätze.

In einer allgemeinen politischen Aussprache betonte der zuständige deutsche EG-Kommissar Karl-Heinz Narjes, die EG-Exekutive gehe grundsätzlich davon aus, daß den Interessen des „mündigen" Bürgers am besten durch die in den Römischen Verträgen enthaltenen Prinzipien der Freizügigkeit und des Wettbewerbs gedient sei. Die Bemühungen um Rechtsharmonisierung in der EG seien jedoch unerläßlich, da es sonst zu einzelstaatlichen Regelungen zum Verbraucherschutz komme, die zu Handelsbeschränkungen in der Gemeinschaft führen könnten.

SPARKASSENVERBAND / Versteht sich als Lobby der Sparer

Nach außen Bild der Geschlossenheit

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Der kurze Draht zwischen ihm und dem Sparkassenpräsidenten habe sich für seine Regierungsarbeit ausgezahlt, lobte Helmut Kohl den 55jährigen Helmut Geiger anläßlich seiner einstimmigen Wiederwahl an die Spitze der Sparkassenorganisation, mit einer Billion Mark Bilanzsumme und 200 000 Mitarbeitern die größte Gruppe im deutschen Kreditgewerbe. In manchem hebt sich dieser Spitzenverband von anderen Verbänden ab. Er ist nicht nur die Vertretung von Brancheninteressen; er gilt auch als so etwas wie die Lobby der Sparer. Und nicht zuletzt deswegen findet er in der Wirtschaftspolitik mehr Gehör als andere Organisationen.

Nach außen gelingt es dem Sparkassenverband, ein Bild der Geschlossenheit zu bieten. In seinem Innenleben indessen sind die Konturen weniger scharf. Immer mehr bewahrheitet sich das Wort Geigers Vorvorgängers Fritz Butschkau: „Wir sind dezentral bis auf die Knochen." Zwischen Sparkassen, Landesbanken und Bausparkassen gibt es in vielen Fragen keine natürliche Interessenidentität mehr. Das liegt einfach an der unterschiedlichen Struktur der Geschäfte und Eigentümer.

Die Landesbanken/Girozentralen sind längst zu großen und größten Geschäftsbanken herangewachsen, die mit den Großbanken im Wettbewerb stehen. Gleichzeitig haben viele Sparkassen das Image der „Kleine-Leute-Kasse" abgestreift. Sie sind zu modernen Universalbanken geworden, deren Leiter oft mit einem beachtlichen Maß an Selbstbewußtsein auftreten. Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband e. V. und seine Funktionärsspitze werden gelegentlich mehr als lästige denn als bindende Klammer empfunden.

Als Präsident hat Geiger nicht nur an der inneren Front zu kämpfen, sondern auch an der äußeren. Hier wirft man ihm in der Organisation gelegentlich mangelnde Härte vor, weil es ihm nicht gelang, spezifische wettbewerbspolitische Verbandsinteressen – zum Beispiel die Abschaffung des Haftsummenzuschlags der Genossenschaftsbanken – im politischen Raum durchzusetzen. Wer Geiger in der von der Sparkassenorganisation als so eminent wichtig herausgestellten Eigenkapitalfrage Mißerfolge anlastet, muß sich freilich den Vorwurf gefallen lassen, Illusionen nachgejagt zu sein.

Die Strategie in dieser zentralen Frage ist zudem stark mitbestimmt von der Starrheit der finanzschwachen Kommunen, den Eigentümern der Sparkassen. Die kommunale Einbindung der Sparkassen droht zu einer Fessel zu werden. Auch an dieser Front hat Geiger zu kämpfen. Er und sein Verband hätten es sicherlich leichter, wenn alle an einem Strang zögen.

CSSR: Westhandel geht zurück

dpa/VWD, Berlin

Die Außenhandelsabhängigkeit der Tschechoslowakei von den sozialistischen Ländern hat sich 1983 noch verstärkt und liegt deutlich höher als bei anderen Mitgliedsländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Wie aus den Halbjahreszahlen des tschechoslowakischen Außenhandels hervorgeht, entfallen inzwischen 75 Prozent der Exporte und 80,3 Prozent der Importe auf sozialistische Handelspartner. Der Anteil der westlichen Industrieländer am CSSR-Außenhandel verminderte sich in den ersten sechs Monaten dieses Jahres auf 22,4 Prozent gegenüber 24,8 Prozent im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Der Export in die westlichen Industrieländer ging nach den tschechoslowakischen Statistiken um 6,6 Prozent auf acht Milliarden Kronen zurück, der Import aus diesen Staaten sank um 1,4 Prozent auf 7,5 Milliarden Kronen. Dabei erhöhte sich der Handel der CSSR mit ihrem wichtigsten westlichen Handelspartner, der Bundesrepublik, noch um 6,3 Prozent auf 4,4 Milliarden Kronen und mit Österreich sogar um 17,1 Prozent auf 2,8 Milliarden Kronen.

Ein Institut für neue Technologien

dos, Braunschweig

Den Einsatz der Computertechnik bei der Entwicklung, Konstruktion, Fertigung und Projektsteuerung von technischen Anlagen und Gebäuden will das Institut für Computer-Technologie (ICT), das jetzt in Braunschweig seine Arbeit aufgenommen hat, forcieren. Das privatwirtschaftlich organisierte Institut bietet nach den Worten des geschäftsführenden Gesellschafters, Heinrich Herden, entsprechende Seminare für Ingenieure, Architekten und Techniker an. Dabei wird eng mit den Arbeitsämtern zusammengearbeitet. Der erste Kurs besteht aus 28 arbeitslosen Akademikern, die auf Kosten des Arbeitsamtes den Umgang mit CAD-Systemen (Computer Aided Design) erlernen. Das ICT verfügt über einen leistungsfähigen Rechner mit der notwendigen Grafik-Peripherie. Der siebenmonatige Lehrgang kostet Harden zufolge rund 12 000 DM.

USA / Budgetentwurf für 1985 wird Ende Januar dem Kongreß vorgelegt – über 200 Milliarden Dollar Defizit

Nichts deutet auf ein Ende der Haushaltsmisere hin

H.-A. SIEBERT, Washington

Keine Wunder dürfen von dem Budgetentwurf erwartet werden, den Präsident Reagan Ende Januar dem Kongreß vorlegt. Die Aussichten, daß die Haushaltsdefizite in den nächsten zwei Jahren in einem nennenswerten Umfang sinken, sind gleich Null.

Nach allem, was in Washington bisher durchsickerte, sind die Haushaltsberatungen weitgehend abgeschlossen. Wie zu erfahren ist, gelang es der Administration nicht, im Budgetjahr 1985 das „ordentliche" Defizit auf die erhofften 170 Milliarden Dollar zu drücken. Statt dessen schlägt es mit rund 190 Milliarden Dollar zu Buch, wobei zwölf bis 18 Milliarden Dollar aus dem außerordentlichen Haushalt (off-budget agencies) hinzu addiert werden müssen, so daß der Fehlbetrag wie 1984 und 1983 über 200 Milliarden Dollar liegen wird.

Dies ist das günstigste Szenarium, obwohl die Konjunkturkurve steiler als erwartet verläuft. Es unterstreicht das große Ungleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben: Der zyklische Defizitabbau wird durch die gleichzeitige Ausweitung der strukturellen roten Zahlen neutralisiert.

Geschlossen werden soll die gigantische Einnahmenlücke, die aus den Einkommensteuersenkungen um 25 Prozent in drei Jahren, Abschreibungs- und anderen Geschenken an die Unternehmen, unzureichenden Programmrevisionen und kräftig aufgestockten Verteidigungsetats (plus 41 Prozent real von 1980 bis 1984) resultiert, nach wie vor in der Hauptsache durch weitere Ausgabenkürzungen. Das Problem ist, daß die im Konsens mit dem Kongreß erreichten Schnitte in den Bereichen Umschuldung und Nahrungsmittelhilfe sich kaum noch vertiefen lassen. Außerdem lassen sich mit dem Vorwurf, die Demokraten litten an Verschwendungssucht, keine Wähler mehr gewinnen: Für 1984 übersteigen die von der Exekutive beschlossenen Ausgaben nur um 1,7 Milliarden Dollar Reagans Voranschläge.

Was sich abzeichnet, sind Ausgaben, die sogar über den bisher geplanten Ansätzen in Höhe von 918 Milliarden Dollar liegen, verglichen mit etwa 850 Milliarden Dollar im Finanzjahr 1984. Wie das reale Plus ausfallen wird, hängt von der Inflationsrate ab, die sich bis Oktober 1985 aber durchaus von zur Zeit vier Prozent verdoppeln kann. Das würde jedoch die gesamte Haushaltsrechnung über den Haufen werfen.

Die noch vorläufigen Zahlen signalisieren Ausgabenstreichungen, die von 1985 bis 1987 rund 100 Milliarden Dollar ausmachen. Die Reduzierung im ersten Jahr wird mit sieben bis neun Milliarden Dollar angegeben, und zwar nicht gegenüber 1984, sondern im Vergleich zur Planungsbasis. Kürzungen sind ausschließlich im zivilen Bereich vorgesehen. Andererseits sind Beschneidungen wie die Krankenhilfe für Rentner politisch nicht durchsetzbar.

Wie es heißt, ähnelt Präsident Reagans neues Budget dem im vergangenen Januar vorgelegten Entwurf, der sofort vom Kongreß im Papierkorb versenkt wurde. Er enthält keinerlei neue Initiativen, die Geld kosten.

Seine endgültige Zustimmung zu einer Neuauflage einer „Bereitschaftssteuer" soll Reagan noch nicht gegeben haben. Aber alles spricht dafür, da auch sein Chefökonom Martin Feldstein darauf dringt. Der im 84er Entwurf schon enthaltene Vorschlag würde die Steuereinnahmen 1986 um 43 und 1988 um 53 Milliarden Dollar erhöhen. Unternehmen und steuerpflichtige Amerikaner würden eine Zusatzsteuer von ein Prozent auf alle Einkommen zahlen; außerdem würde der Bund eine Abgabe von fünf Dollar je Barrel (159 Liter) auf Import- und heimisches Öl erheben. Hieran werden vermutlich die gleichen Bedingungen geknüpft, die der Kongreß bereits abgelehnt hat.

SMH / Suche nach einem neuen Eigentümer erfolgreich

Lloyds Bank übernimmt

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Das Bankhaus Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co (SMH-Bank) wird künftig unter britischer Flagge segeln. Die Lloyds Bank Gruppe hat sich vorbehaltlich eines noch abzuschließenden Vertrags bereit erklärt, bestimmte Teile des kommerziellen Bankgeschäfts und das gesamte Wertpapiergeschäft der SMH-Bank zu übernehmen. Die zu übernehmenden Geschäfte werden auf eine neue Gesellschaft übertragen, sie schließen keinerlei Forderungen oder Verbindlichkeiten ein, die direkt oder indirekt im Zusammenhang mit der IBH-Gruppe oder der Wibau AG stehen.

In der von der Lloyds Bank und der SMH-Bank gemeinsam veröffentlichten Erklärung heißt es, die bisherigen Aktivitäten von Lloyds in Düsseldorf, Hamburg, München, Frankfurt und Stuttgart sollten durch das SMH-Geschäft in Hamburg, Frankfurt und Offenbach ergänzt werden. Die Luxemburger SMH-Tochter wird offenbar abgewickelt; für sie hat die Lloyds Bank mit Domizil im internationalen Finanzzentrum London und eigenem Stützpunkt in Luxemburg keine Verwendung.

Die Lloyds Bank übernimmt praktisch das gesamte SMH-Geschäft mit Ausnahme des faulen IBH-/Wibau-Bereichs. Über den Kaufpreis war nichts zu erfahren; er dürfte unter 100 Mill. DM liegen.

Mit dem Eigentümerwechsel scheiden der Bankenverband und die 35 Institute, welche die SMH-Bank mit rund 830 Mill. DM gestützt haben, aus der SMH-Bank aus. Bei ihnen verbleiben die ausgegliederten rund 1,2 Mrd. DM IBH-/Wibau-Engagements.

Gegen die früheren persönlich haftenden SMH-Gesellschafter hat die Staatsanwaltschaft Frankfurt inzwischen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, weil der Verdacht besteht, daß sie von den Manipulationen bei IBH/Wibau Kenntnis hatten.

ITALIEN / Ausländische Autohersteller verlieren an Boden

Inländer bauen ihren Marktanteil aus

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die italienischen Automobilmarken haben in den ersten zehn Monaten 1983 ihren Absatzanteil an dem um sieben Prozent auf 1 356 094 geschrumpften Binnenmarkt um beinahe sechs Punkte von 59,1 auf 64,8 Prozent verbessert. Von den insgesamt 102 900 weniger abgesetzten Fahrzeugen entfielen 90 785 auf die ausländischen Marken (minus 17 Prozent), während die Inlandsfirmen nur um 11 305 (minus 1,3 Prozent) zurückstecken mußten.

Von den in Italien verkauften Marken entfielen 56 Prozent auf den Fiat-Konzern, 7,4 Prozent auf das staatliche Automobilunternehmen Alfa Romeo und 0,8 Prozent auf das halbstaatliche Automobilunternehmen Nuova Innocenti. Die restlichen 0,6 Prozent teilten sich die italienischen Sportwagenhersteller. Insgesamt brachten die italienischen Hersteller 850 137 Pkw auf den Binnenmarkt.

Bei den Ausländern mußten sowohl die französischen als auch die deutschen Marken Einbußen hinnehmen, wobei die stärksten Minusraten in den unteren Mittelklassen und im Kleinwagenbereich verzeichnet wurden. Ihre Marktquote gehalten haben dagegen sowohl Mercedes, BMW und Audi als auch die schwedische Volvo. haben die italienischen Unternehmen durch verstärkte Exportanstrengungen weitgehend ausgeglichen. Die Ausfuhr stieg um 13 Prozent (erste acht Monate) auf 338 229 Stück, womit die italienische Automobilindustrie in dieser Zeitspanne unter allen europäischen Konkurrenten am besten abschnitt. Gleichzeitig konnte die negative Wirkung des Absatzrückganges im Inland soweit abgeschwächt werden, daß die Produktion nur um 3,4 Prozent zurückging.

Von den 17,4 Millionen italienischen Haushalten besitzen fünf Millionen noch kein Auto, beinahe zehn Millionen fahren eines und 2,5 Millionen haben zwei oder noch mehr Autos. Zwischen 1979 und 1983 sank der Anteil der Haushalte ohne Auto von 33 auf 28,9 Prozent.

Das Automobilunternehmen Alfa Romeo will 1984 eine Automobilproduktion von 217 000 Stück erreichen, 14 000 mehr als im laufenden Jahr, um den Ausstoß 1985 dann weiter auf 239 000 zu erhöhen. Dieses Resultat soll mit einer um 8000 Mitglieder verminderten Belegschaft erreicht werden.

Während Alfa Romeo jetzt sein Personal verdünnen will, hat sich Italiens größter Hersteller, Fiat Auto (über eine Million Pkw), dazu bereit erklärt, bis Anfang Januar das erste Viertel der 4000 Belegschaftsmitglieder zurückzurufen, für die das Ende der vor zwei Jahren eingeführten bezahlten Nullarbeit mit den Gewerkschaften kürzlich vereinbart wurde. Der Rest soll bis Ende 1985 folgen. Auf Nullarbeit gesetzt bleiben 9000 Fabrikangehörige, für die im Konzern kein Platz mehr ist.

Lob und Tadel für Bewag-Vorstand

Wz. Berlin

In der Hauptversammlung der Berliner Kraft- und Licht (Bewag)-AG, Berlin, gab es Lob für die Dividendenpolitik und Tadel für die Umweltbelastung des Unternehmens. Für 1982/83 (30. Juni) wurde mit Mehrheit eine Dividende von wieder 5 DM auf das gewinnberechtigte Aktienkapital von 448 Mill. DM für die 50-DM-Aktie gebilligt. Außerdem genehmigten die Aktionäre einen Jubiläumsbonus von einer DM je Aktie. Anlaß ist das hundertjährige Bestehen der Bewag im nächsten Jahr.

Die Stromnachfrage, die in den Vorjahren zurückgegangen war, ist im neuen Geschäftsjahr bisher erstmals wieder um 5,7 Prozent gewachsen. Besorgt äußerte sich Vorstandssprecher Wilm Tegethoff über die zeitliche Verzögerung beim Bau des Heizkraftwerks Reuter West infolge eines Beschlusses des Oberverwaltungsgerichts Berlin. In den nächsten zehn Jahren will die Bewag für Modernisierungsmaßnahmen (Umweltschutz) rund 1 Mrd. DM aufwenden.

POLEN / Mehr Steinkohle ausgeführt

Export bringt Devisen

JOACHIM GÖRLICH, Bonn

Polen wird seine Kohleausfuhr in devisenträchtige westliche Länder, darunter in die Bundesrepublik Deutschland, ausweiten. Polen könne sich einen Wettkampf in preislicher Hinsicht – gemeint sind wohl Dumpingpreise – mit anderen Exporteuren oder mit heimischen Kohleproduzenten durchaus leisten, heißt es dazu aus polnischen Quellen.

In einem Bericht des KP-Organs „Trybuna Ludu" zum Thema „Kohle haben wir genügend" heißt es weiter, daß Polen „technologisch dokumentiert" über 62 Milliarden Tonnen Steinkohle-Vorrat verfüge und „in der Perspektive" gar über 120 Milliarden Tonnen. Davon fallen 54,7 Milliarden auf das oberschlesische und 52 Milliarden Tonnen auf das neu- oder noch kaum erschlossene Lubliner Kohlerevier.

Für die kommenden 40 bis 50 Jahre werde Oberschlesien der Kohleproduzent Nummer eins bleiben. Bis zum Jahr 2000 werden hier 29 Gruben schließen, weitere 15 neu entstehen. Bis zu 60 der oberschlesischen Gruben werden dann unter 1000 Meter Tiefe liegen, und die Förderung werde immer komplizierter.

Bergwerksminister General Czeslaw Piotrowski gab schließlich bekannt, daß die diesjährigen Steinkohleausfuhren um sechs Millionen Tonnen gestiegen seien und rund 35 Millionen Tonnen ausmachen. Man habe dieses Jahr insgesamt 190 Millionen Tonnen Steinkohle gefördert.

Aus der „Solidarität"-Gewerkschaft im Untergrund und im Westen kommt der Vorwurf, daß in Polens Gruben ohne Rücksicht auf Sicherheitsvorschriften – worauf die vielen Grubenunglücke hinweisen – Raubbau getrieben wird. Die Bergleute kennen kaum freie Wochenenden, und wenn sie auch für polnische Verhältnisse Spitzenlöhne erhalten, stehen diese in keinem Vergleich zu Löhnen westlicher Kollegen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

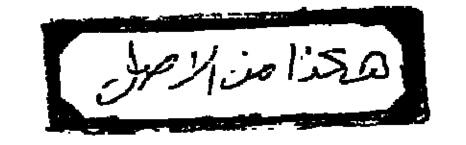
Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99



BP / Teuerste Ölbohrung der Welt vor Alaska

Reinfall im Mukluk-Feld

WILHELM FURLER, London

Die teuerste Ölbohrung der Welt fällt aller Voraussicht nach buchstäblich ins Wasser. Jedenfalls ist im Mukluk-Feld vor der Nordküste Alaskas im geologisch interessantesten Bereich, nämlich in der Tiefe zwischen 2500 und 2700 Metern, anstatt Öl nichts als Wasser gefunden worden. Allein die Bohrkosten für die Exploration dieses Ölfeldes im unwirtlichsten Bohrgebiet dieser Erde werden auf 360 Mill. DM beziffert.

Hauptleidtragender dieses gewaltigen Reinfalls ist der britische Ölkonzern BP. Die Londoner halten am Projektführer, der amerikanischen Öl- und Explorationsgesellschaft Sohio, einen Mehrheitsanteil von 53 Prozent. An dem Mukluk-Explorationsprojekt ist Sohio mit 31,4 Prozent beteiligt, gefolgt von Mobil (15,8 Prozent), Shell (14), Texaco (10,7) und BP selbst noch einmal mit sieben Prozent.

Allein für das Leasing des Off-shore-Feldes zu Explorationszwecken haben Sohio im letzten Jahr 391 Mill. Dollar und BP 190 Mill. Dollar an die US-Administration bezahlt, zum heutigen Kurs umgerechnet knapp 1,070 Mrd. DM bzw. 520 Mill. DM. Insgesamt brachte die Mukluk-Auktion damals 1,7 Milliarden Dollar an Leasing-Zahlungen.

In London erklärte BP-Chairman Peter Walkers, bisher sei die Bohrung „in jeder Beziehung enttäuschend". Nachdem sich die Hoffnungen des Bohrkonsortiums in erster Linie auf die jetzt durchbohrte Struktur zwischen 7000 und 8000 Fuß Tiefe konzentriert haben und so vehement enttäuscht wurden, macht man sich keine großen Illusionen mehr, daß die tieferliegende zweite geologische Struktur mit Ölerwartung in der Tiefe von zwischen 9000 und 9700 Fuß (3000 bis 3250 Meter) Öl führen könnte. Mit den entsprechenden Bohrungen wird in vierzehn Tagen begonnen.

Die Nachricht von dem Fehlschlag in der Beaufort See unweit des bedeutenden Ölfeldes Prudhoe Bay hat an der Londoner Börse wie eine Bombe eingeschlagen. Der Börsenwert von BP verringerte sich innerhalb eines Tages um mehr als 1,8 Mrd. DM. Die Explorationsarbeiten am Mukluk-Feld zählen zu den schwierigsten überhaupt. Während der Wintermonate muß in ständiger Dunkelheit gearbeitet werden – bei Temperaturen, die auf minus 40 Grad Celsius fallen. Für die Bohrplattform mußte eine künstliche Insel aus Kies aufgeworfen werden.

Bedenklich hätte nach Angaben der Londoner Times allerdings stimmen müssen, daß sich Atlantic Richfield, die Gesellschaft mit der größten Erfahrung bei der Ölsuche und -förderung in und um Alaska, nicht an der Ausschreibung für das Mukluk-Feld beteiligt hat. Für die BP-Verantwortlichen mag tröstlich sein, daß ihre seismischen Untersuchungen mit großer Präzision die Lage des Reservoirs voraussagten, nur eben, daß es nicht Öl, sondern Wasser enthält.

SEL / Geschäftsjahr 1983 brachte „spürbar höhere Erträge" – Bürokommunikation Stütze des künftigen Geschäfts

Impulse auch in der Unterhaltungselektronik

WERNER NEITZEL, Asperg

Die bisherigen Erfolge in der Digitaltechnik und in der Optoelektronik geben der Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), Stuttgart, die Zuversicht, „bei der weiteren Gestaltung der technischen Zukunft ein gewichtiges Wort mitzureden". SEL-Vorstandsvorsitzender Helmut Lohr sieht, wie er in Asperg vor Journalisten ausführte, dabei insbesondere die Gebiete der Bürokommunikation und der optischen Nachrichtentechnik als wichtige Stützen des zukünftigen Geschäfts der SEL an. Für 1984 prognostizierte Lohr eine weitere Umsatzsteigerung („real plus vier bis fünf Prozent in den nächsten Jahren") und eine nachhaltige Verbesserung des Ergebnisses.

Den Verlauf des zu Ende gehenden Geschäftsjahres 1983 bezeichnete der SEL-Chef als „sehr erfolgreich". Es habe als erstes sichtbares Jahr die Erfolge gebracht, auf die man hingearbeitet habe. In den ersten neun Monaten dieses Jahres lag der Gruppen-Umsatz mit 2,79 Mrd. DM um 3,4 Prozent über dem Vorjahr. Für das ganze Jahr 1983 rechnet Lohr mit einem Anstieg des Umsatzes der Firmengruppe auf 4,4 (1982: 4,2) Mrd. DM, wobei auch das Ergebnis gegenüber dem Vorjahr „sehr spürbar" höher liegen werde als 1982. Für 1982 war ein Jahresüberschuß von 28 (1981: 26) Mill. DM ausgewiesen worden. An die Mehrheitsaktionärin ITT wurden 5 (16) Prozent Dividende und an die freien Aktionäre, die 14 Prozent des Aktienkapitals von 384 Mill. DM halten, die Garantiedividende von 21 Prozent ausgeschüttet.

Zu den Gründen für die Ergebnisverbesserung merkte Lohr an, daß hier die Maßnahmen zur Straffung der Fertighauskapazitäten und zur nachhaltigen Kostensenkung in allen Bereichen des Unternehmens zum Tragen kämen. So ist man beispielsweise derzeit am Standort Nürnberg dabei, die zersplitterten Fertigungskapazitäten (5 verschiedene Produktionsstätten) zusammenzuführen.

Vor allem im Auslandsgeschäft stehen die Zeichen auf Wachstum. Die Exportquote der SEL-Gruppe nahm in den ersten drei Quartalen 1983 auf 28,9 (24,2) Prozent zu. Hingegen blieb das Inlandsgeschäft in Anbetracht der konjunkturellen Lage etwas unter dem Vorjahresniveau. Beim Auftragseingang verbuchte die Gruppe einen Anstieg um 5,4 Prozent, der Auftragsbestand war Ende September um 3,8 Prozent höher als im Jahr zuvor.

SEL werde, wie Lohr betonte, seine überdurchschnittlichen Anstrengungen in der Forschung und Entwicklung, die sich in einem Aufwand von mehr als 10 Prozent des Umsatzes manifestierten, auch in den kommenden Jahren fortsetzen. Seinen Stolz verhehlte der SEL-Chef nicht über den Zuschlag der Bundespost für das digitale Vermittlungssystem „System 12". Die ersten Aufträge für drei Fernvermittlungsstellen lägen bereits vor. Im Hinblick auf die Einsatzmöglichkeiten für militärische Zwecke und auf die Eröffnung zusätzlicher Exportchancen meinte Lohr: „Wir sind auf eine regelrechte Goldader gestoßen." Weitere Schubkräfte aus der neuen digitalen Technik verspricht sich SEL aus diversen Glasfaser-Übertragungsprojekten.

Einen deutlichen Umsatzschub gab es für SEL auch auf dem Sektor der Unterhaltungselektronik. Hier liege der Umsatzzuwachs bei über 10 Prozent. Die Unternehmensgruppe bewege sich in dieser Sparte weiterhin in schwarzen Zahlen. Zusätzliche Impulse erhofft sich SEL von der Einführung der ersten Farbfernsehgeräte mit digitaler Signalverarbeitung. „Wir sind in der Fernsehtechnologie absolut gleichwertig zu Japan und werden diese gute Position auf andere Gebiete ausdehnen", konstatierte Lohr unter Hinweis auf mögliche Produktneuheiten bei Videorecordern und Kameras. Man habe ein paar gute Ideen, meinte Lohr, ohne dies weiter zu präzisieren.

Als „einigermaßen durchwachsen" kennzeichnete der SEL-Chef den Bereich der Bauelemente. Bei einem um fast 14 Prozent höheren Auftragsbestand sei das Ergebnis „insgesamt gut". Die SEL-Gruppe beschäftigte Ende September 30 727 Mitarbeiter (minus 4,4 Prozent).

Mehr Mitglieder bei Interfunk

dpa/VWD, Nürnberg

Das Weihnachtsgeschäft läuft für die Unterhaltungselektronik sehr gut. Wie der geschäftsführende Vorstand der Interfunk Einkaufsgenossenschaft europäischer Unterhaltungselektronik- und Haustechnik-Fachbetriebe, Hermann Seringer, berichtete, ist bisher neben Videogeräten auch das Geschäft mit Klein- und Hauscomputern besonders gut gelaufen. Belebt habe sich erfreulicherweise auch der HiFi- und Fernsehgerätemarkt.

Insgesamt erwartet Interfunk für das laufende Jahr einen Absatz von 1,45 (1982: 1,2) Millionen Videorecordern in der Bundesrepublik. 63 (61) Prozent aller 1983 in Deutschland verkauften Recorder arbeiten laut Seringer nach dem japanischen VHS-Verfahren, 25 (22) Prozent nach dem europäischen System Video 2000 und 12 (17) Prozent im ebenfalls japanischen Beta-Format. Für das Gesamtjahr erwartet Seringer für die Interfunk-Mitglieder einen Umsatz von 2,45 (2,3) Mrd. DM. Die Zahl der Mitglieder hat sich zum Jahreswechsel auf 960 (März 1983: 930) mit mehr als 1200 Geschäften erhöht.

Hapag-Lloyd: Plus bei Firmenreisen

dpa/VWD, Hamburg

Leichte Teilnehmer-Rückgänge in der Touristik, Stabilisierung auf dem Beförderungssektor und eine über dem Branchendurchschnitt liegende Entwicklung im Firmenreisegeschäft – so umreißt Wolfgang Matz, Sprecher der Geschäftsleitung der Hapag-Lloyd Reisebüro GmbH, Bremen, das Verkaufsergebnis der größten bundesdeutschen Reisebürokette. Danach sei ein insgesamt zufriedenstellendes wirtschaftliches Ergebnis für das am 31. Oktober beendete Touristikjahr 1982/83 zu erwarten. Insgesamt verzeichnete Hapag-Lloyd Reisebüro mit 200 900 Teilnehmern bei den Urlaubsreisen ein Minus von 2,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

NAMEN

Horst G. Scholz wurde in die Geschäftsführung der C. F. Ploucquet GmbH & Co., Heidenheim, berufen. Er wird Mitte 1984 als Sprecher der Geschäftsführung die Nachfolge von **Walter Saur** antreten, der in den Ruhestand geht.

Hans-Rudolf Klein, Leiter der Niederlassung München der Dyckerhoff & Widmann AG, ist per 1. Januar 1984 zum Generalbevollmächtigten Direktor ernannt worden.

Marti G. G. Oostvogel (47), Vorstandsmitglied beim holländischen Einkaufsverband Nederland, Amsterdam, wurde zum Präsidenten der Internationalen Vereinigung von Einkaufsverbänden (IVE), Köln, gewählt.

Rolf Schwarz-Schütte (62), Mitinhaber der Sanol Schwarz-Monheim GmbH, ist als Nachfolger von **Friedrich W. Conzen** zum Präsidenten der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf gewählt worden. Conzen ist zum Ehrenpräsidenten der Kammer ernannt worden. **Joachim Kreplin**, seit Ende 1977 Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen tritt an die Stelle von **Dr. Klaus Boisserée** als Hauptgeschäftsführer der IHK Düsseldorf.

Dr. Heinrich J. Klein, Sprecher des Vorstands der Schott Glaswerke, wurde zum Vorsitzenden des Bundesverbandes Glasindustrie und Mineralfaserindustrie e. V., Düsseldorf, gewählt. Er ist Nachfolger von **Dr. Heinz Malangré**.

Dieter Schultze-Heesch, Generaldirektor der Magdeburger Versicherungsgruppe, ist kurz vor Vollendung des 54. Lebensjahres gestorben.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Alsfeld: Ursula Schmidt geb. Röhrig, Inh. d. Hermann Röhrig, Nachf. Ursula Schmidt, Abdichtungstechnik, Gerüstbau u. -verleih, Homberg/Ohm; **Augsburg:** Inlandsvermögen der Novatel Establishment, Vaduz, Liechtenstein; **Düsseldorf:** Helmut Dietrich, Hilden; Biernat Elektro-Technische-Anlagenbau GmbH, Ratingen 4; **Duisburg:** Nachl. d. Anna Maria Schweigert geb. Hartmann; Nachl. d. Johannes Karl Matthias Terhorst; **Frankfurt/M:** KASA Forschungs- u. Entwicklungs GmbH u. Co. KG f. Verfahrenstechnik; **Fürth/Bay.:** Nachl. d. Gertrud Katharina Luise Pusch, Bad Windsheim; Harry Thomalla; **Gütersloh:** Heinrich Jakob KG; **Hamburg:** KG i. Friedrich Ahlers (GmbH & Co.); Ahlers Haustechnik GmbH; **Heidelberg:** Jumbotrans-Transport GmbH; **Kaufbeuren:** Eichinger GmbH; **Koblenz:** Sparrings-Regal-System-Verkaufs GmbH u. Co. KG; **Köln:** SEWA Betonstahlarmierungen GmbH; **Moers:** Olaf Hansen – Werkstoffprüfung – Inh. Ernst Handen, Rheinberg; **Remscheid:** Nachl. d. Christel Theumer; **Stade:** Hans Menke Bauunternehmen GmbH & Co.; **Worms:** Gastro Consult GmbH.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Gelnhausen: Wibau-Aktiengesellschaft, Gründau-Rothenbergen; **Neustadt/Wstr.:** MFL Prüf- und Meßsysteme GmbH, Schifferstadt; **Rastatt:** B. L. R. Leuchten GmbH; **Ulm (Donau):** Handelspark Warenhaus GmbH, Ulm-Lehr.

Vergleich eröffnet: Augsburg: Sponsel's Delikateß-Sauerkraut-Fabrik und Gurkeneinlegerei, Merching.

Vergleich beantragt: Düsseldorf: Hermann Amthor OHG; **Köln:** Ernst Finzel GmbH & Co.; **Rastatt:** Jim Jon Flower Leasing GmbH Deutschland, Kuppenheim; **Schwelm:** Gustav Saure KG, Ennepetal.

SAS: Erträge im Aufwind

R. GATERMANN, Stockholm

Die skandinavische Luftverkehrsgesellschaft Scandinavian Airlines System (SAS) befindet sich ertragsmäßig auch im zweiten Jahr nach Einführung ihrer neuen Unternehmensphilosophie in starkem Aufwind. Für das Geschäftsjahr 1982/83 (1. Oktober) wurde vor Rückstellungen und Steuern ein Gewinn von umgerechnet 180,3 Mill. DM ausgewiesen; gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 34 Prozent. Dabei ist zu berücksichtigen, daß im Vorjahr außerordentliche Erträge in Höhe von 42,9 Millionen verbucht werden konnten, im Vergleich zu 300 000 DM 1982/83.

Der Gruppenumsatz stieg im Berichtsjahr um 24 Prozent auf 4,76 Mrd. DM, von denen 3,78 Mrd. (plus 26 Prozent) auf die Luftfahrt entfielen. Nach Angabe des Vorstandsvorsitzenden Jan Carlzon, hat sich die Konzentrierung der Absatzbestrebungen auf den Geschäftsreisenden ausgezahlt. Bei einem stagnierenden Markt sei das SAS-Aufkommen an Normaltarif zahlenden Passagieren in Europa nach 7 Prozent in 1981/82 erneut um 6 Prozent gestiegen, während ihr Anteil auf den interkontinentalen Linien von 23 auf 27 Prozent angewachsen sei. Carlzon betonte, daß die Nordatlantikrouten erstmals schwarze Zahlen geschrieben hätten. Insgesamt sei der interkontinentale Bereich jedoch weiterhin ertragsmäßig nicht zufriedenstellend.

Als gut bezeichnete Carlzon dagegen das Ergebnis des Europaverkehrs sowie auf den Inlandsrouten in den drei SAS-Partnerländern Dänemark, Norwegen und Schweden. Die Gesellschaft beförderte 1982/83 9,2 Mill. Passagiere (plus drei Prozent) und steigerte ihren Auslastungsgrad um zwei Prozentpunkte auf 65,5 Prozent.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

250 Entlassungen bei KHD

Ulm (dpa/VWD) – Das Ulmer Motorenwerk der Klöckner-Humboldt-Deutz AG (KHD) hat wegen „schwieriger Auftragslage" 250 von rund 1200 Arbeitnehmern gekündigt. Wie das Kölner KHD-Hauptwerk gestern erklärte, reiche die seit einem Jahr praktizierte Kurzarbeit zur Überbrückung der schlechten Lage nicht mehr aus. Etliche Auftragsrückgänge des Großabnehmers Magirus hätten sich „äußerst negativ" ausgewirkt. Ein Sozialplan sei erstellt.

Wehrhahn-Konkurs

Delmenhorst (VWD) – Konkurs ist über das Vermögen der Delmenhorster Gebrüder Wehrhahn Maschinenfabriken GmbH und Co KG eröffnet worden. Das bestätigte gestern ein Sprecher des Amtsgerichts Delmenhorst. 160 Beschäftigte sowie annähernd 40 Praktikanten und Auszubildende wurden freigestellt. Nach den Worten des Sequesters Runold Meier-Naust sind für das kommende Jahr zwei neue Firmen mit Interesse an den Werkstätten und am Ingenieurbüro von Wehrhahn im Gespräch. Die Ursachen für den Konkurs liegen nach seiner Überzeugung im Engagement des Unternehmens in wenig lukrativen Bereichen, in übermäßigen Verwaltungskosten sowie in einer grundsätzlich schwachen Position gegenüber größeren Geschäftspartnern.

BMA legt Zweigwerk still

Braunschweig (dos) – Die zur Deilmann-Gruppe gehörende Braunschweigische Maschinenbauanstalt AG (BMA) wird das Zweigwerk Schladen, in dem noch rund 160 Mitarbeiter beschäftigt sind, stillegen und die Produktion in das Braunschweiger Stammwerk verlegen. Begründet wird dieser Schritt mit dem drohenden Substanzverlust. Die BMA befaßt sich unter anderem mit der Herstellung von Maschinen und Anlagen für die Zuckerindustrie. Bereits 1982 mußte ein Rückgang der Gesamtleistung auf 91,7 (112) Mill. DM hingenommen werden.

Renault hilft Moskwitsch

Düsseldorf (Py.) – Renault wird den sowjetischen Automobilhersteller Moskwitsch in den nächsten Jahren bei Konzeption, Entwicklung und Bau eines neuen Personenwagens unterstützen. Ein Ende November geschlossenes Abkommen sieht vor, daß die Franzosen mit ihrem Know-how helfen, bis 1986 im Moskauer Werk Azik einen neuen Pkw mit Vorderradantrieb herauszubringen. Als größter französischer Hersteller von Werkzeugmaschinen soll die Renault-Gruppe zusätzlich bei Planung und Einrichtung von Produktionsanlagen für das neue Auto mitarbeiten. Dies sieht ein weiterer Beratungsvertrag über Leistungen von 300 Mill. FF. vor.

Beteiligung erhöht

Düsseldorf (Py.) – Nach Beendigung der Umtauschaktion von Aktien der Kölner Handels- und Privatbank AG (HP-Bank) in Aktien der Muttergesellschaft, Amsterdam-Rotterdam Bank N. V. (Amro), Amsterdam, hält die Amro-Bank jetzt 98,3 (93,2) Prozent des Grundkapitals von 24 Mill. DM der HP-Bank. Rund 75 Prozent der Aktionäre der ausstehenden freien Aktionäre hatte von dem Umtauschangebot Gebrauch gemacht.

BUNDESBAHN / Zentralamt Minden vergab Aufträge für eine Milliarde Mark

Reise- und Güterverkehr verbessern

KAREN SÖHLER, Bonn

„Das Bundesbahn-Zentralamt Minden hat sich als zuverlässiger Partner der Industrie erwiesen", erklärte der Präsident des Amtes (BZA), Joh. Peter Blank, auf der Jahrespressekonferenz in Minden. Seine Worte stützte Blank auf die Tatsache, daß 1983 Aufträge in Höhe von fast 1,2 Mrd. DM aus Minden in die Industrie geflossen sind – 25 Mill. DM mehr als im Vorjahr. Die größten Etatbrocken hätten die Positionen Reisezug- und Güterwagen mit 530 Mill. und Materialien für den Fahrweg, für Werkstoffe, Ersatzteile und Geräte mit 537 Mill. DM verschlungen. Weitere Ausgaben verursachten maschinentechnische Anlagen und Ladegeräte. Für 1984 rechnet das BZA – die Stelle, die innerhalb der Deutschen Bundesbahn für Materialeinkauf und technische Entwicklungen verantwortlich ist – damit, daß sich das Auftragsvolumen auf dem gleichen Niveau halten wird.

Ebenso sollen die Entwicklungsprojekte die schon eingefahrenen Schienen fortführen. Auf der einen Seite verfolgt die Bundesbahn weiter das Ziel, den Reiseverkehr attraktiver zu gestalten. Mit der Einführung des Rheingold-Clubwagens, des Kinderlandes und des Sonderzuges „Deutsche Weinstraße" seien erste Schritte unternommen worden. Auf der anderen Seite bemüht sich das Staatsunternehmen seit Jahren, die Leistungen im Güterverkehr so weit anzuheben, daß es als ernst zu nehmender Konkurrent gegenüber den Speditionen auftreten kann. Zwar werden bestimmte Waren nahezu ausschließlich per Bahn transportiert. Doch ist die Liste dieser Güter zu kurz, als daß dieser Umstand einen Kampf um den Markt überflüssig machte. Verbesserungen zum Fahrplanwechsel 83/84 sollen die Erweiterung der Radsatzlast von 20 auf 22,5 Tonnen bringen – auf den Hauptstrecken – und die Erhöhung der Geschwindigkeiten für Durchgangsgüterzüge von 80 auf 90 Kilometer pro Stunde. Letzteres wird als Pilotprojekt in sieben Verbindungen getestet.

Daneben existieren Bestrebungen, die Qualität der europäischen Strekken insgesamt anzuheben. In einem Europäischen Infrastruktur-Leitplan sind die wichtigsten Strecken des europäischen Eisenbahnnetzes zusammengefaßt – mit einer Gesamtlänge von etwa 6400 Kilometern. Probleme werden sich vor allem deshalb ergeben, weil 85 Prozent dieses Netzes aus Strecken besteht, die in der Konstruktion der Bahnanlagen, insbesondere des Erdbaues (Untergrund, Dämme), älter als 70 Jahre sind. Geändert hat sich in den letzten Jahrzehnten höchstens die Technik oberhalb der Erdoberfläche. Zu befürchten ist, daß die veraltete, einfache Bauweise der Strecken nicht den Anforderungen gewachsen ist, die sich durch eine erhöhte Achslast und eine schnellere Geschwindigkeit ergeben.

Aktien wieder uneinheitlich

Kurssteigerungen bei den Autowerten

DW. – Angesichts der Verunsicherung durch den weiter steigenden Dollar und der sich verschärfenden Spannungen im Nahen und Mittleren Osten hielt sich die Anlagetätigkeit am Aktienmarkt in engen Grenzen. Der Ordereingang reichte nur für eine Börsenstunde, später schlief der Handel nahezu ein. Gefragt waren erneut die Autoaktien, von denen Daimler um 10 DM anzogen. Stabil auch wieder die Papiere der Großchemie, die in der Vorwoche noch unter Tauschoperationen gelitten hatten, die zugunsten der Maschinenbauwerte vorgenommen worden waren.

Für die Bezugsrechte von Daimler und Mercedes bestand weiterhin rege Nachfrage, so daß anzunehmen ist, daß ein Teil der Festigkeit von Daimler und Mercedes von dieser Seite her entsteht. VW-Aktien wurden um 5 DM heraufgesetzt, begründet werden hier die Käufe mit der Ertragswende, die für 1984 erwartet wird. Der Handel in Versicherungsaktien ist ruhiger geworden, ohne daß sich dabei die Kurse nennenswert abschwächten.

Düsseldorf: Ravensburger Spinne erhöhten um 19 DM auf 202 DM und Stinnes um 21 DM auf 701 DM. Stolberger Zink stockten um 20 DM auf 1050 DM auf. Dt. Texaco verminderten um 3 DM, Mauser um 2 DM und Pegulan St. um 2 DM. Sternbräu gaben um 3 DM auf 151 DM nach. Bei den Versicherungen verloren Allianz Leben 20 DM und Allianz Vers. 4,50 DM.

Frankfurt: Die meisten Standardwerte konnten sich behaupten. Banken waren schwächer, Autowerte freundlich bis fest. Concordia-Chemie konnten sich um 5 DM auf 385 DM befestigen. Krauss-Maffei ermäßigten sich um 80 DM auf 1920 DM. Dagegen zogen MAB-Vorzüge um 13 DM auf 289 DM an.

Hamburg: HEW gaben nach anfangs 98 DM auf 97,50 DM (minus 1 DM) nach. NWK Vorz. waren bei 174,20 DM knapp behauptet. Phoenix Gummi verkehrten zu 152 DM (plus 1 DM). Um je 3 DM schwächten sich Reichelt auf 93 DM sowie Triton auf 133 DM ab. Markt und Kühlhallen gingen unverändert zu 315 DM aus dem Markt.

München: Agrob Vz. verminderten um 4 DM auf 310 DM und Dywidag um 1 DM auf 172 DM. Ekatit Riedinger erhöhten um 1 DM auf 67 DM und Flachglas verloren 3 DM auf 267 DM. Hutschenreuther verminderten um 0,90 DM auf 250,10 DM und Reichelbräu um 3 DM auf 357 DM. Süd Chemie gaben um 10 DM auf 330 DM nach.

Berlin: DeTeWe konnten sich um 5 DM, Orenstein um 4,50 DM, Herlitz Stämme und Vorzüge um je 3,50 DM und Bergmann sowie Schering um je 3 DM erholen. Engelhardt lagen um 2 DM und DUB-Schultheiss um 1 DM freundlicher. Dt. Hypobank Berlin und Kempinski wurden um je 8 DM niedriger taxiert. Rheinmetall büßten 5 DM ein.

Nachbörse: abwartend

WELT-Aktienindex vom 12. 12.: 148,2 (148,2); WELT-Umsatzindex vom 12. 12.: 1785 (1929)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

DM-Anleihen

Ausland

Optionshandel

Frankfurt: 12. 12.: 571 Optionen, 29 950 (33 600) Aktien, davon 72 Verkaufsoptionen = 4050 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 1-80/2, 4-80/7, 7-80/9,80, Siemens 1-328,05/41, 1-360/10, 1370/5, 4-370/23,30, 4-380/16,50, 4-400/9, 7-380/33, 7-400/19, 7-440/10,50, Veba 1-162,50/9, 4-170/8,50, 7-160/21,20, 7-170/15, 7-180/9,10, BASF 1-150/18, 1-158,30/9, 1-170/2, 4-160/16, 4-170/9,10, 4-180/4,90, 7-160/21,20. Bayer 1-150/18, 1-160/8, 1-170/3,10, 4-180/4,90, 4-160/17, 4-170/8,50, 4-190/2,50. Hoechst 1-170/14, 4-180/8,80, 4-190/4,40, 7-180/4,40, 7-180/4,40, 7-190/11, BMW 7-460/33, VW 1-180/21, 1-190/10, 1-200/6,40, 1-210/2,40, 4-90/30, 4-200/18, 4-230/8, 4-240/6, 7-200/28, 7-210/24, 7-220/18, 7-230/14, 7-260/4,05, Conti Gummi 4-110/18,60, 1-120/11,40, 4-137-120/15,60, 7-130/11, Commerzbank 1-170/3,90, 4-170/11,70, 4-180/7,40, 4-190/5, 7-170/17, 7-190/9,30, 7-200/6,50, 7-210, Deutsche Bank 1-310/10, 4-320/18, 7-350/12, Dresdner Bank 1-170/4,10, 4-170/14,40, 4-180/8, 7-190/8,55, 7-200/7,40, Hoesch 1-100/1,40, 4-95/8, 4-100/5,60, 7-100/9, 7-110/5,50, Mannesmann 1-130/4,40, 4-130/10,45, 4-140/6,50, 7-130/17,40, 7-150/7, Thyssen 4-80/5,10, 4-85/3,60, 7-80/9,60, 7-90/3,50, Bayr. Vereinsbank 4-320/18, Daimler 4-650/51,05, Babcock St. 4-180/15,60, VZ 4-180/19,40, GHH St. 4-140/17, Kaufhof 4-280/11, Kloeckner 7-40/4,85, Metallges. 4-200/16, 4-210/10, RWE St. 1-170/4, 7-180/12,15, VZ 4-180/4,05, VEW 4-130/2,50, 7-130/8, Chrysler 1-75/4,90, 1-70/8,50, IBM 4-340/18,60, Sperry Rand 1-120/5,60, Xerox 1-120/13, Philips 4-35/6,80, Royal Dutch 4-130/10,35, 7-130/2,25, Elf 4-60/3, 7-60/5, Norks Hydro 4-170/16,40, 7-17/23, 7-180/13,80. **Verkaufsoptionen:** AEG 1-80/3, 7-75/2,60, Siemens 4-370/5, 5-380/11,60, 7-370/7,50, Veba 1-170/2,50, 7-170/4, BASF 4-160/2, 4-170/5, 7-160/5,40, Bayer 4-170/4, Hoechst 4-170/2,70, 7-170/3,50, VW 4-200/5,60, 70/7,20, Conti Gummi 4-120/4, Lufthansa St. 7-140/7,60, Commerzbank 4-170/6,40, 7-170/7,50, Dt. Bank 4-320/11,40, Dresdner Bank 1-170/4,30, Hoesch 1-95/4,10, 7-90/4,10, 7-95/5,50, Mannesmann 4-130/4,90, 4-140/10, 7-130/6, BBC 7-210/5,60, Daimler 7-650/34, Kloeckner 7-40/6,05, Chrysler 1-75/2,10, 1-80/5,20, 4-75/4,60, 7-75/7, General Motors 4-200/10, IBM 4-330/12, 7-320/9,40, Litton 4-180/11,40. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 12. 12.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10 –10¼	6¼–6½	4¼–4⅜
3 Monate	10 –10¼	6¼–6½	4¼–4⅜
6 Monate	10¼–10½	6¼–6½	4⅜–4¾
12 Monate	10⅝–10⅞	6½–6¾	4½–4¾

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 12. Dezember folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1450,00	1767,90
10 US-Dollar (Indian) **)	1178,00	1378,16
5 US-Dollar (Liberty)	450,00	604,20
1 £ Sovereign alt	250,00	307,80
1 £ Sovereign Elizabeth II	244,00	300,96
20 belgische Franken	193,00	247,38
10 Rubel Tscherwonez	260,00	323,76
2 südafrikanische Rand	245,00	300,96
Krüger Rand, neu	1092,00	1284,78
Maple Leaf	1092,00	1284,78
Platin Noble Man	1128,00	1325,82
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	265,00	334,02
20 schweiz. Franken „Vreneli"	209,00	265,76
20 franz. Franken „Napoléon"	205,00	259,92
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1007,00	1211,82
20 österr. Kronen (Neuprägung)	201,00	251,94
10 österr. Kronen (Neuprägung)	106,00	137,94
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	466,00	571,14
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	109,00	147,06

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen

Trotz zufriedenstellender Entwicklung der Geldmengenaggregate schwächte sich der US-Dollar am 12. 12. nicht ab, da mit einer stärkeren Inanspruchnahme der amerikanischen Kreditmärkte durch die öffentliche Hand bis zum Jahresende gerechnet wird. Der Dollar wurde zeitweise knapp unter 2,75 gehandelt, stieg aber am Nachmittag bis 2,7540. Die gleiche Basis wurde am Morgen nach Bekanntgabe des Bombenattentats auf die amerikanische Botschaft in Kuwait erreicht, doch kam es mit Hilfe der Bundesbank schnell zu einer Beruhigung des Marktes. Die amtliche Notierung wurde mit 2,7512 bei einem Verkauf von 35 Mill. Dollar seitens der Bundesbank festgestellt. Der Schweizer Franken konnte mit einem Gewinn von 21 Punkten einen Teil seines Vortagsverlustes wieder aufholen. Die Kursentwicklung der übrigen Währungen verlief uneinheitlich. US-Dollar in: Amsterdam 3,0850; Brüssel 55,8325; Paris 8,3670; Mailand 1666,25; Wien 19,3850; Zürich 2,2100; Pfund/Dollar 1,4350.

Ostmarkkurse am 12. 12. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Kursbasis vom Freitag wurde am 12. Dezember nahezu unverändert übernommen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,97/0,87	2,68/2,58	[illegible]
Pfund/Dollar	0,12/0,14	0,29/0,32	[illegible]
Pfund/DM	1,70/0,30	3,80/2,30	[illegible]
FF/DM	25/ 9	80/ 44	[illegible]

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 12. 12.: Tagesgeld 5,5–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,6–6,5 Prozent; Dreimonatsgeld 6,35–6,45 Prozent.

Privatdiskontsätze am 12. 12.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 12. 12.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/13 (Typ A) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,71) – 8,00 (7,11) – 8,50 (7,42) – 8,50 (7,60) – 10,00 (7,93). Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,74) – 8,00 (7,16) – 8,50 (7,60) – 10,00 (8,08) – 10,00 (8,35). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,04, 2 Jahre 7,33. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 99,80, Rendite 8,05.



Renten weiter nachgebend

Am Rentenmarkt geht die Zinssorge um. Da in den USA ein weiterer Renditeanstieg befürchtet wird und außerdem der feste Dollar das Geschäft in Mitleidenschaft zieht, kamen nennenswerte Anlagekäufe nicht zustande. Entlastungsverkäufe der Banken im Hinblick auf den Jahresultimo ließen die Kurse öffentlicher Anleihen bis zu 0,20 Prozentpunkte nachgeben. Die neue, aber kaum plazierte achteinviertelprozentige Bundesanleihe wurde zu ihrem Emissionspreis von 99,25 Prozent in den Handel eingeführt. DM-Auslandsanleihen bröckelten weiter ab, das Pfandbriefgeschäft blieb ruhig, Großanleger haben für dieses Jahr ihre Bücher bereits weitgehend geschlossen.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

	12. 12.	9. 12.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	81G	81G
6½ dgl. Pf 5	86G	86G
7 dgl. Pf 2	88,5G	88,5G
F 7½ Bakola Pf 104	99,55G	99,55G
9 dgl. Pf 106	101,6G	101,6G
10 dgl. Pf 108	106,4G	106,4G
7 dgl. KS 132	94,5G	94,5G
8 dgl. KS 155	97,4G	97,4G
9 dgl. KS 169	101,65G	101,65G

Bundesbahn

		12. 12.	9. 12.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,35	100,35G
7½ Bdbahn 72	2/84	100,05G	100,1
8 dgl. 72	9/84	100,9	100,9
8½ dgl. 76	9/84	101,16	101,1
6 dgl. 78 III	11/84	99,35	99,4

Sonderinstitute

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

Zu deutlichen Verlusten kam es am Donnerstag bei den Gold- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Silber sackte in allen Sichten um das Limit ab. Während Kaffee schwächer notierte, konnte sich Kakao gut behaupten.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	8. 12.	7. 12.
Dez.	342,00	339,00
März	355,50	353,50
Mai	352,50	351,50

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	8. 12.	7. 12.
St. Lawrence 1 CW	241,55	230,80
Amber Durum	259,35	259,35

Kakao New York ($/t)	8. 12.	7. 12.
Dez.	2348	2345
März	2353	2360
Terminkontr. Mai	2355	2360
Umsatz	4717	4890

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	8,50	8,60
März	9,11	9,21
Mai	9,40	9,50
Juli	9,72	9,81
Sept.	9,95	10,02

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Internationale Edelmetalle

Messingnotierungen

Für uns alle unfaßbar, starb am 10. 12. 1983, zwei Tage vor Vollendung seines 54. Lebensjahres, unser Vorstandsvorsitzender, Herr

Generaldirektor

Dieter Schultze-Heesch

1969 wurde der Verstorbene in unseren Vorstand berufen. Seit 1978 leitete er als Vorstandsvorsitzender die Geschicke der gesamten Magdeburger Versicherungsgruppe.

Mit unternehmerischem Weitblick hat er in schwieriger Zeit die notwendigen Veränderungen in unserer Gruppe eingeleitet und die Magdeburger Gesellschaften zum Erfolg geführt.

Hohe Intelligenz und Integrationskraft haben ihn bei Kollegen und Mitarbeitern zu einem geachteten Vorgesetzten und Freund werden lassen.

Dieter Schultze-Heesch wird uns sehr fehlen. Wir gedenken seiner in großer Dankbarkeit.

MAGDEBURGER VERSICHERUNGSGRUPPE
Magdeburger Feuerversicherungs-AG
Magdeburger Allgemeine Lebens- und Rentenversicherungs-AG
Magdeburger Hagelversicherungs-AG
Magdeburger Union Rechtsschutz Versicherungs-AG
Magdeburger Hellas, Athen

Aufsichtsräte · Vorstände · Mitarbeiter

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, 15. 12. 1983, um 13.30 Uhr in Hannover auf dem Seelhorster Friedhof, Garkenburgstraße, statt, die Beisetzung im engsten Familienkreis in Hamburg.

Anstelle von Kränzen wird eine Spende an den Mildred-Scheel-Kreis, Deutsche Krebshilfe e. V., Thomas-Mann-Str. 40, 5300 Bonn 1, Kto.-Nr. 90 90 90, BLZ 370 800 40, Dresdner Bank AG, Bonn, erbeten.

Kurz vor Vollendung seines 54. Lebensjahres wurde am 10. 12. 1983

Generaldirektor

Dieter Schultze-Heesch

Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes des Verbandes der Sachversicherer e. V. in Köln

aus seinem beruflichen Leben und Wirken abberufen.

In tiefer Trauer beklagen wir den Verlust dieses Mannes, der über viele Jahre mit unserem Verband eng verbunden war und sich mit großer Verantwortung und Beharrlichkeit für die Interessen der deutschen Versicherungswirtschaft, insbesondere für die der Sachversicherung, nachhaltig eingesetzt hat.

Mit kluger Besonnenheit und der ihm eigenen Willenskraft hat er seine Tätigkeit in unserem Verband als stete Herausforderung empfunden und verstanden. Seine fundierten Kenntnisse, sein Gespür für das wirtschaftlich Wesentliche, sein ausgewogenes Urteil sowie seine hohe fachliche Qualifikation, verbunden mit kollegialer Fairneß, zeichneten ihn in ganz besonderer Weise aus.

Tief erschüttert nehmen wir Abschied von einem Manne, dessen lauterer Charakter und vornehme Gesinnung beispielhaft waren. Wir werden uns seiner stets in Dankbarkeit erinnern.

Vorstand, Geschäftsführung und Mitarbeiter
des
Verbandes der Sachversicherer e. V., Köln

Wir trauern um Herrn

Generaldirektor

Dieter Schultze-Heesch

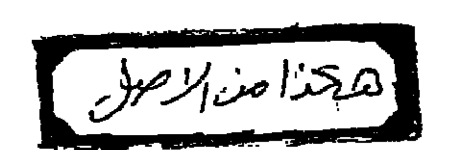
der unerwartet am 10. 12. 1983 im 54. Lebensjahr verstorben ist.

Herr Schultze-Heesch hatte maßgeblichen Anteil an der Gründung und erfolgreichen Entwicklung der mh Bausparkasse AG.

Als Mitglied des Aufsichtsrates prägte er mit seiner reichen Erfahrung, seinem unermüdlichen Schaffen und seinem sicheren Urteil unser junges Unternehmen.

Es fällt uns schwer, von dieser großen Persönlichkeit Abschied nehmen zu müssen.

Aufsichtsrat, Vorstand und Mitarbeiter
der
mh Bausparkasse AG





Lächeln für Halbglatzen

egw. – Eine Besonderheit des Österreichischen, die in keinem der geläufigen Sprachführer behandelt wird, hat, mehr oder weniger par malheur, der Übersetzer des Berliner Slangs im „Kalldewey" von Botho Strauß ins Wienerische zutage gebracht. Die Lesbierin M. sagt zu ihrer Gespielin: „... diese atomgeilen Halbglatzen, für de'st dein schönstes Strahlerlächeln aufziagst." Im ganzen scheint Dieter Berner den Ton des Originals gut getroffen zu haben, auch ist kein Mangel an Abdominalausdrücken zu beklagen. Aber dieses „de'st" hat's doch in sich.

Der Bedeutung nach entspricht es wohl den Worten „die du", und damit ist das „de" erklärt. Aber „st" statt „du"? Die Form existiert tatsächlich im alpenländischen Dialekt, die Ableitung bleibt im Dunkel. Laienhaft – mögen sich die Austro-Germanisten die Köpfe zerbrechen – läßt sich eine Beziehung zur zweiten Person, wie sie in „hast" oder „bist" enthalten ist, herstellen, worin das „st" vorhanden ist. Und es handelt sich ja um eine gebräuchliche Sprechform.

Allerdings, und das ist nun dem „Übersetzer" nicht aufgefallen, kommt sie nicht im Wienerischen vor. Daß er sie angewendet hat, spricht für sein Sprachverständnis, daß er sie falsch lokalisiert hat, mag daran liegen, daß er zwar Wiener ist, aber lange im Waldviertel gelebt und sich die letzte Zeit mit der „Alpensaga" im TV befaßt hat, deren Regie er führte. Dieses „de'st" ist ihm einfach in die Feder geflossen und keinem Gegenleser fremd vorgekommen.

Wenn also das Stück, schauspielerisch glänzend besetzt und durch die Leistung der neuengagierten Maria Bill gekrönt, im ganzen als nicht eben burglike empfunden wurde, so ist dabei doch etwas ans Tageslicht gekommen, „wohl wert", wie Grillparzer sagt, „sich sein zu unterwinden".

Berlin: „F. Nicolai"

Von Goethe zu Unrecht geschmäht

Daß die Ehrungen zum 250. Geburtstag des Buchhändlers, Verlegers und Schriftstellers Friedrich Nicolai, der mit Lessing und Mendelssohn zum Dreigestirn der deutschen Aufklärung zählt, im „Nicolai-Jahr" 1983 nicht vornehmlich an seiner Geburts- und Wirkungsstätte Berlin, sondern in der Bundesrepublik stattfanden, mag viele Literaturfreunde überrascht haben. In den Ausstellungen in Wolfenbüttel und in Hamburg wurde freilich jeweils nur ein kleiner Ausschnitt aus dem Gesamtwerk von Nicolai – seine verlegerische Tätigkeit – gezeigt. Die Berliner Staatsbibliothek kommt dagegen jetzt zum Jahresausklang mit einer einmaligen, umfassenden Ausstellung, die in Zusammenarbeit mit der Stiftung Preußischer Kulturbesitz erstellt wurde.

Die über 300 Exponate vermitteln dem Besucher mit Handschriften, Gemälden, alten Stichen und Karten sowie Erstausgaben der von Nicolai edierten Schriften einen wahrhaft enzyklopädischen Überblick über den enzyklopädischen Geist Nicolais.

Nicolais Bedeutung für die Schaffung einer eigenständigen, von fremden Vorbildern unabhängigen deutschen Nationalliteratur, insbesondere durch die Herausgabe der bedeutendsten Literaturzeitung der Aufklärung, „Allgemeine deutsche Bibliothek", wird gut herausgearbeitet. Auch der Schriftsteller Friedrich Nicolai sieht sich ausführlich gewürdigt. Seine Beschreibungen der „königlichen Residenzstädte Berlin und Potsdam", die auch heute noch eine einzigartige Quelle für die Geschichte, Topographie und Bevölkerungsstruktur Berlins im 18. Jahrhundert sind, werden durch wertvolle zeitgenössische Stiche der beiden Städte ergänzt.

Da die Philosophie der Aufklärung sich wie ein roter Faden durch das Lebenswerk Nicolais zieht, steht diese Geistesbewegung auch im Mittelpunkt der Berliner Ausstellung. Das ist um so erfreulicher, als Nicolai zu Lebzeiten von den Weimarer Klassikern von Goethe, Schiller oder auch von Fichte, oft und meistens zu Unrecht geschmäht und verspottet wurde, was die Erinnerung an ihn nachhaltig verdunkelt hat. Der gesunde Menschenverstand Nicolais, seine menschliche Anständigkeit und seine praxisbezogenen aufklärerischen „Handreichungen" – alles das wird jetzt hier in Berlin ordentlich und objektiv dokumentiert. (Ausstellung vom 7.–31. 12. in der Berliner Staatsbibliothek. Ausstellungskatalog 15 Mark.)

AXEL SCHÜTZSACK

Kein Vergleich mit Nicaragua: Polnisch-deutsches Autorentreffen in Berlin

Suche nach verlorener Ehre

Es war zwar kein „Wunder an der Weichsel", immerhin aber ein kleines „Wunder an der Spree". So jedenfalls sah es in ihrem Schlußwort die Berliner Vorsitzende der Neuen Literarischen Gesellschaft, Anna Jonas, angesichts des Zustandekommens und erfreulichen Verlaufs einer von ihr moderierten dreitägigen Konferenz über „Die Chancen der polnischen Kultur" in den Räumen des Literarischen Kolloquiums in Berlin (vergl. DIE WELT vom 12. Dezember). Über vierzig polnische und deutsche Schriftsteller waren zusammengekommen, und das glich in der Tat einem kleinen Wunder, wenn man bedenkt, daß noch vor wenigen Monaten der inzwischen zurückgetretene Vorstand des Verbandes deutscher Schriftsteller in der IG Druck und Papier unter Federführung Bernt Engelmanns durch zweideutige Äußerungen das Verhältnis zwischen Polen und Deutschen schwer belastet hatte.

Die Aktion kam gerade noch rechtzeitig. Im Verlaufe der Berliner Diskussion wurde nur allzu deutlich, wie viel Bitternis das bisher so dominierende Auftreten deutscher Status-quo-Ideologen, die sich links oder liberal nennen, in den Köpfen und Herzen der polnischen Exilschriftsteller – ganz gleich welcher Generation – bereits angehäuft hat. Hans-Christoph Buch betonte denn auch, daß es ihm „besonderes Vergnügen" bereite, im Namen des *Berliner* VS diesem Eindruck, der nach wie vor ein herrschender sei, entgegentreten zu können.

Zunächst ging es in Berlin aber um Information, um Information über die Lage der polnischen Kultur im Allgemeinen und der Untergrundliteratur im besonderen, über ihre geschichtlichen Grundlagen und aktuellen Chancen. Es gab von polnischer Seite persönliche Erfahrungsberichte und spontane Diskussionsbeiträge, vor allem jedoch eine Reihe hervorragender umfangreicher Vorträge von namhaften Experten. So trug Gustaw Herling-Grudzinski, Chefredakteur der wohl wichtigsten polnischen Exilzeitschrift „Kultura", in seinem Eröffnungsreferat Thesen vor, die nicht nur den bereits seit langem oder in jüngster Zeit realisierten Chancen der polnischen Kultur und Literatur galten, sondern darüber hinaus nach den weltpolitischen Grund- und Rahmenbedingungen für diese Chancen fragten.

Die „Solidarnosc"-Bewegung charakterisierte Herling-Grudzinski als „eine gigantische und unblutige Bürgerrevolution", deren Fehler man nicht „in sadomasochistischer Besserwisserei" übertreiben solle. Solidarnosc habe nicht so sehr eine Niederlage erlitten als vielmehr einen „Mißerfolg", dem ein irreversibler Erfolg gegenüberstehe: die unübersehbare Erkenntnis, „daß die politischen Reserven dieses Systems ganz einfach erschöpft sind". Es lag in der plausiblen Logik seiner These, wenn Herling-Grudzinski perspektivisch schloß: „Der allmähliche und sicherlich lang andauernde Verfall des Sowjetismus wird den Polen eines Tages die Chance geben, ihre Unabhängigkeit zu erkämpfen, wenn sie darauf nur vorbereitet und reif genug sein werden, die richtige Stunde zu nutzen."

Selbstverständlich setze dies die „Zusammenarbeit mit oppositionellen Gruppen in den Ländern im Westen" voraus. Was es über den moralischen Protest und die aktuelle Solidarität hinaus für Gründe zu solch einer Zusammenarbeit geben kann, darüber sprach in einem detailreichen Vortrag Professor Rhode vom Osteuropa-Institut der Universität Mainz. Er bilanzierte nüchterne Fakten und gab zugleich ein leidenschaftliches Plädoyer, sich der Rekonstruktion dessen zu widmen, was Polen und Deutsche kulturgeschichtlich seit Jahrhunderten eng miteinander verbunden hat. Rhode breitete eine Fülle historischer Gemeinsamkeiten aus, die bis heute wirksam und erkennbar seien, zeigte vergleichbare kulturelle Strukturen, gegen die Trennendes vergleichsweise gering sei, wie er sagte, und begründete faktenreich die sich daraus ergebende Unvergleichbarkeit mit dem russisch-sowjetischen Imperium und seiner Teile-und-herrsche-Politik gegenüber Polen und Deutschland.

Diese Politik, so war in Berlin immer wieder zu hören, werde spätestens seit dem Beginn der „Solidarnosc"-Bewegung immer unwirksamer. Deutsche und Polen hätten ein von den Ereignissen geprägtes Verständnis füreinander gefunden, das Auschwitz selbstverständlich nicht vergessen mache, jedoch Angst und Ressentiments vor- und gegeneinander auf ein historisches Minimum reduziere, so daß etwa in Polen der „kriegslüsterne deutsche Revanchismus" nur noch ein Popanz sei, den die herrschenden Militärs vergeblich wieder aufzustellen versuchten.

Diese Einschätzung zeigte sich vor allem in den Beiträgen der polnischen Diskussionsteilnehmer, was aber massive Kritik an der deutschen „Friedensbewegung" und deren Protagonisten nicht ausschloß. Im Gegenteil: Heftig wies man zum Beispiel die kritische Anfrage des Redakteurs der in Berlin herausgegebenen Zeitschrift „L 80", Johano Strasser, zurück, ob es den polnischen Exilschriftstellern und Emigranten nicht zuzumuten sei, auch und besonders mit Nicaragua Solidarität zu üben. Nichts gegen Solidarität mit verfolgten südamerikanischen Menschen und Gewerkschaften zum Beispiel in Chile, wurde ihm beschieden, doch alles gegen einen Vergleich mit Nicaragua, denn wenn es hier überhaupt etwas zu vergleichen gäbe, so ein Teilnehmer, dann die Tatsache, daß dort im Ansatz ein gleiches System herrsche wie in Polen – und dagegen kämpfe man ja seit Jahrzehnten.

Trotz solcher Dissonanzen: Was diese erste Berliner Begegnung deutscher und polnischer Schriftsteller charakterisierte, war ein überraschend starker Konsens in den politischen Positionen und Erkenntnissen. Dieser Umstand mag dafür verantwortlich sein, daß man nicht im gemeinsamen Er- und Bekennen stekken blieb, sondern zum Abschluß eine Reihe von praktischen Schritten beschloß, „flankierende Hilfsmaßnahmen" erarbeitete – zum Beispiel eine Übersetzergruppe, Vermittlung von Stipendien, Verlagskontakten usw. – zu denen auch eine Folgekonferenz im Dezember 1984 gehören soll.

Der brisanteste Vorschlag von Seiten der deutschen Teilnehmer war wohl eine Aufforderng an den Bundesvorstand des VS, zum außerordentlichen Kongreß im nächsten Jahr in Saarbrücken drei polnische Kollegen einzuladen und öffentlich reden zu lassen, um das schändliche Verhalten des Verbandes – wie Günter Grass es am ersten Abend der Tagung sinngemäß formulierte – endgültig vom Tisch zu bekommen. Sollte all dies jedoch nicht gelingen – so Grass, Buch, Jonas u. a. – wäre ein Verlassen des VS unumgänglich.

Man ist versucht zu resümieren: Das gemeinsame Nachdenken über die Chancen der polnischen Kultur nach dem 13. Dezember 1981 ist gleichzeitig zu einer Chance geworden, die verlorene Ehre des VS wiederzugewinnen.

ULRICH SCHACHT



Visionen eines skurrilen Genies: „Bucht mit Muscheln" (1932) von John Piper, aus der Londoner Ausstellung FOTO: KATALOG

London: Geburtstags-Ausstellung für John Piper

Schloßgeist mit Charme

Englands speziellen insularen Charme hat er wie kein zweiter seiner Generation dokumentiert: John Piper, der heute 80 Jahre alt wird, scheute sich nicht, im Fahrwasser einschlägiger Vorgänger wie Samuel Palmer, Turner oder Constable die romantische Ader in der englischen Kunst weiterhin kräftig anzuzapfen. Damit hat er sich zwar keinen internationalen Ruhm, doch einen festen Platz im Herzen seiner Landsleute und auch amerikanischer Bewunderer gesichert.

Zu seinem Geburtstag arrangierte jetzt die Londoner Tate-Gallery seine bisher größte und umfassendste Retrospektive. Gleich zu Beginn zeigt es sich, daß der so unzeitgemäße Zeitgenosse in den dreißiger Jahren den abstrakten Stil des Tages durchaus beherrschte. Doch der Juristen-Sohn betrachtete seine heiteren, wohlausbalancierten Konstruktionen und Kollagen eher als Übungen denn Endziel. „Ich liebte die Natur zu sehr", konstatiert er und begann denn auch bald, Papierschnitzel zu realistischen Landschaftsansichten zusammenzufügen.

Den entscheidenden Schritt zum Meister romantischer Topographie tat er im Zweiten Weltkrieg. Zum offiziellen Kriegskünstler bestellt – wie auch Moore oder Sutherland –, dokumentierte er von Amts wegen ausgebrannte Kathedralen, zerstörte Straßenzüge, in denen das Drama, die spektakuläre Beleuchtung bereits vom Thema her gegeben waren. Jedoch auch in einer Serie großformatiger Aquarelle des heilen Schlosses Windsor beschwor er mit expressivem, grau bewölktem Himmel solch dramatische Stimmung, daß König Georg VI. bedauerte: „Wie schade, Mister Piper, daß sie so schlechtes Wetter hatten."

In den folgenden Jahrzehnten hat der Maler, der seit vielen Jahren in einem alten Bauernhaus bei Henley an der Themse lebt, Englands Spezialitäten in Bildern und Graphiken dokumentiert: Kathedralen und schief gebaute Dorfkirchen, Schlösser – hierzulande mit britischem Understatement „Country-Houses" genannt –, die ungebärdigen Berge von Wales und die sanften Küstenausschnitte im Süden. Mit spachtelig aufgetragenen Farben und tief eingeritzten Linien, mit Verwischungen und Kratzern verleiht er seinen Bildoberflächen die gleiche Abgenutztheit, welche die Orte selbst mit ihrem honiggelben Sandstein oder terrakottafarbenen Ziegeln, mit den zuweilen giftig grün wuchernden Pflanzen, die die Steine umranken, besitzen. Stets jagen Wolken am Himmel, Fassaden werden wie mit Scheinwerfern ausgeleuchtet, und oft hält ein voller Mond Zwiesprache mit dem freundlichen – so scheint es – Schloßgeist.

Diesen Hang für Effekte, für romantische Stimmungen kann Piper am ungehemmtesten in seinen Bühnenbildern ausleben. In London hat man denn auch einen ganzen Saal installiert mit den Modellen für seine zahlreichen Opern-Kooperationen mit dem britischen Komponisten Benjamin Britten.

Ab und zu verließ Piper seine britische Domäne, um Venedigs Paläste oder die toskanische Barockvilla eines englischen Literaten zu porträtieren. Gerade hier entwickelt er selbst barockes Temperament mit genüßlichen und hurtigen Kringeln und Schnörkeln. Hier trifft er sich im übrigen auffallend mit dem Franzosen Raoul Dufy, der – schöner Zufall – schräg gegenüber mit seiner eigenen Retrospektive zu begutachten ist. Und wie Dufy drückt Piper seine ornamentale Begabung in vielen Medien aus: Einige der schönsten Glaskirchenfenster der Moderne stammen von ihm. Er entwarf Tapisserien, Buchillustrationen, Stoffe und witzige Keramiken.

In den letzten Jahren geriet ihm die Palette zuweilen allzu plakativ. Doch dann versöhnt und entzückt er wieder mit einem Blatt, auf dem er in Wasserfarbe ein elisabethanisches Grabmal notierte. So beschwingt, mit solch fröhlicher, an Picasso erinnernder Verve tat er das, daß heute aller Grund besteht, nicht nur die Vergangenheit, sondern auch die lebendige künstlerische Gegenwart dieses liebenswürdigen Briten zu feiern. (Die Ausstellung ist bis zum 22. 1. 84 geöffnet. Katalog 4,95 Pfund)

HEIDI BÜRKLIN

JOURNAL

Kirche in der Wies jetzt Kulturgut

dpa, Florenz

Die spätbarocke Wallfahrtskirche in der Wies in Oberbayern ist von der Unesco in die Liste der Kulturgüter aufgenommen worden, die von „der Welt verteidigt und erhalten" werden müssen. In einer bei Florenz beendeten Sitzung der Unesco-Kommission wurde die bestehende Liste der weltweit 136 schützwürdigen Kulturgüter um 29 Bauten, Naturparks und Stadtteile erweitert. Neben der bayerischen Kirche wurden auch die Altstadt von Bern und das Kloster von St. Gallen in der Schweiz sowie der klassizistische Platz Stanislav in Nancy, die Kirche Saint Savin und der Hafen sowie das Schutzgebiet von Scandola auf Korsika in die Liste aufgenommen.

Große Retrospektive von Friedemann Hahn

DW. Wolfsburg

Zehn Jahre, nachdem Werke von Friedemann Hahn erstmals öffentlich ausgestellt wurden, und zwar in der Städtischen Galerie Wolfsburg, wo 1976 auch die erste Einzelausstellung veranstaltet wurde, bringt der Kunstverein Wolfsburg eine Retrospektive, die Hahn als glänzenden Porträtisten zeigt, der Kinohelden wie die Monroe und Malergrößen wie van Gogh lustvoll ins Reich der wilden Farben transportiert. (Bis 22. 1. 84, Kassel: 29. 2. bis 21. 3., Würzburg: 7. 6. bis 8. 7.; Katalog 34 DM)

Das Intendantenkarussel dreht sich wieder

DW. Bonn

Arno Wüstenhöfer, Generalintendant am Bremer Theater, will seinen 1985 auslaufenden Vertrag aus Altersgründen nicht verlängern. Die Stadt Frankfurt läßt den Vertrag mit Peter Hahn, Leiter des TAT, im Sommer 1985 auslaufen. Zum neuen Chef der Städtischen Bühnen Dortmund ab August 1985 ist der derzeitige Generalintendant der Kieler Bühnen, Horst Fechner, einstimmig vom Rat der Stadt Dortmund ernannt worden. Ebenfalls mit Beginn der Spielzeit 1985/86 übernimmt Achim Thorwald, Leiter der Württembergischen Landesbühne in Esslingen, die Intendanz des Stadttheaters in Würzburg. Hans J. Ammann, seit 1980 Intendant am Stadttheater Konstanz, konnte seinen Vertrag bis 1990 verlängern.

Preise für Komponisten und Fotografen

dpa, Stuttgart

Der mit insgesamt 20 000 Mark dotierte Förderpreis Stuttgarts für junge Komponisten ernster Musik geht in diesem Jahr an vier Musiker: Wolfgang Motz aus Gundelfingen, der Freiburger Ole Lützow-Holm, die bei Heidelberg lebende Violeta Dinescu und Norbert Fröhlich aus Bonn erhalten die Auszeichnungen. Der Otto-Steinert-Fotopreis 1984, der mit einem Stipendium in Höhe von 6000 Mark dotiert ist, wurde im Essener Folkwang-Museum dem 28jährigen Kasseler Kunststudenten Thomas Berndt überreicht.

„Orden der Arbeit" für Krzystof Penderecki

J.G.G. Warschau

Der polnische Komponist Krzystof Penderecki ist in Warschau von Parteichef General Jaruzelski mit dem „Orden der Arbeit", einem der höchsten polnischen Orden, ausgezeichnet worden. Der Komponist, der die Musik-Akademie in Warschau leitet, hat öffentlich seine Unterstützung für die Regierung Jaruzelski zum Ausdruck gebracht und sich damit in den Gegensatz zu den meisten anderen bedeutenden polnischen Künstlern und Intellektuellen gestellt.

Seit der Scholl-Rolle fast eine Institution: die Schauspielerin Lena Stolze

Eine weiße Rose, die nicht welkt

Ja, käm's erst so weit, daß David die Lene freit!", sang Gerhard Stolze – unvergessen – in Wagners „Meistersingern"; und diese Partie des David wuchs dem Tenor schließlich so sehr ans Herz, daß er seine Tochter Lena nannte.

Auch Lena Stolze ging zum Theater, zum Schauspiel und zum Film. Und hier wurde die junge Mimin vor zwei Jahren schlagartig bekannt: durch ihre Darstellung der Sophie Scholl in Michael Verhoevens Kinofilm „Die weiße Rose". Ja, mit der heute 27jährigen Lena Stolze scheint sich der Name der im Alter von 22 Jahren hingerichteten Widerstandskämpferin Sophie Scholl geradezu unzertrennlich zu verbinden. Dabei verlief der kurze Weg zu diesem frühen, und weit über die Grenzen der Bundesrepublik hinausweisenden Erfolg souverän und geradlinig:

1961 siedelt Lena Stolze mit ihrer Familie aus der „DDR" in den Westen über. Der Weg führt nach München und Wien; und dort schließlich an das Reinhardt-Seminar. Nach einem Jahr bricht auch Lena Stolze (wie nicht wenige ihrer großen Kollegen!) die Ausbildung am Reinhardt-Seminar ab, um direkt auf die Bühne zu gehen. Und das heißt bei Lena Stolze immerhin, daß sie in Berlin unter Noelte in den „Ratten" sowie unter Hübner im „Nathan" spielt.

Von Berlin geht es dann wieder nach Wien, und dort selbst ans Burgtheater. Zwei Jahre bleibt die junge Schauspielerin an der Burg, bevor sie nach München an das Bayerische Staatsschauspiel, das Residenztheater, verpflichtet wird. In der vergangenen Spielzeit hat Lena Stolze dort mit O'Neils „Elektra" einen beachtlichen Eindruck hinterlassen; in Kürze beginnen die Proben zu Tschechows „Möwe". Darin wird sie als Nina zu sehen sein; Regie führt Arie Zinger.

Soviel zur Bühnenkarriere. Doch was Lena Stolze von den Filmfestspielen in Venedig zur deutschen Filmwoche nach Warschau und von dort zu den deutschen Filmtagen nach Stockholm fliegen läßt; was sie kreuz und quer durch Deutschland treibt, in Schulen und zu Podiumsdiskussionen führt, ist eben eine junge Frau, die vor 40 Jahren, mit ihrem Bruder, für die Wahrheit und für die Verbreitung der Wahrheit sterben mußte: Sophie Scholl.

Lena Stolze ist ein politischer Mensch; doch nein, auf Grund dieser Rolle der Sophie Scholl, sich zum Beispiel für die Friedensbewegung einspannen lassen, das wolle sie nicht. Sie ist gegen Atomraketen jeder Art, doch scheue und meide sie ebenso auch Menschenmassen jeder Art. Lena Stolze, die einen österreichischen Paß besitzt und mit 27 Jahren zwanzigjährig aussieht, ist ein äußerst scheuer, wenngleich doch auch ehrgeiziger Mensch.

Heute kann sie es sich leisten auszuwählen; die Rollen ebenso wie die Theater. „Die Burg hat mir wieder ein Angebot gemacht. Ich habe abgelehnt. Ich will mehr tun als spielen, will Fleisch zeigen", sagt Lena Stolze und niemand will dies bezweifeln.

Auf Michael Verhoevens Film „Die weiße Rose" folgten wenig später „Fünf letzte Tage" von Percy Adlon. Und da Lena Stolze hier noch einmal die Sophie verkörperte, trug auch dieser Film dazu bei, daß die weiße Rose nicht welkte, daß sich das Publikum in den Kinos weiterhin verneigte vor der Wahrheit der Sophie Scholl.

Und deshalb will Lena Stolze auch in Zukunft gern in Filmen spielen, die „ein Anliegen haben". Der Streifen „Die Schaukel", den Percy Adlon nach dem liebenswerten Roman der Anette Kolb gedreht hat und in dem die Stolze derzeit zu sehen ist, hatte sicher keines. Aber wenn auch dieser Vier-Millionen-Produktion über eine Münchner Großbürgerfamilie der Jahrhundertwende bislang kein Erfolg beschieden ist, so kann niemand, der die stilsichere Darstellung der Lena Stolze gesehen hat, behaupten, diese Darstellerin sei von der Schaukel gefallen.

Lena Stolze ist ein bürgerlicher Mensch, was durchaus nicht als Gegensatz zu ihrer Arbeit als Schauspielerin verstanden sein will. Es macht ihr Spaß, die Waschmaschine zu füllen, zu kochen und in der Adventszeit Vanille-Kipferl zu backen. Und so lebt Lena Stolze, die viel liest, umgeben von Büchern, in denen sie Stoffe für mögliche Filme sucht. Filme eben, die ein Anliegen haben und Frauen zeigen, die Geschichte machten. Politische Frauen, Rebellinnen und Revolutionärinnen; sie sucht die Schwestern der Sophie Scholl und sich selbst.

PASCAL MORCHÉ



Auf der Suche nach Frauen, die Geschichte machten: die Schauspielerin Lena Stolze FOTO: FILMVERLAG

KULTURNOTIZEN

Jean Marais geht mit der Cocteau-Hommage „Marais-Cocteau" auf eine Gastspielreise durch Frankreich, die Schweiz und Belgien.

Die IV. Biennale der Straßenkunst findet vom 15. Juni bis 15. September 1984 in Montreal statt.

Pierre Alechinsky und Wladimir Velickovic sind zu Professoren an der Pariser Kunstakademie ernannt worden.

Manfred Boetzkes, wissenschaftlicher Leiter der Museen der Stadt Velbert, ist zum neuen Direktor des Hildesheimer Römer-Museums ernannt worden.

Zeichnungen von de Pisis, erstmals öffentlich zu sehen, werden noch bis zum 16. Dezember im Palazzo Malvicini in Piacena gezeigt.

Sowjetische Verlage zeigen 600 naturwissenschaftliche und medizinische Publikationen bis zum 18. Dezember im Deutschen Museum in München.

Heinrich Siepmanns Ölbilder und Collagen sind bis zum 22. Januar im Gustav-Lübcke-Museum in Hamm zu sehen.

Beim Dirigentenwettbewerb in Kattowitz wurden Anton Zapf und Andreas Weiss mit dem zweiten und dritten Preis ausgezeichnet.

Monika Beckerle wurde mit dem Literatur-Förderpreis des Bezirksverbandes Pfalz ausgezeichnet.

Mittler zwischen Holland und Deutschland – Amsterdam feiert George

Märchenruf auf Windmühlenflügeln

Das George-Bild, wie es heute besteht, ist in wichtigen Zügen deutsch-holländisch geprägt." Dieser Satz aus dem Katalog ist kennzeichnend für das Gesamtbild der zum 50. Todestag des Dichters eröffneten Stefan-George-Ausstellung in der Amsterdamer Universitätsbibliothek. Jan Aler, Hollands führender Germanist und George-Kenner, würdigte zur Eröffnung Leben und Werk Georges, dessen Wirken seit seiner ersten Begegnung mit Albert Verwey im Jahre 1895 untrennbar mit dem Wiedererwachen der holländischen Dichtkunst verbunden ist. Neben Verwey waren es vor allem Willem Kloos, Jacques Perk, Frederik van Eeden und Frank van der Goes, die die Gedanken Georges aufgriffen. Später kam der Kritiker Lodewijk van Deyssel hinzu, mit dem Verwey die *Tweemaandelijksch Tijdschrift* (Zweimonatszeitschrift) gründete, durch viele Jahre hindurch das Organ der niederländischen „Georgisten".

George hat Verwey ins Deutsche, Verwej George ins Holländische übersetzt; in einer Zeit politischer Spannungen, so Jan Aler, war es Stefan George, der die geistige und kulturelle Verbindung mit Holland unverbrüchlich aufrechterhielt.

In zwanzig Vitrinen werden 91 Exponate gezeigt. Das Thema der Ausstellung, „Stefan George in den Niederlanden", umfaßt einen Zeitraum von 88 Jahren und hat so manches bibliophile Unikat zu bieten. So den Essay „Twee dichters" von Verwey in der 1895-Ausgabe von *Tweemaandelijksch Tijdschrift* und die Erstausgaben von Stefan Georges „Hymnen", „Pilgerfahrten" und von „Algabal".

Auch Karl Wolfskehl ist vertreten mit einem heute nahezu unbekannten Aufsatz in „De beweging": „Ein deutscher dichter im Krieg" (auf holländisch). Man findet alle späteren George-Gedichte in Urausgaben, und die Jahrgänge von *Castrum Peregrini* vom ersten bis zum 150. Heft.

Die törichten Anschuldigungen, George sei ein „Nationalist", vielleicht gar ein geistiger Wegbereiter des Nationalsozialismus gewesen, haben in Holland nie Gehör gefunden. Jetzt, bei dieser Ausstellung, wurde daran erinnert, daß die holländische Presse, nach dem Tode des Dichters am 4. Dezember 1933 in Minusio, den Nazis zugerufen hat, sie sollten ihre Finger von diesem Manne lassen, der zutiefst europäisch gesinnt war und der, als Hitler zur Macht kam, Deutschland verließ.

In diesem Zusammenhang ist in Amsterdam ein Exponat „Stefan George in fremden Sprachen", zusammengestellt von Georg Peter Landmann (1973), besonders aufschlußreich. Während Deutsche und Franzosen sich über den Rhein hinweg Sottisen zuriefen: *Hier Welsch – hie Boche!*, schrieb George: „Der Dichter / er kann nicht schwärmen / Von heimischer tugend und von welscher tücke ..."

Durch ihn ist nicht nur die neue holländische Literatur in Deutschland heimisch geworden; als unerreichter Meister der Übersetzungskunst hat er Verlaine, Mallarmé, Rimbau ins Deutsche übertragen, dazu manches von Gabriele d'Annunzio, und die polnischen Lieder von Rolicz. Shakespeares Sonnette verdanken ihm ihre gültige deutsche Form.

An den Wänden der Ausstellungsräume: große Photographien des Dichters, Verweys und mancher anderer, auch Bilder der Ausstellungen, die *Castrum Perregrini* in vielen Städten Deutschlands, Österreichs und der Schweiz veranstaltet hat. (Bis 20. Januar 1984.)

HUBERTUS zu LÖWENSTEIN

Neue These gegen das Ende mit dem großen Knall

RUDOLF MERGET, Hamburg

Kälte und Finsternis werden sich im Universum ausbreiten, wenn die Sterne im ewig auseinandertreibenden Weltall einer nach dem anderen verlöschen. Ein internationales Astronomenteam hat nach mehrjährigen Untersuchungen diese Theorie vom unaufhörlich expandierenden Kosmos bekräftigt und das Modell von der schließlichen Kontraktion der Materie bis zu einem neuen Urknall verworfen. In einem Bericht für das britische Fachorgan „Monthly Notices of the Royal Astronomical Society" erklären die Forscher jedoch zu ihrer düsteren Perspektive: „Das ist kein Anlaß zur Sorge, jedenfalls auf lange Zeit nicht."

Hinter dieser Auffassung steckt die Kosmologie vom „Big-Bang" (Urknall), nach der vor zehn bis 20 Milliarden Jahren alle Materie des Weltalls auf engstem Raum zusammengepreßt war und sich dann mit einer Explosion auszudehnen begann. An der Frage, ob sich diese Ausdehnung in alle Ewigkeit fortsetzen kann oder aber durch die Anziehungskraft der sich voneinander entfernenden Galaxien abgebremst, umgekehrt und zum Punkt eines neuen Urknalls zurückgeführt wird, ist Gegenstand eines langen Streits zwischen Wissenschaftlern.

Versinken in Finsternis?

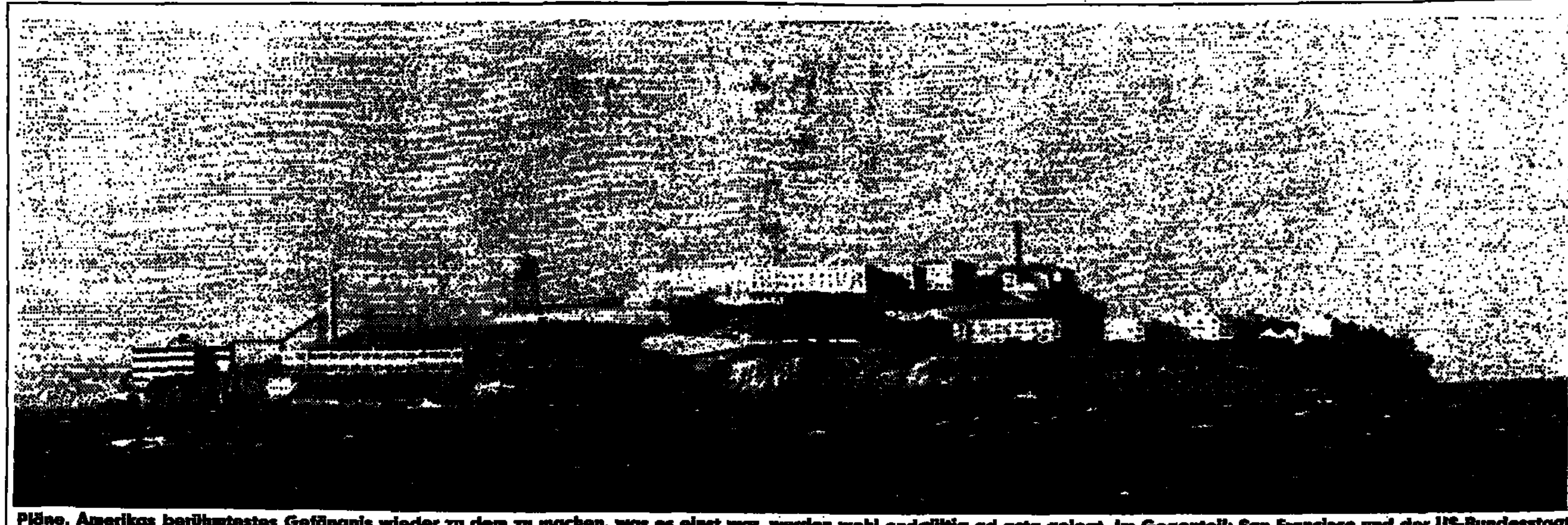
Die australischen, britischen und chinesischon Forscher kamen bei ihren Beobachtungen im Siding Springs Observatorium (400 Kilometer nordwestlich von Sydney) zu dem Ergebnis, daß die Gravitation der Gesamtmasse im Universum nicht ausreicht, um seine Ausdehnung zu stoppen. Bei einer gleichbleibenden Temperatur um null Grad werde das Weltall schließlich in Finsternis versinken.

Als Mitglied des Teams erklärt Bruce Peterson von der australischen National-Universität, daß die Sterne im Universum weiter und weiter voneinander fortdriften und ihren Kernbrennstoff aufbrauchen, „bis wir in einem Kosmos enden, in dem es dunkel und kalt ist". „Bis zu diesem Zeitpunkt", fügt er hinzu, „wird es mindestens noch einmal so lange dauern, wie es schon gegangen ist." Ziel der vierjährigen Forschungsarbeiten war es, die absolute Dichte der Materie im Universum zu berechnen, um dann ihre Gravitationsenergie mit den Kräften zu vergleichen, die das Universum auseinandertreiben.

„Fehlende Masse" gesucht

Die Astronomen haben dazu das hellste Drittel einer Auswahl von 1000 Galaxien vermessen und die Geschwindigkeit bestimmt, mit der sie sich von unserer eigenen Galaxis, der Milchstraße, entfernen. Durch eine Reihe komplizierter Berechnungen bestimmten die Astronomen die Geschwindigkeit, mit der die Galaxien sich bewegen, und zwar auf der Grundlage ihrer eigenen Anziehungskraft und der Anziehung der sie umgebenden Galaxien. Die Wissenschaftler waren dann in der Lage, die Materiedichte der Hauptmasse in den Galaxien zu berechnen einschließlich der Dunkelmasse, die zwar kein Licht ausstrahlt, aber dennoch einen wesentlichen Bestandteil jeder Galaxis bildet.

„Der Wert, den wir herausfanden", so Peterson, „beträgt nur 14 Prozent der Dichte, die erforderlich ist, um das Universum wieder in sich zusammenfallen zu lassen." Dieses Ergebnis ist nicht sehr weit von früheren Schätzungen entfernt, die von zehn Prozent ausgingen. Es wird die anderen Theoretiker noch eher beflügeln, im Universum nach der „fehlenden Masse" für ihre Umkehr-Version zu suchen.



Pläne, Amerikas berühmtestes Gefängnis wieder zu dem zu machen, was es einst war, werden wohl endgültig ad acta gelegt. Im Gegenteil: San Francisco und der US-Bundesstaat Kalifornien wollen die Touristenattraktion noch anziehender machen. FOTO: KATHARINE YOUNG

Ein Freizeitparadies kommt hinter Gitter

F. DIEDERICHS, San Francisco

Frisbee-Scheiben, die über Gefängnismauern fliegen, Jugendliche, die mit Rollerskates an leeren Zellentrakten vorbeischießen, das ist das Bild, das den Amerikanern demnächst beim Gedanken an die einst sicherste und berühmteste Haftanstalt der Vereinigten Staaten vorschweben soll. Alcatraz, die berüchtigte Gefängnisinsel in der Bucht von San Francisco, soll innerhalb der nächsten fünf Jahre zu einem einzigen großen Freizeitpark umgestaltet werden. Pläne des Staates Kalifornien und der Stadtväter von San Francisco sind fertig ausgearbeitet.

Das unwirtliche Eiland, von dem im März 1963 der letzte Gefangene entlassen wurde und das heute als eine der großen kalifornischen Touristenattraktionen von Ausflugs-Dampfern angelaufen wird, soll dann dem Gebiet der „Golden Gate National Recreation Area" angegliedert werden – einem weitläufigen Freizeitpark, nahe der „Golden Gate"-Brücke. Der größte Teil der Insel wird zum Freizeitparadies für Kalifornier, der kleinere Teil, natürlich abgetrennt, zum Vogelschutzparadies. Ein Schicksal, das Zellen-Prominenz wie Alphonse „Al" Capone, dem die Richter sechs Jahre Alcatraz verordnet hatten, oder George „Machine Gun" Kelly, einem der gefürchtetsten US-Bankräuber der dreißiger Jahre, wohl niemals in den Sinn gekommen wäre.

Der Staat Kalifornien und nicht zuletzt die Manager der „Roten und Weißen Flotte", deren Schiffe Alcatraz von San Francisco aus in zehn Minuten erreichen, erhoffen sich von den Plänen eine weitere Popularitätssteigerung des steinigen Flecks, dem Hollywood mehrfach zu Filmruhm verhalf. So trugen Filmemacher dem Vogelreichtum der Gefängnisinsel Rechnung, als sie 1962 mit „Birdman of Alcatraz" einen Streifen in die Kinos brachten, der erstmals eine „human Story" aus dem Gefängnismilieu erzählte. Hollywoodstar Burt Lancaster spielte den zu Lebenslänglich verdammten Mörder Robert F. Stroud, der in seinen elf Jahren Einzelhaft auf Alcatraz in der Zelle Vögel züchtete und zu einem der berühmtesten Ornithologen Amerikas avancierte.

Harte Knast-Realität hingegen, wie sie Touristen noch heute auf Alcatraz suchen, spiegelt das Werk „Escape from Alcatraz" wider, in dem Hollywood-Bösewicht Clint Eastwood die Hauptrolle in der Geschichte der Flucht der Alcatraz-Insassen Frank Lee Morris und der beiden Anglin-Brüder spielt. Nach diesen drei Häftlingen fahndet die kalifornische Polizei, 23 Jahre danach, noch heute auf Plakaten in San Franciscos Hauptpostamt.

Insgesamt nur von fünf Häftlingen, die mit Erfolg nicht nur die Gefängnismauern bewältigten, berichten die Alcatraz-Annalen – von 1600 Inhaftierten, die in 29 Jahren auf die Insel verbannt wurden. Das Schicksal aller fünf ist ungeklärt, nicht aber das der restlichen 35 Gefangenen, die jemals einen Ausbruch versuchten: Sieben wurden von Aufsehern erschossen, drei ertranken in der kalten Strömung der von Haien bevölkerten Bay, 25 wurden wieder eingefangen.

Das kleinste, aber bestbewachte US-Bundesgefängnis der amerikanischen Geschichte – ein Wärter kam auf drei Gefangene – wird heute von jährlich einer halben Million Besuchern besichtigt. Beliebtester Gag: Sich von einem der Führer, einem Ranger des „National Park Service" der USA, in einer der Dunkelzellen einschließen zu lassen, in denen aufsässige Gefangene ruhiggestellt wurden.

Ein Häftling verbrachte, 24 Stunden am Tag ohne Licht auf dem Fußboden schlafend, 300 Tage nacheinander in einer der sechs Dunkelzellen. Er übertraf damit noch die fünf Touristen, die sich vor drei Jahren bei einer Besichtigung für wenige Minuten einschließen lassen wollten. Dann versagte der Öffnungsmechanismus. Und erst sechs Stunden später wurden sie, völlig fertig mit den Nerven, von eingeflogenen Mechanikern befreit.

Wesentlich angenehmere Erinnerungen mit dem 1963 vom damaligen US-Präsidenten Kennedy wegen immens gestiegener Betriebskosten geschlossenen Gefängnis verbindet ein junges Paar aus dem US-Bundesstaat Illinois. Es ließ sich nebst Pfarrer auf die Insel bringen und trauen – in der Zelle von Al Capone.

Seveso-Gift sorgt für Unruhe in Hamburg

Dioxin lagert wahrscheinlich seit Jahren auf Hausmülldeponie

GISELA SCHÜTTE, Hamburg

Ein trübes Rinnsal hat in Hamburg Umweltsünden der Vergangenheit zu Tage gefördert. Das Ergebnis einer chemischen Analyse, publiziert im geschäftsmäßigen Ton der Staatlichen Pressestelle, ängstigt die ganze Stadt: Auf der 1979 abgeschlossenen Mülldeponie Georgswerder im Hamburger Süden, unmittelbar an der Autobahn nach Bremen, lagert Dioxin (auch TCDD), ein chemisches, hochgiftiges Abfallprodukt aus der Herstellung von Pflanzenschutzmitteln, das auch bei der Katastrophe im italienischen Seveso ausströmte.

Unruhe bemächtigte sich der Hamburger, weil mit Ausnahme der Existenz dieses Giftes in Georgswerder nichts bekannt ist. Die beteiligten, Umwelt- und Baubehörde, wissen nicht, wieviel von der gefährlichen Chemikalie in dem Müllberg wie lange liegt und ob etwas davon unbemerkt frei wurde. Ebensowenig ist bekannt, wie man dem Übel beikommen soll.

Der Müllberg von Georgswerder ist in den Nachkriegsjahren auf mehr als 50 Meter angewachsen. In seinem Innern gärt es. Die Gase sollen demnächst als Energiebringer vermarktet werden.

Auf dem „Monte Müll" lud man bedenkenlos über Jahre Hausabfälle und Bauschutt zusammen mit Restbeständen von Industrieunternehmen ab. Die Lastzüge kamen auch aus dem Ausland. Ein paar Betonwannen und eine dicke Erdschicht sollte nach damaligem Umweltbewußtsein den Unrat auf immer verschwinden lassen.

Doch der Berg begann an den Seiten zu „bluten". Die übelriechenden Rinnsale wurden in Gräben kanalisiert, über Ölabscheider „gereinigt" und danach ins Schmutzwassersiel geleitet. Der Verdacht, daß hier Schlimmeres als Dreckwasser und Öl auslaufen könnte, ist alt. Ein Untersuchungsausschuß forschte nämlich Anfang der siebziger Jahre vergeblich nach dem Verbleib von ein paar Dutzend Fässern mit dem Pflanzenschutzmittel E 605.

So hat der „Hausherr" Baubehörde von seinen Grundwasserspezialisten um den verdächtigen Berg ein Netz von Überwachungsbrunnen legen lassen, die regelmäßig bis heute, aber ohne Hinweis auf Giftiges, „beprobt" wurden. Die Ölrückstände aus den Rinnsalen lieferten unterdessen im Juni den ersten Verdacht, und jetzt den Nachweis auf das (öllösliche) Dioxin in der Konzentration von 22,9 Mikrogramm (Millionstelgramm) pro Kilogramm Öl.

Seit Juni hat man die verdächtige Brühe aufgefangen; bis dahin aber war das Öl verbrannt worden. Und sollte das Gift auch damals schon im Öl gewesen sein, so wurde es wahrscheinlich (bei niedrigen Verbrennungstemperaturen) unverändert per Schornstein in den Himmel über Hamburg geblasen.

Ob sich der Umweltsünder über die Deponieakten finden läßt, ist ungewiß. Zwar kam unmittelbar nach dem Fund das Hamburger Unternehmen Boehringer ins Gespräch; bei dem auch Dioxin angefallen ist, doch Curilla sagte, daß die Substanzen ebenso aus dem Ausland angefahren worden sein können.

Das derzeitige Rezept der Baubehörden lautet „beobachten". Ob man mit Bulldozer und Schaufel eingreift, bleibt offen. Die Grundwasser- und Giftfachleute wollen wegen der Gefährlichkeit des „Feindes" nur nach ausgeklügelter Strategie vorrücken.

Das Geschäft mit der Sucht macht in Dublin noch schneller reich

Zu wenig Geld und Stellen: Die irische Polizei steht auf verlorenem Posten

FRITZ WIRTH, London

Irgendwann landen sie alle in Jervis Street. Das Krankenhaus in dieser Straße sieht von außen nicht so aus, als verspreche es Heil und Heilung. Die grauen, verwitterten Mauern dieses Baus lassen hier eher ein Gefängnis vermuten. Wer in die Jervis Street kommt und sich von diesem Anblick dennoch nicht abschrecken läßt, dem muß es dreckig gehen.

Das Krankenhaus in Jervis Street ist die letzte Flucht- und Ausweichstation der Rauschgiftsüchtigen Dublins auf dem sonst unabweichbaren Weg zum Friedhof. 12 000 Süchtige wurden allein im letzten Jahr in Jervis Street behandelt. 100 Neuzugänge werden monatlich registriert und Michael Kelly, der Direktor dieses Hauses, hat bereits die weiße Flagge gehißt: „Es ist unmöglich, unter diesen Bedingungen der Drogensucht in dieser Stadt Herr zu werden."

1500 Heroinsüchtige sind offiziell registriert

Drogenprobleme gibt es in Dublin seit den sechziger Jahren, ein Heroin-Problem jedoch erst seit 1979. In jenem Jahr stieg die Zahl der offiziell registrierten Heroinsüchtigen auf 1000. Heute liegt sie bei 1500. Denis Mullin, Chefinspektor der Drogenabteilung der irischen Polizei in Dublin Castle, ist jedoch sicher, daß es in Wahrheit drei Mal mehr Heroinsüchtige in der irischen Hauptstadt gibt.

Im großen Heroin-Netzwerk Europas ist Dublin statistisch gesehen nur ein relativ unbedeutend erscheinender Nebenzweig. Die Haupthandelswege dieses Stoffs führen nach wie vor durch Italien, wo in diesem Jahr bisher 203 Kilo Heroin von der Polizei konfisziert wurden, die Bundesrepublik Deutschland (189 Kilo), Frankreich (162 Kilo) und die Niederlande (80 Kilo). Neben diesen Zahlen nehmen sich die zwei Kilo, die bisher in diesem Jahr in Dublin aufgespürt wurden, fast lächerlich aus.

Die Zahl jedoch täuscht, denn in kaum einem anderen Land ist der Kampf gegen den Drogenhandel so schlecht organisiert. Es ist ein Kinderspiel, versichern Profis, diesen Stoff ins Land zu schmuggeln und ihn an den Mann zu bringen. Er wird nahezu unverschämt offen in der Dubliner Hauptgeschäftsstraße, der Grafton Street, angeboten. Ein weiteres stadtbekanntes Verkaufszentrum sind die Rathland Flats. Die Polizei ist unterbesetzt und unterfinanziert. Es wurden Fälle bekannt, in denen Polizisten den Stoff aus eigener Tasche kauften, um Händler zu überführen.

Wesentlich alarmierender ist diese Statistik: Zehn Prozent der Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren in Dublin nehmen mehr oder minder regelmäßig Heroin. Bei den Mädchen zwischen 15 und 19 Jahren liegt dieser Anteil sogar bei 13 Prozent. Das ist einer der höchsten Heroinraten in Europa und entspricht in etwa der Statistik in den Farbigen-Gettos New Yorks Anfang der siebziger Jahre. Unter den knapp tausend neuen Heroinsüchtigen, die in diesem Jahr bisher in Jervis Street registriert wurden, befanden sich allein 25 schwangere Mädchen unter 20 Jahren. 73 Prozent der Süchtigen waren arbeitslos.

Der Hauptgrund für diese Rauschgiftwelle: In kaum einer anderen Stadt ist der Handel mit Heroin so profitabel wie in Dublin. So bringt beispielsweise ein Gramm Heroin, das in London oder Birmingham für 100 Pfund zu haben ist, beim Wiederverkauf auf den Straßen von Dublin rund 1500 Pfund ein. Der Trick bei diesem Handel: Das in England gekaufte Heroin ist bis zu 60 Prozent rein. Die Händler in Dublin reichern es so stark mit Koffein an, daß der Reinhaltsgehalt auf 12 Prozent sinkt. Aus einem Gramm englischem Heroin werden also fünf Gramm irisches Heroin. Sie machen aus diesen fünf Gramm insgesamt 150 Packungen und verkaufen sie pro Packung für zehn Pfund.

Lohn der Schmuggelfahrt: Ein neues Haus

Das bedeutet: Es ist für die irischen Heroinhändler überhaupt nicht nötig, den Stoff riskant kiloweise ins Land zu schmuggeln. Sie bringen ihn in schmalen Dosen von fünf Gramm hinein, mit denen sich leicht jede Kontrolle an der Grenze oder im Flughafen passieren läßt. Der irischen Polizei ist ein Lehrer bekannt, der mit einer solchen Heroin-Schmuggelfahrt genug Stoff ins Land brachte, um sich ein neues Haus kaufen zu können.

In Jervis Street schaut man ohnmächtig auf diese Flut. Krankenhausdirektor Michael Kelly: „Wir tun unser Bestes und wissen, daß es nicht genug ist. Die meisten kommen zu uns, um sich behandeln, nicht aber heilen zu lassen. Wenn sie dann plötzlich ausbleiben, wissen wir, daß wir wieder ein Gefecht verloren haben."

Kosmonaut gibt Unfall bei Raketenstart zu

rtr, Moskau

Die Sowjetunion hat gestern westliche Berichte (siehe WELT vom 5. 10.) über einen gescheiterten Raketenstart und ein Leck im Antriebssystem der Raumstation Saljut-7 bestätigt. Der Kosmonaut Wladimir Ljachow antwortete vor Journalisten auf die Frage, ob eine Mission vom Raumfahrtzentrum Baikonur hätte ausgeben sollen: „Der Start war am 26. September geplant, und es stimmt, daß es einen Unfall gab und sich die Besatzung in Sicherheit brachte. Wir wurden sofort unterrichtet." Ausbildungschef Wladimir Schatalow bestätigte das Leck im Antriebssystem, das aber die Funktionsfähigkeit der Station nicht sehr beeinträchtigt habe. Wegen des Unfalls hätten er und Alexander Alexandrow länger als geplant an Bord von Saljut-7 verbringen und ihr Programm ändern müssen, sagte Ljachow. Beide Kosmonauten waren nach 149 Tagen im All am 23. November zur Erde zurückgekehrt. Die beiden Zwischenfälle waren zunächst aus westlichen Geheimdienstkreisen verlautet. Inoffizielle sowjetische Kreise berichteten, die Rakete sei beim Start in Baikonur verunglückt, die beiden Kosmonauten seien verletzt worden.

General Schatalow sagte: „Tatsächlich gab es ein Problem mit einem der Subsysteme, und es trat eine bestimmte Menge Treibstoff aus, aber die Station blieb mit dem abgeschalteten Teil der Station lebensfähig." Das Subsystem gehörte nach seinen Worten zur Maschinenanlage der Raumstation und sollte dessen Kurs sowie das Andocken bemannter und unbemannter Raumschiffe korrigieren. Hilfssysteme hätten den Fehler aufgefangen. „Die Station ist in gutem Zustand und zur Aufnahme neuer Mannschaften bereit", sagte Schatalow. Anfang nächsten Jahres soll ein indischer Kosmonaut mit sowjetischen Kollegen ins All fliegen.

100-Mark-Blüten

AP, Wiesbaden

Falsche 100-Mark-Scheine im Wert von fast einer Million Mark sind in den vergangenen Monaten nach Angaben des Bundeskriminalamtes in der ganzen Welt sichergestellt worden. Allerdings seien nur wenige falsche Scheine bereits im Zahlungsverkehr gewesen.

Erpresser festgenommen

dpa, Essen

Ein 44jähriger Essener, der die Einzelhandelskette Aldi um eine Million Mark erpressen wollte, ist bei der Geldübergabe gefaßt worden. Der Kaufmann, der sich in finanziellen Schwierigkeiten befindet, hatte eine vergiftete Spargeldose in das Regal einer Filiale gestellt, zuvor aber die Polizei informiert, die die Dose sicherstellen konnte.

US-Mondstation?

SAD, New York

Die Vereinigten Staaten wollen angeblich eine permanente Raumstation bauen und anschließend eine dauerhafte Kolonie auf dem Mond errichten. Das Gesamtprojekt für 110 Milliarden Dollar werde Präsident Ronald Reagan in seinem „Bericht zur Lage der Nation" zu Beginn des neues Jahres ankündigen. Das meldete die „New York Post" unter Berufung auf Informationen von der Nasa.

Spionageaffäre in Brest?

AFP, Paris

Die Leiche eines britischen Geschäftsmannes ist im französischen Kriegshafen Brest unweit des Stützpunktes der französischen Atom-Unterseeboote aufgefunden worden. Die Polizei schließt eine Mord- und Spionage-Affäre nicht aus. Sie sucht zur Zeit auch nach einem zweiten britischen Geschäftsmann, der seit mehr als einer Woche spurlos verschwunden ist.

Anwendung beschränkt

dpa, Hamburg

Der Pharmakonzern Ciba-Geigy hat gestern die Verwendung der beiden Antirheuma-Mittel Butazolidin (Phenylbutazon) und Tanderil (Oxyphenbutazon) bei akuten Erkrankungen eingeschränkt und zugleich die Therapiedauer begrenzt. Mit den Mitteln werden Todesfälle vor allem in Großbritannien in Verbindung gebracht.

Flugzeug geräumt

rtr, Madrid

Ein Verkehrsflugzeug der spanischen Fluggesellschaft Iberia ist gestern unmittelbar nach Landung auf dem Madrider Flughafen Barajas geräumt worden, nachdem eine Bombendrohung eingegangen war. Es wurde jedoch nichts gefunden.

WETTER: Leicht unbeständig

Wetterlage: Reste eines Tiefausläufers greifen von Westen her auf Deutschland über, wonach sich wieder schwacher Hochdruckeinfluß durchsetzt.

Deutscher Wetterdienst 12. Dezember 1983, mittags.

Vorhersage für Dienstag:

Ganz Deutschland: Überwiegend starke Bewölkung, aber nur vereinzelt geringfügiger Schneefall, im Norden und Westen etwas Regen. Im Tagesverlauf Auflockerungen von Nordwesten her. Nachmittags im Norden und Westen bis plus 4 Grad, im Südosten um null Grad. Nachtwert kaum niedriger. Schwachwindig.

Weitere Aussichten:

Teils sonnig, teils neblig-trüb. Im Nordwesten vereinzelt Regen. Allgemeine Milderung.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	–6°	Kairo	18°
Bonn	–3°	Kopenh.	–1°
Dresden	–9°	Las Palmas	20°
Essen	–1°	London	3°
Frankfurt	–3°	Madrid	8°
Hamburg	–2°	Mailand	1°
List/Sylt	2°	Mallorca	12°
München	–3°	Moskau	–7°
Stuttgart	–2°	Nizza	7°
Algier	11°	Oslo	–14°
Amsterdam	–2°	Paris	1°
Athen	17°	Prag	–7°
Barcelona	8°	Rom	10°
Brüssel	–1°	Stockholm	–9°
Budapest	–5°	Tel Aviv	19°
Bukarest	–3°	Tunis	20°
Helsinki	–11°	Wien	–5°
Istanbul	12°	Zürich	–4°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 8.19 Uhr, Untergang: 16.13 Uhr, **Mondaufgang:** 13.45 Uhr, Untergang: 1.21 Uhr.

Lektüre aus dem Taunus fesselt Millionen Kinder

dpa, Königstein

Eine Kinderbibel erobert die Welt: Vom Taunusstädtchen Königstein aus ist das „Buch der Bücher" in einer kindgerechten Version in den vergangenen vier Jahren zum Weltbestseller geworden. Fast sieben Millionen Exemplare in 27 Sprachen, darunter so unbekannten afrikanischen und lateinamerikanischen Eingeborenensprachen wie Quechua oder Guarani, Lingala oder Moba, Aymara oder Malache, sind bisher verteilt worden.

Die Organisation lebt nur von Spenden

Am Anfang stand die Idee, den Kindern Lateinamerikas eine eigene kleine Bibel an die Hand zu geben. Mittlerweile hat sich das Projekt zu einem der größten und erfolgreichsten Unternehmen der internationalen katholischen Hilfsorganisation „Kirche in Not/Ostpriesterhilfe" (KIN/OPH) in Königstein entwickelt. Grundlage war die „Kleine Bibel" von Jakob Eckner, die schon 1957 erschien, aber erst 1979 von „Kirche in Not" für ihre Zwecke entdeckt wurde.

Die 1948 zunächst mit dem Schwerpunkt Osteuropa gegründete Organisation lebt ausschließlich von Spenden. Ihr Ziel ist, armen und verfolgten Christen aller Erdteile zu helfen und das Wort Gottes unter ihnen zu verbreiten. Die Kinderbibel kam diesen Zielen besonders entgegen, da etwa 50 Prozent der Bevölkerung Lateinamerikas jünger als 20 Jahre ist. Auf ihre Bedürfnisse ist das Buch zugeschnitten: Die Bibel wird in 72 kurzen Kapiteln dargestellt, auf 64 Seiten leicht lesbarer Text, begleitet von vielfarbigen Illustrationen.

Die ersten Planungen, zunächst je 500 000 Exemplare in spanisch und portugiesisch zu drucken und je 100 000 in englisch und französisch, wurden schnell von der Wirklichkeit überrollt. Wenige Wochen nach der Vorstellung des Projekts auf der Generalkonferenz der lateinamerikanischen Bischöfe baten bereits 17 Bischöfe spanischsprachiger Diözesen um 495 000 Bibeln. Dieses positive Echo bewog den Generalrat von KIN/OPH, eine Million Dollar für die „Biblia del Niño" zur Verfügung zu stellen. Um Geld zu sparen, wurde die Bibel in Spanien gedruckt. Denn für Bücher, die von Spanien nach Lateinamerika geschickt werden, wird nicht mehr Porto erhoben als für Büchersendungen innerhalb Spaniens.

Aus Haiti kam der Wunsch, der dem Projekt ganz neue Dimensionen eröffnete: Die haitianischen Bischöfe baten um eine Übersetzung ins Kreolische. Übertragungen in die Indianersprachen des südamerikanischen Hochlandes, Quechua, und des Tieflandes von Paraguay, Guarani, folgten. Mit einer Quechua-Version und einer Aymara-Übersetzung, die 1983 in Angriff genommen wurden, soll die Reihe für diese lateinamerikanische Volksgruppe zunächst abgeschlossen werden.

Afrika soll Schwerpunkt des Projektes bleiben

Unter den Übersetzern sind Priester und Laien, meist jedoch Missionare der betreffenden Länder. Die bisher kleinste Auflage erschien Ende 1982: 5000 Exemplare in Calo, einem westeuropäischen Zigeunerdialekt, wurden an Zigeunerkinder in ganz Europa verteilt. Im selben Jahr drang die Kinderbibel auch nach Afrika vor; einer arabischen Ausgabe folgten die Eingeborenensprachen Lingala und Malache. Obwohl auch schon Übersetzungen in asiatische Sprachen vorliegen, soll Afrika in naher Zukunft Schwerpunkt des Projektes bleiben. Alltägliche Schwierigkeiten diktieren diese Verteilung: Bücher können wesentlich leichter in afrikanische als in asiatische Länder geschickt werden, wo der Import ausländischer Texte vielfach starken Beschränkungen unterliegt.

Verteilt werden die Bibeln über die Diözesen. Die Bischöfe bestellen die benötigten Exemplare im internationalen Büro der „Kirche in Not" in Königstein, das inzwischen vom „Päpstlichen Missionswerk für Kinder" finanzielle Hilfe für das ehrgeizige Unternehmen erhält. In der Taunusgemeinde werden die Mittel dann so eingeteilt, daß jede Diözese eine ihren Nöten entsprechende Anzahl der Kinderbibeln enthält.

ZU GUTER LETZT

„Bekanntmachung – Am Freitag, dem 18. 11. 1983, 19.34 Uhr, habe ich, Anna Sabine, die Erziehung meiner Eltern Annette und Ulrich übernommen." (Anzeige in einer Berliner Tageszeitung)

